

# Das Parlament

Berlin, 29. September 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 40-41 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Ein Baron für Europas Banken

Jonathan Hill Die Nominierung des britischen Barons zum neuen EU-Kommissar für die Bankenregulierung und Bankenunion gilt als überraschendste Entscheidung von Präsident Jean-Claude Juncker bei der Kommissionsbesetzung. Denn gerade aus London kommt stets die schärfste Kritik an Regeln für die Kreditinstitute und da vor allem aus der konservativen Partei, die Jonathan Hill zuletzt im britischen Oberhaus anführte. Zuvor war der 54-jährige Historiker Bildungs-Unterstaatssekretär und Beamter sowie in diversen PR-Firmen tätig. Die Betrauung Hills mit einem Schlüsselressort wird als Versuch von Kommissionspräsident Juncker gewertet, auf den britischen Premier David Cameron zuzugehen und London wieder mehr an die EU zu binden. Noch aber ist Jonathan Hill nicht durch. Das Europaparlament muss ihn noch bestätigen. Am 1. Oktober ist der Brite vor dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung geladen. kru



## ZAHL DER WOCHE

128

Banken und Bankengruppen aus den Staaten der Euro-Zone stellen sich derzeit dem Banken-Stresstest durch die EZB. Darunter sind 24 deutsche Geldhäuser. Der Test dient dazu, die Belastbarkeit der großen Kreditinstitute bei extremen Ereignissen wie Konjunkturreinbrüchen zu überprüfen.

## ZITAT DER WOCHE

»Steuerzahler haften für Europas Finanzmafia.«

Sahra Wagenknecht, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, im Deutschen Bundestag zur geplanten europäischen Bankenunion.

## IN DIESER WOCHE

**INNENPOLITIK**  
Sexualstraftäter Koalitionsvertrag will Kinder vor Missbrauch schützen Seite 4

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
Kommunen Bund entlastet Städte und Gemeinden um Milliarden Seite 7

**EUROPA UND DIE WELT**  
Flüchtlinge Die dramatische Lage an der türkisch-syrischen Grenze Seite 12

**KEHRSEITE**  
Bundestag Eine Ausstellung informiert über Soldaten nach ihrem Einsatz Seite 14

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Klammer für Europa

**BANKENUNION I** Risiko-Geldhäuser können abgewickelt werden. Linke: Bürger müssen zahlen

Im November dieses Jahres wird die europäische Einigung einen weiteren großen Schritt voran kommen. Dann beginnt die Bankenunion mit einer gemeinsamen Aufsicht über die 128 wichtigsten Geldhäuser in der EU, die einen Anteil von 85 Prozent an der gesamten Bankenbilanzsumme haben. »Die Finanz- und Bankenkrise hat uns mit ihrer unglaublichen Dynamik gezeigt, dass die grenzüberschreitenden Banken mit nationaler Aufsicht nicht mehr hinreichend zu beaufsichtigen sind«, sagte Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am vergangenen Donnerstag im Bundestag anlässlich der ersten Lesung von vier Gesetzentwürfen zur Schaffung der Bankenunion. Die Entwürfe (Inhalt siehe unten) wurden an die Ausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen. Besonders heftige Kritik erntete Schäuble allerdings von der Linksfraktion, die ihm vorwarf, dass entgegen seinen Versprechungen weiter Steuergeld zur Rettung von Banken eingesetzt werde.

**Überwindung der Krise** Schäuble nannte einen weiteren Grund für die Bankenunion. Es sei notwendig, »das Risiko auf dem Gebiet des Finanzsektors von der Reduzierung der Staatsverschuldung zu trennen. Diese Verbindung hat sich ja in den zurückliegenden Jahren der Euro-Krise als ein besonders erschwerendes Element bei der Überwindung der Krise und der Rückgewinnung des Vertrauens in unsere europäische Währung erwiesen.« Der Finanzminister sagte, die Aufsicht habe nur bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt werden können, weil andernfalls mit einem neuen europäischen Vertrag eine neue Institution hätte geschaffen werden müssen. Die Übertragung von geldpolitischer Verantwortung und Bankenaufsicht auf eine Institution sei »nicht unproblematisch«, und deshalb sei eine strikte Trennung ganz wichtig, um den möglichen Anschein eines Interessenkonflikts zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund sei er über die von der EZB begonnene Debatte über den etwaigen Ankauf von Verbriefungsprodukten »nicht besonders glücklich«. Schäuble zeigte sich aber überzeugt, dass deutsche Banken keine Probleme mit dem von der EZB begonnenen Stresstest haben werden. Der Finanzminister begrüßte die für den Fall von Bankenkrisen jetzt geplante Beteiligung von Eigentümern und Anleihegläubigern sowie die Schaffung des Bankfonds, in den die Banken selbst einzahlen müssen: »Der Sinn des Ganzen ist, dass die Steuerzahler nicht mehr das Risiko tragen, sondern die Banken selber.« Die deutsche Einlagensicherung der Sparkassen und



Die Bande, die Europa zusammenhalten, werden durch die Bankenunion erheblich gestärkt. Neue Finanzkrisen sollen schon im Keim erstickt werden können.

Raiffeisenbanken werde nicht vergemeinschaftet, versicherte Schäuble. Die Möglichkeit einer direkten Bankenrekapitalisierung aus dem europäischen Rettungssystem »bleibt allerdings nachrangig«. Daran zweifelte die Linksfraktion. Deren Rednerin Sahra Wagenknecht erinnerte an die Versprechen von Schäuble und der Bundesregierung, »dass Steuerzahler nie wieder für waghalsige Geschäfte von Bankstern bluten müssen«. Und es sei »hoch und heilig« versprochen worden, dass es aus dem europäischen Rettungsschirm ESM kein Geld direkt für Banken geben werde. Entweder habe Schäuble gelogen oder seine Versprechen nicht halten können. Denn jetzt würden Gesetze beraten, durch die Banken direkt den ESM anzapfen könnten. Banker könnten also auch in Zukunft ihren finanziellen Giftmüll auf den Schultern der Allgemeinheit abladen. »Da muss man sich nicht wundern, dass immer mehr Menschen jeden Glauben an die Demokratie

»Steuerzahler sollen nicht mehr das Risiko tragen, sondern Banken.«

Wolfgang Schäuble (CDU)

verloren haben«, beklagte Wagenknecht. Die Linken-Abgeordnete kritisierte, dass die von Schäuble genannte Haftungskaskade ausgesetzt werden könne. Mit den Regelungen der Bankenunion würden alle europäischen Steuerzahler gemeinsam »für den Irrsinn der europäischen Finanzmafia« haften. Wagenknecht stieß auf drastische Kritik der Koalition. So bezeichnete Carsten Schneider (SPD) die Äußerungen als »puren Rückfall in den Populismus eines Nationalstaates«. Fernab der wissenschaftlichen und ökonomischen Debatte habe Wagenknecht eine Rede gehalten, die auch ein Funktionär der AfD hätte halten können, sagte Schneider. Der SPD-Politiker begrüßte die jetzt geplante klare Haftungsreihenfolge und erinnerte daran, dass bei der Verstaatlichung der deutschen Bank »Hypo Real Estate«, die in der Finanzkrise vor dem Zusammenbruch stand, die Aktionäre hätten entschädigt werden müssen, »weil wir keine gesetzliche Grund-

lage für die Abwicklung von Banken hatten. Das war ein Fehler.« Dieser Fehler werde jetzt beseitigt. Auch von der CDU/CSU kam scharfe Kritik: Diese Rede hätte viel Beifall beim Kongress der europäischen Rechtspopulisten gefunden, kritisierte der stellvertretende Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU), der Wagenknechts Vorwurf der Untätigkeit zurückwies. Das deutsche Bankenstrukturierungsgesetz sei die Blaupause für die anstehende europäische Regelung gewesen: »Wir haben damit Maßstäbe gesetzt.« Für die Grünen erklärte Gerhard Schick die grundsätzliche Zustimmung zur Bankenunion. Das Prinzip, Bankenprobleme mit Steuergeld zu lösen, müsse endlich der Vergangenheit angehören, forderte Schick, der Schäuble und der Bundesregierung aber vorwarf, sich zu lange gegen eine europäische Lösung gewehrt und erst auf den Druck anderer Länder nachgegeben zu haben. Die Regierung habe sich antieuropäisch verhalten, »und das belastet uns bis heute«. Dass es eine Regelung gebe, wonach man bei einer Gefahr für die Finanzmärkte »doch wieder retten kann«, bezeichnete Schick als »sehr gefährliche Lücke«.

Hans-Jürgen Leersch

## EDITORIAL

### Deich gegen Pleitenflut

VON JÖRG BIALLAS

Es ist still geworden um die Euro-Krise. Längst beherrschen andere Wirtschaftsnachrichten die Medien. Während in der Öffentlichkeit die Monate dauernde Empörung über angeblich sinnlos verpulvertes Steuergeld für Rettungsschirme verpufft ist, schmiedet die Politik weiter an Schutzmaßnahmen in Form der Europäischen Bankenunion.

Das Ziel ist, unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) eine gemeinsame Aufsicht zu etablieren. Marode Banken sollen fortan nicht mehr mit Steuergeldern gerettet werden müssen, um unkontrolliert ausufernde Finanzkrisen zu verhindern. Als die gemeinsame Währung zu kollabieren drohte, ist für die Rettung auf Staatskosten die unvorstellbare Summe von 100 Milliarden Euro ausgegeben worden. Demnächst soll das Schicksal maroder Banken von demjenigen klammer Nationen getrennt werden. Über die neue Haftungsgemeinschaft müssen die Geldinstitute sich dann selbst um ihre Schiefelage kümmern; statt des Staates haften vorrangig die Aktionäre und Gläubiger.

Das klingt nachvollziehbar. Und ist doch, ebenso nachvollziehbar, nicht in allen Punkten unumstritten. So kollidiert eine Bankenunion mit der bisherigen EU-Finanzpolitik, die jedes Mitglied über die Maastricht-Kriterien zu Haushaltsdisziplin verpflichtet. Dieser auf eigener Verantwortung beruhende Grundsatz passt nicht recht zum integrativen Charakter einer internationalen Bankenunion. Daran ändert auch der Umstand wenig, dass die Maastricht-Kriterien von den Mitgliedsstaaten mindestens großzügig interpretiert wurden und werden. Kritiker befürchten, der Schritt von einer internationalen Bankenunion in Europa sei absehbar. Sie halten dies für einen unzulässigen Eingriff in die nationalstaatliche Souveränität und warnen, dass dann erneut finanziell potente Länder schwache Partner sponsoren müssten.

Fragen wie diese haben den Bundestag in der vergangenen Woche gewiss nicht zum letzten Mal beschäftigt. Wenn die zentralisierte Aufsicht über rund 130 große Banken der Eurozone in nur wenigen Wochen ihre Arbeit aufnimmt, ist ein Deich errichtet, der Europa vor einer zweiten Flut von Pleitestaaten schützen soll. Wie bei jedem Deich wird es auch bei diesem nicht damit getan sein, ihn aufzuschütten. Er braucht Pflege und muss ständig ausgebaut werden.

# Die deutsche Haftung bleibt unverändert

**BANKENUNION II** Vier Gesetze regeln die Abwicklung von Kreditinstituten mit Problemen. Auch ESM darf eingreifen

Mit vier Gesetzentwürfen (18/2575, 18/2576, 18/2577, 18/2580) sollen die europäischen Vereinbarungen zur Bankenunion umgesetzt und andererseits die bisher schon in Deutschland aufgrund der Erfahrungen in der Finanzkrise getroffenen Regelungen an die europäischen Vorgaben angepasst werden. Außerdem geht es bei dem Maßnahmenpaket um die Einführung eines neuen Instruments für den europäischen Rettungsschirm ESM, der in Zukunft auch zur direkten Bankenrekapitalisierung eingesetzt werden soll. Ziel ist, dass bei Bankenkrisen die Steuerzahler nicht mehr sofort belastet werden, wie zum Beispiel bei der Rettung der Münchner »Hypo Real Estate« (HRE).

**Systemrelevanz** Ein wichtiges Instrument der Bankenunion ist die Möglichkeit der Abwicklung auch großer systemrelevanter Finanzinstitute, ohne dass die Finanzstabilität gefährdet wird. Kreditinstitute haben Sanierungspläne zur Vorbereitung auf den Krisenfall zu erstellen. Mit dem Sanierungsplan soll die Widerstandsfähigkeit eines Instituts oder einer Finanzgruppe in



Hier residierte mal ein Dax-Konzern: Blick auf den ehemaligen Sitz der untergegangenen HRE-Bank in München, die im Zuge der Finanzkrise verstaatlicht werden musste.

Krisensituationen gestärkt werden. In dem Plan sollen Handlungsoptionen beschrieben werden, die die Geschäftsleitung ergreifen will, um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren und die Überlebensfähigkeit des Instituts zu sichern, »ohne dass es auf aus Steuergeldern finanzierte Stabilisierungsmaßnahmen angewiesen ist«. Die Abwicklungsbehörde soll eine Bewertung der

Abwicklungsfähigkeit der Institute vornehmen. Mit dem Gesetzentwurf soll der Staat im Fall einer Bestandsgefährdung eines Instituts eine geordnete Abwicklung betreiben können und dabei die Finanzstabilität wahren sowie öffentliche Mittel und gedeckte Einlagen der Kunden schützen. »Zu den Befugnissen der Abwicklungsbehörde

gehören insbesondere die Instrumente der Gläubigerbeteiligung, der Unternehmensveräußerung, der Übertragung auf ein Brückeninstitut und der Übertragung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft«, erklärt die Bundesregierung. Die bisher in nationaler Regie geführten nationalen Abwicklungsfonds für in Schieflage geratene Banken sollen auf den einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds übertragen werden. Die Bundesregierung betont, es gelte weiterhin ein Vorrang der indirekten vor der direkten Bankenrekapitalisierung. Hilfen des permanenten Rettungsschirms ESM sollen nur unter Auflagen gewährt werden können und sind auf 60 Milliarden Euro begrenzt. Zur Haftung Deutschlands heißt es: »Das Ausmaß der Haftung Deutschlands wird durch die Einrichtung des neuen Instruments der direkten Rekapitalisierung von Finanzinstituten nicht geändert.« hie

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

SCHÜTZT DIE BANKENUNION DEN STEUERZAHLER?

Richtung stimmt

PRO



Jan Hildebrand  
»Handelsblatt«

Mit der Bankenunion hat Europa eine schnelle und wirkungsvolle Antwort auf die Euro-Krise gegeben. Dieser große Integrationssschritt war überfällig – gerade im Interesse der Steuerzahler. Man kann streiten, ob ausgerechnet die Europäische Zentralbank die Aufsicht über die Großbanken übernehmen sollte. Doch wichtig ist zunächst, dass es nun eine gemeinsame Kontrolle gibt. Im vernetzten Finanzsystem machen Probleme einer Bank nicht an Grenzen halt – erst recht nicht im gemeinsamen Währungsraum. Daher muss die Aufsicht im europäischen Interesse handeln, damit Bankenprobleme nicht aus nationalem Kalkül ignoriert werden, bis sie unkontrollierbar sind. Kommt es zu einer Schieflage, steht künftig ein EU-Abwicklungsfonds zur Verfügung, gefüllt von den Finanzinstituten. Damit sinkt für die Steuerzahler das Risiko, einspringen zu müssen. Gerade in Deutschland wird bemängelt, dass mit dem EU-Fonds eine Vergemeinschaftung von Bankrisiken einhergeht. Das stimmt. Offenbar haben die Kritiker aber schon die Schieflage einiger Finanzinstitute in Deutschland vergessen. Es ist kein Naturgesetz, dass die deutschen Banken in den Fonds nur einzahlen, während andere Nutznießer sind. Noch wichtiger: Mit der Bankenunion wird eine neue Haftungskaskade eingeführt. Künftig müssen zuerst Anteilseigner und Gläubiger der Banken für eine Rettung oder Abwicklung zahlen. Das nimmt auch den direkten Bankenhilfen aus dem Euro-Rettungsfonds ESM ihren Schrecken. Die Hürden für dessen Nutzung sind so hoch, dass sie ein theoretischer Fall bleiben wird. Unterm Strich bleibt: Dank der Bankenunion muss der Steuerzahler künftig bei Hilfen für Finanzinstitute als Letzter einspringen – nicht mehr als Erster.

Weinender Dritter

CONTRA



Markus Sievers  
»Berliner Zeitung«

Nie wieder sollen Steuerzahler für Banken aufkommen, die sich verspekuliert haben. Der politische Anspruch ist unbestritten nach der Finanzkrise. Mit der Bankenunion bemüht sich die Europäische Union, Konsequenzen zu ziehen. Sie baut eine Schutzwand für die Steuerzahler auf, allerdings eine mit ziemlich vielen Löchern. An den Prinzipien, die Europas Finanzminister verkünden, ist nichts auszusetzen. Kernstück der Neuordnung ist die Haftungskaskade. Als erstes trifft es bei Bankpleiten künftig die Aktionäre und erst am Ende die Steuerzahler – das ist die Absicht. So müssen die Banken einen Abwicklungsfonds selbst auffüllen. Mit 55 Milliarden Euro ist der Eigenbetrag der Branche aber viel zu klein, um Sicherheit zu schaffen. „Klar unterdimensioniert“ sei diese Summe, urteilt zu Recht die Monopolkommission. Besonders heikel wird es in der langen Übergangszeit, bis die 55 Milliarden Euro vollständig eingezahlt sind. Was ist, wenn vor 2024 eine italienische Großbank kippt? Auf die Einzahlungen der Banken aus andern Ländern könnte das Institut nicht zurückgreifen. Verhindert hat Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), dass in der Übergangszeit ausländische Konkurrenten mit den Beiträgen der deutschen Institute stabilisiert werden können. Die hiesigen Banken sind also geschützt, nicht aber die Steuerzahler. Sie könnten über ihren Anteil am europäischen Rettungsfonds ESM doch wieder in Haftung genommen werden. Auch entscheiden am Ende bei großen Abwicklungen die EU-Finanzminister – das lässt Kungeleien zwischen Regierungen befürchten, deren Rechnung der Steuerzahler als weinender Dritte zahlt. Die Bankenunion ist gut gemeint. Bankenrettungen auf Staatskosten verhindert sie nicht.

Mehr zum Thema der Woche auf Seite 1 bis 3  
Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Hierzulande verbreitet sich allmählich das Gefühl, die Krise sei überstanden. Ist dieses Gefühl trügerisch?

Ich glaube ja. Was die Staatenfinanzierung angeht, weil etwa für Frankreich und Italien immer noch große Zinsrisiken bei der Refinanzierung auf den Kapitalmärkten lauern. Und es ist auch trügerisch, weil nach wie vor in den Bankbilanzen Restposten existieren, die durchaus zu Schieflagen führen können. Insofern wird man jetzt erst mal abwarten müssen, was die Stresstests ergeben und ob da eine gewisse Entwarnung zu sehen ist oder nicht.

Die europäische Bankenunion soll vergleichbare Krisen künftig verhindern. Kann sie das?

Ich bin der Ansicht, dass die Bankenunion ein Fortschritt ist. Die Zuständigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) für die großen Banken, die ja ein Marktvolumen von 85 Prozent abbilden, wird für koordiniertere Abläufe sorgen, als das bisher der Fall war. Ob das schon pünktlich zum 4. November passieren wird, an dem die EZB offiziell übernehmen will, wage ich zu bezweifeln. Trotz allem kann ich zumindest aus deutscher Sicht sagen, dass die Bafin, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, gute Vorarbeit für die Übergabe an die EZB geleistet hat. Daher ist zu erwarten, dass ein bisschen mehr Stabilität herauskommt.

Entscheidend aus Sicht der Bundesregierung ist, dass künftig nicht mehr der Steuerzahler, sondern vorrangig die Finanzinstitute selbst für ihre Probleme aufkommen müssen.

Erst mal ist der Anspruch völlig richtig. Man hat eine Haftungskaskade aufgebaut, die zunächst die Banken und ihre Eigentümer in die Pflicht nimmt und dann bestimmte Gläubigerpositionen mit heranzieht. Das soll bis zu acht Prozent der Bilanzsumme ausmachen und wäre sicherlich schon eine erhebliche Entlastung. Dazu kommt für Notfälle der Bankenabwicklungsfonds. Ob das aber bei einer systemischen Krise, also nicht nur der Krise einer einzelnen Bank, reichen wird, wage ich zu bezweifeln. Das Grundproblem ist: Die Banken sind nach wie vor viel zu groß, und die Politik hat nicht den Anspruch umsetzen können, sie kleiner zu machen. Daher bleiben die Risiken sehr groß. Im übrigen machen die indirekten Kosten einer Finanzkrise – Steuerausfälle, Konjunkturprogramme, Kurzarbeitergeld – meist ein Vielfaches der Kosten für die Bankenrettung aus. Und keiner kann sagen, wie unter dem Regime der Schuldenbremse in der Bundesrepublik und dem Regime des Fiskalpaktes europaweit überhaupt Krisenbewältigungen künftig laufen sollen. Dürfen dafür Kredite aufgenommen werden und wie lange? Antizyklische Politik soll zwar möglich sein, aber spätestens im zweiten Jahr oder bei stagnativer Entwicklung ist das völlig offen. Und solange an dem Dogma festgehalten wird: keine Steuererhöhung für Besserverdienende, solange ist der öffentliche Spielraum dann mehr als knapp.

Sie haben den 2010 beschlossenen deutschen Bankenrettungsfonds heftig kritisiert. Warum?

Weil das vorgesehene Volumen nicht erreichbar ist. Der Fonds ist so konstruiert, dass er gewinnabhängig ist. Große Banken haben die auf sie entfallenden Abgaben nicht bezahlt, weil die Gewinne dafür nicht ausreichend waren. Anschließend wurde den Banken die Zahlung sogestundet. Die Commerzbank hat bisher so gut wie nichts gezahlt, obwohl sie eine Krisen-Krisenversichererbank gewesen ist. Jetzt ist viel zu wenig im Fonds.

Und wird es mit dem neuen europäischen Bankenabwicklungsfonds besser?

»Vorteile für die Großen«

AXEL TROOST Der Finanzexperte der Linksfraktion sieht durch die Bankenunion Nachteile für die soliden deutschen Sparkassen



Dieses Problem wird bei der europäischen Lösung dadurch versucht aufzufangen, dass man den Sparkassensektor und den Genossenschaftssektor in viel größerem Umfang als bisher in Deutschland mit in die Pflicht nimmt. Das ist aber aus unserer Sicht völlig systemwidrig, weil Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht Krisenverursacher waren und auch nicht sein werden. Keine von ihnen ist so groß, und zudem haben sie ihre eigenen solidarischen Sicherungssysteme. Sie müssen also in diesen Fonds einzahlen, ohne je davon zu profitieren. Des-

wegen muss die Bundesregierung in den Verhandlungen mit der EU-Kommission viel stärker als bisher dafür sorgen, dass das spezifische deutsche Bankenwesen mit sehr vielen kleinen Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht geopfert wird zugunsten von Großbanken, französischen, italienischen, spanischen, die entlastet werden, weil der Fonds von den kleinen deutschen aufgefüllt wird.

In Vorbereitung auf die Bankenunion laufen derzeit die Stresstests. Dabei sind

die Probleme der portugiesischen Banko Espirito Santo ans Licht gekommen.

Das zeigt, dass man die Probleme jetzt in der Tat angeht und auch versucht, Lösungen zu finden. Wir werden möglicherweise erleben, dass auch eine deutsche Bank ein Problemfall wird. Aus unserer Sicht ist es allerdings unsinnig, das Gesamtergebnis des Stresstests den Banken erst 48 Stunden vor der Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen. Das wird am Freitag sein, und am Montag ist der Markt wieder auf. Das heißt, dass an einem Wochenende Lösungen zu finden sein müssen. Das kann schon im Einzelfall zu Verwerfungen führen. Niemand kann ein Interesse haben, dass einzelne Banken dann nicht ausreichend Zeit haben, um vernünftig zu handeln, sei es über die Kapitalmärkte, sei es, wenn sie öffentlich-rechtlich sind, mit ihren jeweiligen Landesregierungen.

Bisher hat der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM Staaten geholfen, die durch die Bankenrettung in Finanznöte geraten sind. Das hat dann die Staatsverschuldung hochgetrieben. Künftig soll der ESM unter Umständen direkt zur Rekapitalisierung von Banken beitragen können. Ein Fortschritt?

Nein. Ich bin mir auch nicht sicher, ob es überhaupt möglich und vernünftig ist, vom ESM direkt Geld in die Banken hineinzustecken. Wir haben immer gefordert: Wenn Staaten öffentliches Geld in Banken stecken, muss das natürlich mit Einflussnahme verbunden sein, mit Mandaten in Aufsichtsräten und anderem. Und das können nur die Nationalstaaten. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass ein ESM Eigentümerrechte gegenüber einer Bank ausübt oder dass das sinnvoll sein kann. Insofern sollte der ESM Gelder immer nur über die Staaten zur Verfügung stellen, die dann wirklich auch Einfluss nehmen und bitte dafür sorgen müssen, dass diese Banken wesentlich kleiner werden oder, wenn notwendig, auch geregelt abgewickelt werden.

Eine Gruppe von Professoren klagt vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Bankenunion, weil diese der Europäischen Zentralbank mehr Macht gebe, als die EU-Verträge erlauben. Wie beurteilen Sie dies?

Die ganze Konstruktion ist ein Problem. Fangen wir mal damit an, dass natürlich durch die Zuständigkeit der EZB die Maßnahmen auf die Eurozone beschränkt sind. Wir waren mit dem Finanzausschuss in London und haben von den britischen Kollegen gehört: Macht das mal mit der Bankenunion, wunderbar, aber ohne uns! Das ist schon ein Problem, wenn der größte Finanzplatz, London, nicht mit dabei ist. Das zweite ist, dass die EZB natürlich in Interessenkollisionen kommt als Institution, die hoheitlich für Geldpolitik zuständig ist und gleichzeitig Aufsicht sein soll. Man hat eben ganz schnell eine Lösung gesucht, um genau das von Ihnen angesprochene ESM-Problem anzugehen. Die Bundeskanzlerin hat darauf gedrängt, dass es sehr schnell zu dieser Bankenunion kam. Man hätte lieber eine andere Institution gründen sollen, als auf die EZB zurückzugreifen.

Das Gespräch führte Peter Stützle.

Axel Troost sitzt seit 2005 im Deutschen Bundestag und ist seither finanzpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. Der 1954 geborene Diplom-Volkswirt ist auch Sprecher der Landesgruppe Sachsen in der Fraktion.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Finanzexpertin: Antje Tillmann

Antje Tillmann gibt sich energisch. „Wir wollen die Steuerzahler aus der Bankenrettung heraushalten“, sagt die finanzpolitische Sprecherin der Unions-Bundestagsfraktion. Sie wehrt Kritiker der entstehenden europäischen Bankenunion ab, die befürchten, nach den kriselnden Euro-Staaten müssten die Bürger hierzulande auch noch für hochverschuldete Kreditinstitute südlicher Länder aufkommen. Tillmann erläutert dazu die vereinbarte „Haftungskaskade“, die in den nun im Bundestag eingebrachten Gesetzen zur europäischen Bankenunion verankert ist. „Zuerst die Eigentümer, dann die Gläubiger, dann der Bankenfonds, dann der permanente Rettungsschirm ESM und dann nur im Ausnahmefall der Steuerzahler.“ Hätte es diese Regeln schon beim Eintritt der Bankenkrise vor Jahren gegeben, hätten Steuerzahler nur für ein einziges Geldhaus aus Irland geradestehen müssen, sagt die Erfurter CDU-Abgeordnete. Durch die mehrstufigen Prüfverfahren bis hin zum Stresstest der EZB würden die Risiken, dass Großbanken demnächst notleidend würden, deutlich reduziert.

Sind die 55 Milliarden Euro, die die Europas Banken für den Rettungsfonds der Bankenunion einzahlen müssen, nicht zu gering angesichts der Volumina, die heute in der Finanzwelt bewegt werden? Tillmann sagt, der Fonds stehe erst an dritter Stelle der „Haftungskaskade“ und das Gros der Risiken werde durch die Eigentümer abgedeckt. „Man darf die Banken nicht überfordern“, mahnt sie. Wenn alles funktioniere, könne die Einlagensumme eines Tages erhöht werden. Auch auf die soliden deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken werde eingegangen, weil Risiko und Größe von Kreditinstituten beim Fonds be-

rücksichtigt würden. Scharf widerspricht die 50-Jährige in ihrem Bundestags-Büro Forderungen aus der Commerzbank, die im Zuge der künftigen Bankenunion die von den Krisenstaaten propagierte Idee der Eurobonds nun wieder aufgewärmt hat. „Es darf keine Gemeinschaftshaftung für schlechtes Wirtschaften anderer Staaten geben.“ Die gebürtige Düsseldorferin wurde schon mit 14 politisch aktiv, als sie an ihrem katholischen Gymnasium eine Schülerunions-Gruppe gründete, um gegen geplante Zuschusskürzungen zu protestieren. Sie



»Wir wollen die Steuerzahler aus der Bankenrettung heraushalten.«

studierte Finanzwissenschaften und startete 1986 als Finanzbeamtin in Nordrhein-Westfalen. Eigentlich sollte die Diplom-Finanzwirtin das Steuerbüro ihres Vaters übernehmen, aber dann kam die deutsche Einheit und Tillmann wechselte 1991 nach Brandenburg und 1993 nach Thüringen. Dort arbeitete sie zunächst im Finanzministerium, danach in den Finanzämtern Weimar und Erfurt. Seit 1998 ist sie auch geprüfte Steuerberaterin. Das Beherrschen spröder Finanzzahlen ist Antje Till-

mann von Berufs wegen auf den Leib geschneidert. Damit hat sie sich auch in der Unions-Fraktion, der sie seit 2002 angehört, einen Namen gemacht. Zunächst im Haushaltsausschuss, seit 2005 im Finanzausschuss und seit Anfang 2014 als finanzpolitische Fraktionssprecherin. „Mrs. Schuldenbremse“ wurde die hartnäckige Kämpferin für das Sparen in der Union genannt, als sie als Unions-Berichterstatterin in der zweiten Föderalismuskommission erfolgreich für die Einführung der staatlichen Schuldenbremse stritt. „Generationengerechtigkeit“ hat sie sich auf die Fahnen geschrieben. Vielleicht ist die CDU-Frau auch deshalb eher zurückhaltend beim Thema Steuersenkung – trotz der Rekorderlöse des Staats. Sie ist stolz, dass der Bund nach 40 Jahren erstmals die „Schwarze Null“ erreicht hat. Das sei ein „riesiger Schritt, da muss man weitermachen“, sagt sie. „Wenn es mittelfristig die Chance gibt, den Bürger zu entlasten, sollte man dies machen“, sagt Tillmann und verweist auf die angestrebte Reform bei der Kalten Progression. Erfurt und das Land Thüringen sind für die Rheinländerin längst zur neuen Heimat geworden, auch weil der Menschenruch dort so ähnlich sei, sagt sie. Bei den vergangenen Wahlen 2009 und 2013 hat die Mutter einer Tochter sogar den Wahlkreis Erfurt-Weimar-Weimarer Land II direkt für die Union gewonnen und dabei dort den SPD-Etatexperten Carsten Schneider ausgestochen. Welche politischen Ziele hat Antje Tillmann noch? „Als finanzpolitische Fraktionssprecherin kann ich wichtige Themen wie die Bankenunion oder den Kampf gegen Steuerhinterziehung aktiv mitgestalten“, sagt sie. „Das finde ich ausgesprochen spannend.“

Hans Krump II

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 227-305 15  
Telefax (0 30) 227-365 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur  
Jörg Biallas (fb)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stell. CxO  
Michael Klein (mik)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), CxO  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionschluss  
29. September 2014

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: parlament@fsf-medien.de

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fsf-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Anzeigenabteilung  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 74  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: anzeigenverwaltung@fsf-medien.de

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Einkostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einreichungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterzeichnungsverfahren können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Ab November die „Wacht am Main“: Gebäude der Europäischen Zentralbank in der Bankenstadt Frankfurt

# Nach der Krise? Vor der Krise?

**BANKENUNION** Durch eine europäische Aufsicht über die Geldhäuser sollen Steuerzahler nicht mehr so schnell haften

Die Debatte im Bundestag dauerte nicht mehr als 100 Minuten. Doch am Ende stand ein tiefer Einschnitt in das deutsche und europäische Finanzsystem. Rund sechs Jahre nach der spektakulären Pleite der Lehman Brothers und dem Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise haben die deutschen Parlamentarier durch die Verabschiedung von vier so genannten Umsetzungsgesetzen die geplante europäische Bankenunion implementiert. Mit ihr soll eine kontrollierte Rettung von maroden Geldhäusern möglich werden, ohne dass künftig Staaten damit zugleich an den Rand des Bankrotts geraten. Während die Befürworter dies als einen Durchbruch zu einer stabileren institutionellen Finanz-Architektur der Euro-Zone feiern, befürchten viele Kritiker, dass damit durch die Hintertür doch eine europaweite Haftung der Sparer und Steuerzahler für überschuldete Banken und Staaten festgeschrieben wird.

**Besserer Schutz** Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verspricht sich von der Bankenunion jedoch in erster Linie einen besseren Schutz der Steuerzahler vor den finanziellen Folgen künftiger Banken Krisen. Die Gesetze haben dabei das Ziel, einerseits die europäischen Vereinbarungen zur Bankenunion umzusetzen und andererseits die bisher schon in Deutschland aufgrund der Erfahrungen in der Finanzkrise getroffenen Regelungen an die europäischen Vorgaben anzupassen. So folgt dem Gesetzesvorhaben auch ein gravierender und für die Finanzmarktbranche weitreichender verwaltungstechnischer Umbau: Zunächst wird die „Bundesanstalt für Finanzmarktstabilität“ (FMSA) die nationale Abwicklungsbehörde werden. Dabei sollen die bisher auf verschiedene Stellen verteilten Abwicklungsbefugnisse dort zentralisiert werden. In einem zweiten Schritt soll die FMSA dann in die „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ (BaFin) als so genannte „Anstalt in der Anstalt“ überführt werden. „Hierdurch sollen Synergien mit der bestehenden Allfinanzaufsicht gehoben und mögliche Reibungsverluste vermieden werden“, heißt es in dem Gesetzesentwurf. Am Ende wird dann die EZB die Banken in der Euro-Zone beaufsichtigen. Aufgabe der neuen Aufsicht ist es, darauf zu achten, dass die wichtigsten, grenzüberschreitend arbeitenden Geldhäuser Europas nach einheitlichen Standards kontrolliert werden. Die kleineren Banken sollen dagegen auch in Zukunft durch die nationalen Behörden überwacht werden.

**Start im November** Dabei ist die parlamentarische Verabschiedung zeitlich genauestens und engstens getaktet, denn bereits Anfang November soll die gemeinsame Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) ihre Arbeit aufnehmen und insgesamt 120 Banken in der Euro-Zone, darunter 21 deutsche Institute, beaufsichtigen. Zuvor wird ein so genannter Stresstest zeigen, ob die Bilanzen der größten Banken einem simulierten Crash standhalten, versteckte Verluste offengelegt und ausgeglichen. Alle Banken werden dabei künftig mehr Eigenkapital

vorhalten müssen. Im November will dann die neue Chefin der EZB-Bankenaufsicht, Daniele Nouy, die Ergebnisse veröffentlichen. Bekommen Geldinstitute dann künftig erneut Probleme, werden sie – so ist vor allem nach dem Bankensender in Zypern geplant – nach einem einheitlichen Verfahren saniert oder abgewickelt. Fallen Verluste an, sollen in erster Linie die Eigentümer und Gläubiger der Bank durch ein so genanntes „Bail-in“ haften. Kleinanleger sollen dabei durch Einlagensicherungsfonds geschützt werden. Die zweite Verteidigungslinie bildet ein Fonds, der von den Banken in der Euro-Zone schrittweise bis Anfang 2024 über Abgaben der Geldhäuser mit rund 55 Milliarden Euro gefüllt werden soll. Er kann allerdings erst angezapft werden, nachdem Eigentümer und Gläubiger der Bank Verluste in Höhe von mindestens acht Prozent der Bilanzsumme absorbiert haben. Wenn er genutzt wird, darf der Fonds höchstens Mittel in Höhe von fünf Prozent der Bilanzsumme bereitstellen. Diese Reihenfolge der Haftung – zuerst Eigentümer und Gläubiger, dann der Abwicklungsfonds der Banken – wird als „Haftungskaskade“ bezeichnet. „Wir lassen damit Haftung und Verantwortlichkeit dort angesiedelt, wo auch die Zuständigkeit für die Entscheidungen ist“, betonte Schäuble. „So wollen wir das Risiko, dass wieder die Steuerzahler wie in der Finanzkrise in die Haftung eintreten müssen, ausschließen.“ Am Ende der Haftungskaskade steht dann allerdings doch der Euro-Rettungsfonds ESM und mit ihm der Steuerzahler. Dabei war der ESM eigentlich nur zur Sta-

bilisierung von finanziell angeschlagenen Euro-Staaten gedacht. Nun soll er – als „ultima ratio“ sozusagen – auch bei einer direkten Rekapitalisierung von Banken helfen. Das soll aber in der Regel mit einer finanziellen Beteiligung des Landes verbunden werden, in dem die notleidende Bank sitzt. Die Hilfen sind auf 60 Milliarden beschränkt. Die Haftungsregeln sollen insgesamt europaweit ab 2016 gelten, in Deutschland aber schon von 2015 an.

**Alarmglocken** Spätestens aber, wenn die einzelnen Nationalstaaten zur Rettung maroder Banken aufgerufen wären, schrillen bei Kritikern der geplanten Bankenunion alle Alarmglocken. Denn Europas Bankenwelt ist auch heute noch lange nicht vor weiteren bösen Überraschungen gefeit. Ganz im Gegenteil. Erst vor wenigen Wochen drohte die portugiesische „Banco Espírito Santo“ (BES) in eine finanzielle Schieflage zu geraten. Wir erinnern uns: Mitten im Sommerloch sorgten Pleitegerüchte um die BES und Rioforte – beide Geldhäuser sind Teil des weitverzweigten portugiesischen Familienkonglomerats „Espírito International“ – für helle Aufregung an den Finanzmärkten. In ganz Europa rauschten die Bankaktien in den Keller, gleichzeitig schossen die Risikoprämien auf südeuropäische Staatsanleihen in

die Höhe. Portugals Ministerpräsident Pedro Passos Coelho sah sich gezwungen zu versichern, dass die BES genügend Kapital habe, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Ein Vorgang, der viele Beobachter fatal an die längst überwunden geglaubte Banken-Krise erinnerte, in der nationale Aufseher selbst dann noch schützend ihre Hände über heimische Kreditinstitute hielten, als diese längst vor der Pleite standen. Und Portugal ist kein Einzelfall: Nach dem jüngsten Bankenmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln leiden vor allem die Geldhäuser in Zypern und Griechenland unter problembeladenen Krediten, danach folgen Italien und Spanien. Auch in Österreich schockte die Erste Group, das älteste Kreditinstitut des Landes, Anfang Juli die Märkte mit 2,4 Milliarden Euro Abschreibungen für 2014. Finanzkreise rechnen damit, dass europaweit

30 von 128 getesteten europäischen Banken die Hürde im Stresstest reißen könnten. Konkret heißt das: Im Krisenszenario hätten sie nicht ausreichend Eigenkapital und der Steuerzahler müsste „aushelfen“. Ein Szenario, das sich auch in Deutschland ereignen könnte. Geht es nach Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und der Chefin der Bundesfinanzaufsicht (BaFin), Elke König, werden zwar alle deutsche Banken

den Stresstest problemlos überstehen. Doch ist das wirklich so? Wackelkandidaten sind vor allem einige Landesbanken. Besonders gefährdet ist die skandalumwitterte HSH Nordbank. Die gemeinsame Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein ist weltweit die Nummer eins im Schiffsgeschäft, das zur Zeit in einer tiefen Krise steckt, und darüber hinaus stark in Schieflage wegen Fehlinvestments vor der Finanzkrise. Dass das Institut überhaupt noch existiert, verdankt es allein den Steuerzahlern der beiden Bundesländer, die das Institut mit rund zehn Milliarden Ausfallgarantie stützen. Die sollen der eigentlich maroden Landesbank jetzt durch den Stresstest helfen. Doch noch ist fraglich, ob die EZB die Garantie der Steuerzahler toleriert. Ist dies nicht der Fall, wird es eng. Um nicht das gleiche Schicksal zu erleiden wie die NRW-Landesbank WestLB, die auf Drängen der EU-Kommission abgewickelt wurde, könnte sich die Kieler Skandalbank nur noch in eine Fusion mit der niedersächsischen Nord/LB retten. Doch auch die sitzt auf einem großen, heute ungeliebten Polster aus Schiffsbeteiligungen.

**Problem Schiffe** Und dann ist da noch die Frankfurter Commerzbank, eigentlich ein Privatinstitut, aber nach der Finanzkrise immer noch mit 17 Prozent in der Hand des deutschen Staates. Auch sie muss milliardenschwere Altlasten aus der Staats-, Schiffs- und Immobilienfinanzierung loswerden und schleppt viele andere Risiken mit sich herum. Mit dem Verkauf von Portfolios in Spanien

und Portugal hat sie bereits viele Altlasten abgeworfen. Aber ob es für den Stresstest reicht?

Ja, sagen die Banken zuversichtlich, denn es gibt ja noch Mario Draghi. Europas obersten Banker. Er hat versprochen, den europäischen Bankensektor und damit Euro-Land mit allen Mitteln der Geldpolitik vor einer neuen Bankenkrise zu retten. Anfang Juli diesen Jahres kündigte die EZB deshalb ein bis zu vierjähriges Kreditprogramm in Höhe von insgesamt einer Billion Euro für Europas Banken an. Ab September – nicht zufällig kurz vor dem Bilanzcheck und Stresstest – konnten sie sehr günstig Refinanzierungsgeschäfte – der Zinssatz liegt bei 0,25 Prozent – von der Notenbank erhalten, um weiter zu bestehen. „Die Euro-Zone läuft Gefahr, Zombie-Banken zu züchten, welche die Volkswirtschaften der Krisenländer im Erholungsprozess lähmen“, warnen deshalb die Ökonomen vom „Institut der deutschen Wirtschaft“ in Köln. Die nächste Krise, so lautet ihre Warnung, droht dann spätestens in vier Jahren. Dann müssen die Banken das von der Zentralbank geliehene Geld wieder zurückzahlen.

Christoph Birnbaum

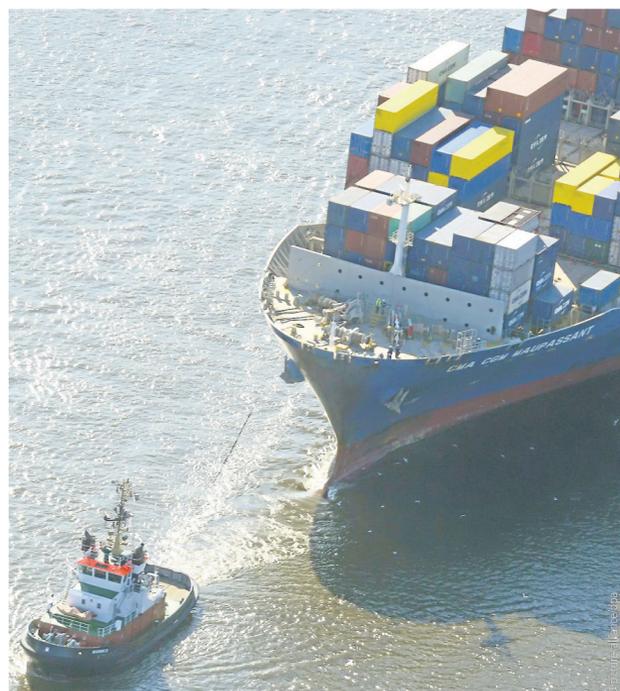
Der Autor ist Wirtschaftsjournalist in Bonn.

**Vor allem die Banken in Zypern und Griechenland leiden unter faulen Krediten.**



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige



Schiffsfinanzierungen belasten wegen Überkapazitäten viele Banken.

## Politik bei Nomos



**Deutsche Politikwissenschaftler – Werk und Wirkung**  
Von Abendroth bis Zellentini  
Herausgegeben von Eckhard Jesse und Sebastian Liebold  
2014, 849 S., geb., 98,- €  
ISBN 978-3-8329-7647-7  
www.nomos-shop.de/19360

Dieser Band bietet eine vergleichende Würdigung von Werk und akademischer wie öffentlicher Wirkung von 50 wichtigen deutschen Politologen. Er versteht sich als Studienbuch wie als Nachschlagewerk.



**Klassiker des europäischen Denkens**  
Friedens- und Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte  
Herausgegeben von Winfried Böttcher  
2014, 781 S., geb., 98,- €  
ISBN 978-3-8329-7651-4  
www.nomos-shop.de/19297

Das Lexikon gilt als das große Grundlagenwerk zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des europäischen Denkens. Auf rund 800 Seiten versammelt und vereint der Band die Friedens- und Europavorstellungen von über 100 herausragenden Persönlichkeiten aus mehr als 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





Wer kinderpornografische Bilder macht oder verbreitet, soll nach dem Willen der Bundesregierung künftig härter bestraft werden. Zudem werden die Verjährungsfristen für sexuellen Missbrauch verlängert.

## Befragungen per Internet

**INNERES** Der Bundestag hat vergangene Woche den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes“ (18/2141) zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Wie die Regierung in der Vorlage erläutert, werden der Mikrozensus und die durch eine EU-Verordnung vorgeschriebenen Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte gemeinsam vorgenommen. Eine bevorstehende Änderung dieser Verordnung sehe „insbesondere eine mehrmalige Befragung derselben Person innerhalb eines Jahres vor.“ Zudem sollten Erhebungen vermehrt elektronisch durchgeführt werden, beispielsweise per Internet. Auch bei anderen Haushaltserhebungen der EU seien umfangreiche Änderungen und weiter gehende Anforderungen absehbar. Daher sei beabsichtigt, „diesen Anforderungen mit einer übergreifenden Reform der Haushaltserhebungen zu begegnen“. Ziel sei die Schaffung eines Gesamtsystems, in das unter anderem der Mikrozensus, die „europäische Arbeitskräfteerhebung“ sowie die Gemeinschaftserhebungen über Einkommen und Lebensbedingungen und über die private Nutzung von Informationstechnologien integriert werden sollen. Zur geplanten Änderung des Anfang 2014 in Kraft getretenen Bevölkerungsstatistikgesetzes schreibt die Regierung, es habe sich bei der Vorbereitung seiner Umsetzung herausgestellt, „dass weitere Hilfsmerkmale erforderlich sind, um die Qualität der Statistik insbesondere im Hinblick auf die Einwohnerzahl und deren Fortschreibung zu sichern und zu verbessern.“ **sto**

# Mehr Schutz für Kinder

**JUSTIZ** Koalition will Sexualstrafrecht verschärfen und damit EU-Übereinkommen ratifizieren

Auch wenn sein Name kaum fiel, so überschattete die Affäre um den zurückgetretenen ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy doch die Debatte zum Sexualstrafrecht am Donnerstag vergangene Woche im Plenum des Bundestages. Die Abgeordneten debattierten nämlich in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/2601), der zahlreiche Veränderungen und Verschärfungen des Sexualstrafrechts vorsieht, gerade was Nacktbilder von Kindern anbelangt. Mit dem Gesetzentwurf setzt die Bundesregierung allerdings hauptsächlich Vorgaben der Konvention des Europarates zum Schutz von Kindern gegen sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch sowie des Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in nationales Recht um. Ebenso wird damit die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der Kinderpornografie aus dem Jahr 2012 in das deutsche Rechtssystem übertragen.

**Schutzlücken schließen** Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) wies in der Debatte darauf hin, dass mit dem Gesetzentwurf viele Schutzlücken im Strafrecht geschlossen würden. So sei es nun im Falle des Missbrauchs eines Schülers oder einer Schülerin durch einen Lehrer nicht mehr

wichtig, ob es sich um den Klassenlehrer handelt oder nicht. „Niemand soll seine Vertrauensstellung ungestraft missbrauchen können“, sagte Maas. Zudem erhalten Opfer von Missbrauchsfällen mehr Zeit, die Taten anzuzeigen: Die Verjährungsfristen der Taten werden bis zum 30. Lebensjahr des Opfers verlängert, in besonders schweren Fällen auch bis zum 50. Lebensjahr. Dass eine solche Änderung notwendig sei, hätten Vorfälle wie an der Odenwaldschule gezeigt, an der Schüler jahrelang von Lehrern missbraucht worden waren. Maas kündigte weiterhin schärfere Regelungen und Strafen für das Herstellen, Verbreiten und den Besitz von Bildern nackter Kinder an. So verbiete das Gesetz, Bilder von „teilweise unbedeckten Kindern und Jugendlichen in unnatürlich geschlechtsbetonter Körperhaltung“ zu publizieren. Ebenso soll strafbar sein, wer unbefugt nackte Kinder fotografiert oder diese Bilder verbreitet. Befürchtungen, mit den verschärften Regeln würden auch Eltern, die harmlose Aufnahmen ihrer Kinder beim Nacktbaden oder am Strand machten, kriminalisiert, wies der Minister zurück. Das sei schon

deshalb nicht so, da Eltern nicht unbefugt handeln. Auf das Thema Prävention ging die Linke-Abgeordnete Halina Wawzyniak ein. So sollten Täter, die ihre Strafe verbüßt haben, einen Rechtsanspruch auf Therapie und umfassende Hilfe erhalten. Außerdem sei das Gesetz an vielen Stellen unklar und nicht genau genug formuliert, kritisierte Wawzyniak. Das schaffe Rechtsunsicherheit anstatt -sicherheit. So solle auch bestraft werden, wer „unbewusst“ im Internet auf kinderpornografisches Material zugreife. Wie solle das kontrolliert werden? Sie vermutete, dass sich über das Gesetz Befürworter der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ein Hintertürchen offen gelassen hätten.

**»Das Gesetz ist ein gutes Paket, um den Opfern von Missbrauch zu helfen.«**

Thomas Strobl (CDU)

**Drei Säulen** Für Thomas Strobl (CDU) steht der Kampf gegen Kindesmissbrauch auf drei Säulen. Säule eins sei die Prävention, und da sei es gelungen, die Förderung des Projekts „Kein Täter werden“ zu sichern. Dank des Gesetzes würden nun in Säule zwei, dem lückenlosen Strafrecht, einige Schutzlücken geschlossen. Beispielsweise könne jetzt mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden, wer kinderpornografische Bilder horte. Auch der

Säule drei, der effektiven Strafverfolgung, sei durch einheitliche Regelungen und Definitionen geholfen. Insgesamt sei das Gesetz „ein gutes Paket, um den Opfern zu helfen und darauf kommt es an“. Katja Keul von den Grünen begrüßte es, dass die Anbahnung eines sexuellen Kontakts zu Minderjährigen über das Internet, das sogenannte „grooming“, strafbar werden soll. Allerdings sieht auch Keul viele Unklarheiten in dem Gesetz. So werde auch der einvernehmliche Austausch von Nacktbildern unter Jugendlichen illegal. Besonders störe sie, dass sich künftig strafbar mache, wer Bilder mache, die dazu taugen, „dem Ansehen von Personen erheblich zu schaden“. Mit dieser Formulierung werde das Gesetz dem rechtlichen Maßstab

nicht gerecht, sagte Keul. Johannes Fechner (SPD) wies darauf hin, dass die Bundesregierung mit dem Gesetz der EU-Richtlinie zum besseren Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt nachkomme. „Wir dürfen in diesem Bereich keine Strafbarkeitslücken erlauben“, sagte er. Es sei gut, dass der Straftatbestand des sexuellen Missbrauchs auch um Stiefeltern oder neue Lebenspartner erweitert werde. Freilich müsse die Polizei aber auch in die Lage versetzt werden, die neuen Straftatbestände zu verfolgen. Mit debattiert wurde außerdem ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/2619) für mehr Schutz und Hilfen für Kinder, der zusammen mit dem Gesetzentwurf an die federführenden Ausschüsse überwiesen wurde. **Julian Burgert**

### > STICHWORT

Weitere geplante Verschärfungen im Sexualstrafrecht

- > **Ausland** Wer sich als Deutscher im Ausland des sexuellen Missbrauchs schuldig macht, soll besser verfolgt werden können, unabhängig davon, ob auch das Opfer deutscher Staatsbürger ist oder nicht.
- > **Mobbing** Das Gesetz beinhaltet auch die effektivere Verfolgung von „Cybermobbing“, also Schikanen über das Internet.
- > **Videos** Strafbare wird, wer kinder- und jugendpornografische Darbietungen veranstaltet oder besucht, beispielsweise über Live-Streams im Internet.

## Edathy-Ausschuss vor schwieriger Rechtsabwägung

**ANHÖRUNG** Sachverständige sehen komplizierte Abgrenzungsfragen bei Fällen von Kinderpornografie

Der Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Aufklärung der Affäre Edathy steht nach Ansicht von Strafrechtsexperten vor einer rechtlich ausgesprochen schwierigen Materie. Die Strafrechtswissenschaftler Jörg Eisele aus Tübingen und Joachim Renzikowski von der Universität Halle-Wittenberg waren sich bei einer Anhörung des Ausschusses in der vergangenen Woche im Bundestag einig, dass die Abgrenzung von strafbaren zu nicht strafbaren Kinderfotos und -filmen sehr schwierig ist. „Wenn es für uns Rechtswissenschaftler schon schwer ist, eine sichere Grenze zu ziehen, dann erst recht für Laien“, kommentierte Eisele das juristische Gestrüpp auf diesem Feld.

**Zweideutige Rechtslage** Dem ehemaligen SPD-Abgeordneten Sebastian Edathy wird der Besitz kinderpornografischer Bilder vorgeworfen. Wegen möglicher Unregelmäßigkeiten während der Ermittlungen gegen ihn hatte der Bundestag kurz vor der Sommerpause einen Untersuchungsaus-



Die Anhörung der juristischen Sachverständigen im Untersuchungsausschuss

schuss eingesetzt. Bevor das Gremium nun am 9. Oktober mit der Zeugenvernehmung beginnt, hörte sich der Ausschuss vier Sachverständige an. Dabei ging es zum einen um die Rechtslage im Bereich der Kinderpornografie, zum anderen um die rechtlichen Grundlagen und organisatorischen Bedingungen der Ermittlungsbehörden. Auf Fragen von Abgeordneten, ob

nicht eindeutig beantworteten. Zu den Streitpunkten in der Affäre gehört, dass der Chef des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, den damaligen Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) über die Ermittlungen gegen Edathy informierte. Der Bochumer Kriminologe Thomas Feltes sieht darin keinen Grund zur Beanstandung. Sein Kollege Ralf Poscher, Staatswissenschaftler in Freiburg, teilte diese Einschätzung zwar. Den Erlass des Bundesinnenministers, aufgrund dessen Ziercke den Minister informiert hatte, hielt Poscher für rechtswidrig. Da eine solche Meldung in Persönlichkeitsrechte Betroffener eingreife, sei als Grundlage ein Gesetz oder mindestens eine vom Bundesrat gebilligte Rechtsverordnung der Bundesregierung erforderlich. Auf die Vorwürfe gegen Friedrich, der Informationen weitergegeben hatte, gingen die Gutachter kaum ein. Ein Ermittlungsverfahren gegen den CSU-Politiker wurde wegen geringer Schuld eingestellt. An dem Telefonat, in dem sich der damalige parlamentarische Geschäftsführer und heutige Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, bei Ziercke nach Edathy erkundigte, hatten die Gutachter, soweit sie sich überhaupt dazu äußerten, nichts auszusagen. Wo sich Edathy derzeit aufhält, ist nicht bekannt. **Peter Stützle**

## Soldaten im Dauerstress

**WEHRBERICHT** Hohe Belastung durch viele Einsätze

Die Opposition hält der Bundesregierung mangelnde Fürsorge für die Soldaten vor. So seien für die in Mali stationierten Truppenangehörigen trotz Malaria- und Moskitonetze erst mit Verspätung geliefert worden, monierte Christine Buchholz von der Linken am vergangenen Donnerstag bei der abschließenden Debatte über den Wehrbericht 2013 (18/300) des Wehrbeauftragten. An Zynismus grenze der Umgang mit einsatzbedingten psychischen Erkrankungen in der Truppe. So wolle Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) auch psychisch vorbelastete Soldaten in Auslandseinsätze schicken. Die Grünen-Abgeordnete Doris Wagner führte viele Missstände in der Bundeswehr auf den Personalmangel zurück. Manche Soldaten heuerten außerdem im Urlaub bei privaten Sicherheitsfirmen an, um ihr Gehalt aufzubessern. „Das darf doch nicht wahr sein“, befand Wagner und empfahl der Ministerin, über eine Erhöhung der Stellenzulage nachzudenken. Heidrud Henn (SPD) setzt derweil auf das von der Regierung geplante Attraktivitätsprogramm für die Streitkräfte, damit die Zahl der Eingabenden beim Wehrbeauftragten zurückgeht. Man müsse darüber reden, was die Bundeswehr leisten könne und solle. Der CSU-Abgeordnete Reinhard Brandl

stellte klar: „Eine gute Ausrüstung ist auch eine sicherheitspolitische Notwendigkeit.“ Er erinnerte an die vielen Krisenherde auf der Erde und daran, dass die Bundeswehr schon reduziert worden sei. Brandl wertete die Soldaten als „hervorragende Botschafter unseres Landes“, auch im Ausland. Seine CDU-Fraktionskollegin Anita Schäfer betonte ebenfalls, das Parlament könne die Soldaten nicht ohne verlässliche Ausrüstung in Einsätze schicken. Und ohne einen attraktiven Dienst, „können wir sie nicht in der Truppe halten“, fügte sie hinzu. Es sei daher wichtig, die Soldaten weniger häufig auf andere Dienststellen zu versetzen. Der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus (FDP) selbst beklagte, die Bundeswehr sei nicht im Bestzustand. Das gelte sowohl für die militärischen Großgeräte als auch für die bauliche Infrastruktur. Er verwies auf Technikpannen und Ausrüstungsdefizite sowie auf die extrem hohe Einsatzbelastung von Frauen und Männern mit Schlüsselqualifikationen. So seien viele Soldaten mehr als 250 Tage pro Jahr einsatzbedingt unterwegs. Das sei „langfristig unzumutbar“. Im vergangenen Jahr hatten sich 5.095 Soldaten mit Beschwerden an den Wehrbeauftragten gewandt. Das war die höchste Zahl seit Gründung der Bundeswehr. **vom**



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Für Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) ist es ein „neues Kapitel in einer modernen Familienpolitik“, für die Opposition allenfalls „ein erster Schritt in die richtige Richtung“. Am vergangenen Freitag debatierte der Bundestag in erster Lesung über den von Schwesig vorgelegten Gesetzentwurf zur Einführung des sogenannten „Elterngeld Plus“ mit Partnerschaftsbonus (18/2583), mit dem die Ministerin jene Elternpaare unterstützen will, die sich partnerschaftlich um die Betreuung ihrer Kinder kümmern, zugleich aber früher ins Berufsleben zurückkehren wollen. Aufgabe einer modernen Familienpolitik sei es nicht, Eltern Vorschriften zu machen, sondern sie zu unterstützen, wenn sie partnerschaftlich Verantwortung für die Familie übernehmen, sagte Schwesig. Zudem liege es auch im Interesse der Arbeitgeber, wenn gut ausgebildete Frauen früher in das Berufsleben zurückkehren.

**Zeitzeitbeschäftigung** Im Kern sieht der Gesetzentwurf vor, dass das Elterngeld Plus bei Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung doppelt so lange bezogen werden kann wie das bisherige Elterngeld. Dies ist zwar auch jetzt schon möglich, allerdings wird der Lohn aus der Teilzeitbeschäftigung auf das Elterngeld angerechnet. Mit der Verlängerung der Bezugsdauer soll dies nun ausgeglichen werden. Zusätzlich soll sich über einen Partnerschaftsbonus die Bezugsdauer um weitere vier Monate verlängern, wenn die Eltern einer Beschäftigung mit 25 bis 30 Wochenstunden nachgehen. Elterngeld, Elterngeld Plus und Partnerschaftsbonus sollen außerdem kombiniert werden können. Insgesamt kann das Elterngeld Plus somit maximal 28 Monate lang bezogen werden. Beim herkömmlichen Elterngeld liegt die maximale Bezugsdauer bei 14 Monaten.

Auch die Elternzeit soll nach dem Willen von Ministerin Schwesig flexibler gestaltet werden. So sollen Eltern wie bisher bis zum dritten Geburtstag des Kindes eine unbezahlte Auszeit aus dem Berufsleben nehmen können. Zukünftig soll zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes eine Auszeit von 24 Monaten in bis zu drei Abschnitten ermöglicht werden.

**Benachteiligungen** Die Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen nahmen die Gesetzesinitiative Schwesigs prinzipiell positiv auf. Dadurch würden auch alte Forderungen der Opposition erfüllt. Trotzdem müsse der Entwurf an mehreren Stellen nachgebessert werden. So monierten Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, und die familienpolitische Sprecherin der Grünen, Katja Dörner, übereinstimmend, dass das Arbeitslosengeld II auch weiterhin mit dem Elterngeld verrechnet werde. Faktisch kämen ALG-II-Bezieher somit nicht in den Genuss der familienpolitischen Leistung. „Dies ist eine riesige Ungerechtigkeit“, schimpfte Dörner. Und Golze attestierte der Regierung, dass dies „kein Konzept zur Bekämpfung der Familienarmut“ sei. Benachteiligt würden auch Alleinerziehende. So kämen Alleinerziehende mit gemeinsamen Sorgerecht für die Kinder nicht in den Genuss der Partnermonate.



Eltern sollen sich nach dem Willen von Familienpolitikern vermehrt partnerschaftlich um ihren Nachwuchs kümmern können.

# Schonräume

**FAMILIE** Bundestag begrüßt Elterngeld Plus von Ministerin Schwesig. Die Opposition fordert aber Nachbesserungen

Diana Golze bemängelte zudem, dass die bislang gezahlten Zuschläge auf das Elterngeld bei Mehrlingsgeburten künftig gestrichen werden sollen. Der Anspruch auf Elterngeld gelte nur noch pro Geburt, nicht mehr pro Kind. Dies aber stehe im Widerspruch zu einem Urteil des Bundessozialgerichts.

**Zeitliche Spielräume** Auch aus den Reihen der SPD-Fraktion wurde der Ruf nach Nachbesserungen am Gesetzentwurf laut. So sprach sich deren stellvertretende Vorsitzende, Carola Reimann, ebenfalls für Verbesserungen für alleinerziehende Eltern aus. Reimann lobte die Initiative als ersten von drei gesetzlichen Schritten, um Familien, vor allem Frauen, mehr zeitlichen

Spielraum zu verschaffen. Ein weiterer Gesetzentwurf von Ministerin Schwesig zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Familienangehörigen werde folgen, und im kommenden Jahr werde Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ein gesetzlich verankertes Rückkehrrecht in eine Vollzeitbeschäftigung nach Arbeitsunterbrechungen anstreben. „Mütter zurück an den Herd, junge Frauen zurück an die Schnabeltasche – das kann ja wohl nicht die Lösung der Probleme bei Kinderbetreuung und Pflege älterer Angehöriger sein“, sagte Reimann.

Für die Unionsfraktion begrüßte die Familienpolitikerin Nadine Schön (CDU) die Einführung des Elterngeld Plus als Weiterentwicklung einer „Erfolgsgeschichte“ und

Umsetzung eines Wahlversprechens. Dies zeige, dass „sich die Familien in Deutschland auf die Union verlassen können“. Das Elterngeld sei auf deren Bedürfnisse zugeschnitten. Die im Bundeshaushalt eingeplanten 5,4 Milliarden Euro seien „gut angelegt“. Familien bekämen mit dem Elterngeld im ersten Jahr nach einer Geburt einen „Schonraum“, würden finanziell abgesichert und bekämen die Möglichkeit für ein partnerschaftliches Leben. Die 31-jährige Parlamentarierin nutzte ihre Rede, um sich vom Plenum in den Mutterschutz zu verabschieden und mahnte, dass die Tätigkeit von Abgeordneten nicht sehr familienfreundlich sei. „Vielleicht sollten wir auch mal vor der eigenen Haustür kehren.“ Alexander Weinlein

## Kritik an Pflegereform

**ANHÖRUNG** Änderungen am Gesetzentwurf gefordert

Der Entwurf für das Pflegestärkungsgesetz muss nach Ansicht von Gesundheitsexperten an einigen wichtigen Stellen nachgebessert werden. Bei einer Anhörung vergangene Woche im Bundestag wiesen die geladenen Fachleute darauf hin, dass ungeachtet der vorgesehenen Beitragssatzanhebung um 0,5 Prozentpunkte in dieser Wahlperiode das Projekt finanziell wohl nicht hinreichend abgesichert sei. So werde viel Geld gebraucht, um die zusätzlichen Pflegekräfte angemessen zu bezahlen und eine regelmäßige und ausreichende Dynamisierung der Pflegeleistungen einzuplanen. Der für 2015 vorgesehene Inflationsausgleich in Höhe von vier Prozent werde den tatsächlichen Kaufkraftverlust kaum ausgleichen können. Mit dem Pflegevorsorgefonds zugunsten der geburtenstarken Jahrgänge werde überdies mit viel Geld wenig Wirkung erzielt. Verbandsvertreter monierten außerdem, dass ein verbindlicher Zeitplan zur Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, mit dem Versorgungsansprüche definiert werden, nicht vorgesehen sei. Das Pflegereformgesetz der Bundesregierung (18/1798) sieht ab 2015 Leistungsverbesserungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte vor. Rund sechs Milliarden Euro mehr pro Jahr sollen in das System fließen, um die steigende Zahl von

Pflegebedürftigen, darunter viele Demenzzranke, künftig versorgen zu können. Besonders heftig fiel die Expertenkritik am Vorsorgefonds aus, der ab 2015 mit 0,1 Beitragssatzpunkten (pro Jahr rund 1,2 Milliarden Euro) 20 Jahre lang aufgebaut werden soll. Der Wirtschaftsforscher Eckart Bomsdorf von der Universität Köln rechnete vor, dass die Beitragssatzentlastung mit wenig mehr als 0,1 Prozentpunkten marginal wäre. Er schlug vor, die Rücklage mit 0,25 Beitragssatzpunkten anzusparen und betonte: „Das Ziel ist richtig, aber der Weg ist schmal.“ Ein Vertreter der Gewerkschaft ver.di regte an, mit dem Geld könnten pro Jahr rund 70.000 Ausbildungsplätze in der Altenpflege finanziert werden. Die Arbeitgeber (BDA) befürchten, das Geld könnte leicht zweckentfremdet werden und forderten, den Fonds auf Dauer anzulegen. Der Gesundheitsökonom Heinz Rothgang von der Universität Bremen erinnerte wie die Sozialverbände daran, dass die Versicherer einen großen Teil der stationären Pflegekosten selbst tragen müssen. Der Sozialverband Deutschland sprach sich daher für eine solidarische Pflege-Bürgerversicherung aus. Die staatlich geförderte private Pflege-Zusatzversicherung (Pflege-Bahr) kann nach Einschätzung mehrerer Experten die bestehende Versorgungslücke nicht schließen. Claus Peter Kosfeld

## Die »Debatte danach«

**NOTFALLVERHÜTUNG** SPD-Fraktion will weiter beraten

Der parlamentarische Dauerstreit über die „Pille danach“ geht in leicht variierte Gefechtslage weiter. Die Unionsfraktion lehnt eine Freigabe der Notfallverhütung mit dem Wirkstoff Levonorgestrel (LNG) weiter ab, die SPD-Fraktion machte nach Monaten der Erörterung überraschend noch Beratungsbedarf geltend, und Die Linke legte einen alten Antrag (18/1617) neu auf (18/2630), der vergangene Woche nach teils hitziger Debatte in den Gesundheitsausschuss überwiesen wurde, wo die Beratung nun von vorne beginnt. Gesundheitsexpertinnen der Opposition warfen der SPD vor, im „Koalitionsgefängnis“ zu stecken und nur deshalb nicht auch für die Freigabe des Hormonmittels aus der Rezeptpflicht zu votieren. Die Linke-Abgeordnete Cornelia Möhring sagte, es gehe um das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, die nicht länger bevormundet werden dürften. Der SPD warf Möhring eine unerträgliche „Verhinderungstaktik“ vor. Auch die Grünen-Abgeordnete Kordula Schulz-Asche ging den Koalitionspartner der Union scharf an und monierte, die SPD sei gefangen in der Koalitionsdisziplin. „Sie will zwar, aber sie kann nicht.“ Es sei auch ein „Trauerspiel“ zu sehen, wie die Union bei diesem Thema gegen die Mehrheit des Bundestages, des Bundesrates und gegen die Vernunft agiere. Die Union verweigere den Frauen den direkten, schnellen Weg zur Notfallverhütung, was mög-

licherweise mit Pharmaintressen zu tun habe, mutmaßte Schulz-Asche in Anspielung auf eine anstehende Entscheidung auf europäischer Ebene zur Freigabe des Alternativwirkstoffs Ulipristalacetat. Die SPD-Abgeordneten Mechthild Rawert und Hilde Mattheis räumten ein, dass aus medizinischer Sicht nichts gegen eine Freigabe von LNG spreche. Rawert stellte aber klar: „Wir sind keine Freigänger aus dem Koalitionsgefängnis, wir sind frei gewählte Abgeordnete.“ Die SPD habe noch Beratungsbedarf, auch weil es um Kostenfragen gehe. Mattheis sagte, die Zeit sollte ausgeschöpft werden, um zu überzeugen. Die CSU-Abgeordnete Emmi Zeulner erinnerte daran, dass in der Expertenanhörung zum Thema einige Argumente dafür genannt worden seien, an der Rezeptpflicht festzuhalten. So gebe es eine gefährliche Unwissenheit über die Wirkung der Notfallverhütung. Der Arzt müsse „die zentrale Beratungsfigur“ bleiben. Karin Maag (CDU) argumentierte, die Versorgung der Frauen in solchen Notlagen sei jederzeit gewährleistet. Es gebe wenig Gründe, von dem funktionierenden System abzuweichen. pk



Anzeige



»Es gelingt Ortner, den unfassbaren Dämon Freisler zur funktionierenden Todesinstanz in der realen Welt des Schreckens zurückzuverwandeln.«

DER SPIEGEL

**HELMUT ORTNER  
DER HINRICHTER**  
Roland Freisler – Mörder im Dienste Hitlers  
364 Seiten, 24,90 Euro

**DAS BUCH ZUR TV-DOKU**



www.nomen-verlag.de

# Befristet freizügig

**EU** Die Bundesregierung will beim Aufenthaltsrecht von Unionsbürgern in Deutschland Begrenzungen fest-schreiben. Bei der Opposition stößt das Vorhaben auf scharfe Kritik



Für Bürger anderer EU-Staaten will Schwarz-Rot das Aufenthaltsrecht zur Arbeitsuche in Deutschland künftig auf sechs Monate befristen.

Die Freizügigkeit in der EU ist eine der wichtigsten Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses und einer der sichtbarsten Vorzüge Europas für die Bürgerinnen und Bürger. So steht es im Vorblatt des Regierungsentwurfes „zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU und weiterer Vorschriften“ (18/2581), und so ähnlich bekräftigte es auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) vergangene Woche in der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes im Bundestag. Festgeschrieben ist das Recht auf Freizügigkeit in Artikel 21 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Danach haben Staatsangehörige eines EU-Landes das Recht, in jeden Mitgliedsstaat der Union einzureisen und sich dort aufzuhalten.

**Steigende Belastung** Mit ihrer Gesetzesinitiative verfolgt die Bundesregierung „das Ziel, Fälle von Rechtsmissbrauch oder Betrug im Zusammenhang mit dem Freizügigkeitsrecht, im Bereich von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung sowie bei der Inanspruchnahme von Kindergeld zu verhindern und konsequent zu ahnden“. Zugleich sollen die Kommunen „wegen der besonderen Herausforderungen, die sich aus dem verstärkten Zuzug aus anderen EU-Mitgliedstaaten ergeben“, entlastet werden. Man dürfe nicht darüber hinwegsehen, dass „vor Ort mit einem wachsenden Zuzug aus bestimmten EU-Mitgliedstaaten Probleme verbunden sind“, mahnte de Maizière in der Debatte. Diese Städte berichteten über eine Verschärfung sozialer Probleme und über eine steigende Belastung

ihrer Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge, fügte der Ressortchef hinzu. Um diese Kommunen zu entlasten, soll nach seinen Worten die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für Hartz-IV-Empfänger aufgestockt und bei Kindern und Jugendlichen aus EU-Staaten ohne geklärten Krankenversicherungsschutz die Impfkosten übernommen werden. Im Freizügigkeitsrecht sollten befristete Wiedereinreiseperrnen im Falle eines Rechtsmissbrauchs oder Betrugs ermöglicht, das Aufenthaltsrecht zur Arbeitsuche auf sechs Monate befristet und die Erschleichung von Aufenthaltsbescheinigungen durch falsche Angaben unter Strafe gestellt werden. Um Missbrauch beim Kindergeld zu unterbinden, solle dessen Zahlung „von der eindeutigen Identifikation von Antragstellern und Kindern durch Angabe der steuerlichen Identifikationsnummer abhängig sein“. Zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit solle ferner „die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit intensiviert“ werden.

**Klare Ablehnung** Bei der Opposition stießen insbesondere die Änderungen beim Freizügigkeitsrecht auf Ablehnung. „Belasten Sie es bei der Hilfe für die Kommunen! (...) Verzichteten Sie auf Verschärfungen des Freizügigkeitsrechts!“, sagte für die Linke ihre Abgeordnete Ulla Jelpke. Ähnlich äußerte sich der Grünen-Parlamentarier Volker Beck: „Streichen Sie aus Ihrem Gesetzesentwurf den Teil betreffend die EU-Freizügigkeit“, forderte er. Über die Kindergeldregelung und Hilfen für die Kommunen könne dagegen mit den Grünen jederzeit geredet werden.

Jelpke warf insbesondere der Unionsfraktion vor, seit mehr als einem Jahr „über den angeblichen Sozialhilfemissbrauch der Zuwanderer aus Osteuropa“ zu reden und „Vorurteile gegen Menschen aus Osteuropa, insbesondere gegen Roma“, zu schüren. Dabei seien von 267.000 Rumänen, die in der Bundesrepublik lebten, laut Polizeilicher Kriminalstatistik „ganze 91 verdächtig – verdächtig, nicht verurteilt –, Sozialleistungsbetrug begangen zu haben“. „Ihre Regelung ist also von vorne bis hinten EU-rechtswidrig“, fügte Beck hinzu. Zugleich kritisierte er, die Entlastung der Kommunen um 25 Millionen Euro im Jahr sei „bei weitem nicht ausreichend“.

## > STICHWORT

**> Bundesrat** Der Regierungsentwurf zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU bedarf neben einer Mehrheit im Bundestag auch der Zustimmung des Bundesrates, wofür Schwarz-Rot derzeit auf die Stimmen von mindestens einem Land mit Regierungsbeteiligung der Grünen oder Linken angewiesen ist.

**> Asyl** Zuletzt hatte der Bundesrat Mitte September dem schwarz-roten Gesetz zur Einstufung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als asylrechtlich sichere Herkunftsländer mit den Stimmen des grün-geführten Baden-Württemberg zugestimmt. Damit werden Asylverfahren von Antragstellern aus diesen Ländern beschleunigt.

Beck argumentierte, die Regierung wolle „das Erschleichen der Freizügigkeit mit Wiedereinreiseperrnen belegen und so Sozialbetrug bekämpfen“. Die EU-Freizügigkeitsrichtlinie besage jedoch, dass eine „Entscheidung, die die Freizügigkeit von Unionsbürgern beschränkt und nicht aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit erlassen wird, (...) nicht mit einem Einreiseverbot des Aufnahmemitgliedstaats einhergehen“ dürfe. „Ihre Regelung ist also von vorne bis hinten EU-rechtswidrig“, fügte Beck hinzu. Zugleich kritisierte er, die Entlastung der Kommunen um 25 Millionen Euro im Jahr sei „bei weitem nicht ausreichend“.

Der SPD-Abgeordnete Lars Castellucci betonte, dass Deutschland eine „gesteuerte und vernünftige Zuwanderung“ brauche. Er verteidigte, „dass eine Frist von sechs Monaten eingeführt wird, die für EU-Bürger gilt, die zur Arbeitssuche einreisen“. Der Europäische Gerichtshof räume die Möglichkeit einer Befristung ausdrücklich ein. Auch sei vorgesehen, „dass jemand, der sich ernsthaft um Arbeit bemüht, weiter hierbleiben kann“. Zugleich nannte Castellucci es „klug“, Vorkehrungen zu treffen, „dass wir Kindergeld wirklich nur an diejenigen zahlen, die auch kindergeldberechtigt sind“.

Die CSU-Parlamentarierin Andrea Lindholz sagte, die Freizügigkeit verursache auch Probleme. Binnen Jahresfrist sei „die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus Rumänien und Bulgarien in einigen deutschen Kommunen um 40 Prozent, 80 Prozent, ja sogar um 147 Prozent gestiegen“. Vor allem in strukturschwachen Regionen und Großstädten führe das zu Problemen. *Helmut Stoltenberg*

## Knappe Mehrheiten

**THÜRINGEN** Sondierungsgespräche bis Mitte Oktober

Nach der Landtagswahl in Thüringen am 14. September ist die Koalitionsfrage zwar nach wie vor offen. Dennoch fielen in der vergangenen Woche wichtige Personalentscheidungen in den zwei größten Fraktionen des neuen Landtags in Erfurt: Am 24. September bestätigte die CDU-Fraktion ihren bisherigen Vorsitzenden Mike Mohring in diesem Amt. Er wurde einstimmig von den 34 Abgeordneten gewählt und ist bisher der einzige in der CDU-Führungsriege, der sein Amt sicher hat. Die übrige Fraktionsspitze soll noch vor der Konstituierung des Landtags bis Mitte bis Oktober bestimmt werden.

Am vergangenen Freitag entschieden sich dann auch die 28 Abgeordneten der Linken für Kontinuität – zunächst. Fraktionschef bleibt Bodo Ramelow, der die Linken auch als Spitzenkandidat in den Wahlkampf geführt hatte. Vor dieser Personalie steht jedoch ein größeres Fragezeichen, denn sollte es zu einer Rot-Rot-Grünen Landesregierung unter Führung der Linken kommen, würde Ramelow Ministerpräsident werden. In dem Fall werde die Fraktionsführung neu gewählt, hieß es aus der Linken.

Ob es soweit kommt, ist derzeit noch unklar. Denn aus der Wahl ging die CDU unter Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht als stärkste Kraft hervor. Sie erhielt 33,5 Prozent der Stimmen und favorisiert eine Neuaufgabe der Koalition mit der SPD, die 12,4 Prozent der Stimmen erhielt. Zusammen besitzen beide Fraktionen jedoch nur eine Mehrheit von einer Stimme. Zwar haben die Grünen Schwarz-Grün bereits eine Absage erteilt, doch die CDU hält die Option einer schwarz-rot-grünen Koalition mit stabilerer Mehrheit weiter für möglich. Am Dienstag treffen sich jedoch zunächst CDU und SPD zu ihrer dritten Sondierungsrunde.

Die Linke, mit 28,2 Prozent zweitstärkste Kraft im Land, hält derzeit an ihrem Ziel fest, ein Bündnis mit SPD und Grünen, die auf 5,7 Prozent der Stimmen kamen, zu schmieden. Allerdings besäße auch das nur eine denkbar knappe Mehrheit von einer Stimme. Erste Sondierungsgespräche verliefen auch Sicht der Beteiligten positiv, auch, weil die Linke auf die beiden anderen Fraktionen zugegangen war und sich zu einer klaren Anerkennung von DDR-Unrecht bekannt hatte. *che*

## Der Streit hat begonnen

**BRANDENBURG** Woidke setzt wieder auf Rot-Rot

In Brandenburg deutet sich nach der Landtagswahl vom 14. September erneut eine Koalition des Wahlsiegers SPD (31,9 Prozent) mit der Linken (18,6 Prozent) an. Beide Fraktionen regieren bereits seit 2009 das Land und haben sich am vergangenen Samstag (nach Redaktionschluss, Anm. d. Red.) zu ihrem ersten Sondierungsgespräch getroffen. Für Dienstag ist ein weiteres Treffen geplant. Wenn es nach der SPD und ihrem Regierungschef Dietmar Woidke geht, sollen die Verhandlungen bis zum 11. Oktober beendet sein. Bereits am 8. Oktober soll der neu gewählte Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen. Anfang November könnte, verläuft alles nach Plan, der alte und neue Ministerpräsident Woidke vereidigt werden. Dabei konnte sich auch die CDU (23 Prozent) Anfang vergangener Woche Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung machen, denn die SPD hatte diese zuerst zu Sondierungsgesprächen eingeladen. Ein solches Bündnis hätte mit sieben Stimmen eine deutlichere Mehrheit gehabt als eine rot-rote Koalition mit drei Stimmen Mehr-

heit. Doch es kam anders. Und nachdem die Gespräche zwischen SPD und CDU am 23. September schon nach dem zweiten Treffen gescheitert waren, schoben sich beide Parteien gegenseitig die Verantwortung dafür zu. Im Zentrum des Streits stand die Frage, ob CDU-Landeschef Michael Schierack bereit gewesen wäre, einen Ministerposten zu übernehmen. Während Woidke die Absage an die CDU mit Schieracks angeblicher Weigerung einer solchen Postenübernahme begründete, behauptete der CDU-Politiker, es sei in den Gesprächen gar nicht um Personalien gegangen. Freuen kann sich nun die Linke, obwohl sie mit 8,6 Prozent deutliche Verluste bei der Wahl hinnehmen musste.

Streit gab es auch bei der erstmals in den Landtag eingezogenen AfD (12,2 Prozent). So verzichtete der Abgeordnete Stefan Hein auf sein Mandat, wie Fraktionschef Alexander Gauland am vergangenen Donnerstag mitteilte. Hintergrund sind Vorwürfe über die Weitergabe von Interna über die Vergangenheit anderer Abgeordneter an die Öffentlichkeit. *che*

## Klare Mehrheiten

**SACHSEN** CDU und SPD wollen neue Regierung bilden

Rund vier Wochen nach der Landtagswahl in Sachsen sind die Weichen für ein Regierungsbündnis von CDU und SPD gestellt. Bis zum 8. November sollen die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen sein, Mitte November wird die neue Regierung voraussichtlich stehen. Das machten der CDU-Vorsitzende, Ministerpräsident Stanislaw Tillich und SPD-Chef Martin Dulig vergangene Woche zu Beginn der Verhandlungen deutlich. „Die erste Runde ist so gelaufen, wie ich es erwartet habe, nämlich mit einem guten Miteinander für das Land“, sagte Tillich. Die CDU hatte auch Sondierungsgespräche mit den Grünen geführt, die ein Bündnis aber ablehnten.

CDU und SPD, die schon von 2004 bis 2009 im Freistaat regiert hatten, verständigen sich auf die Arbeitsweise und besprechen spannende Wochen, harte Wochen, aber wir wollen es miteinander zum Gelingen bringen.“ Der zwölfköpfigen Koalitionsrunde gehören jeweils sechs Vertreter beider Seiten an. Die künftigen Bündnispartner haben sich darauf verständigt, sie-

ben Themenkomplexe in Arbeitsgruppen zu beraten. Die Ergebnisse werden dann der großen Koalitionsrunde vorgelegt. Ihr nächstes Treffen ist bereits für diese Woche vorgesehen.

Die CDU hatte die Wahl am 31. August mit 39,4 Prozent der Stimmen klar gewonnen und stellt künftig 59 der 126 Sitze im Sächsischen Landtag. Die SPD war mit einem Anteil von 12,4 Prozent aus der Wahl hervorgegangen und entsendet 18 Abgeordnete in das Parlament. Zusammen kommen beide Partner somit auf 77 Mandate, eine klare Mehrheit. Zweitstärkste Fraktion ist Die Linke mit 27 Sitzen, gefolgt von der Alternative für Deutschland (AfD), die 14 Abgeordnete entsendet und erstmals im Landtag vertreten ist. Die Grünen-Fraktion stellt acht Parlamentarier in dem fünf-Parteien-Parlament, in dem die FDP als bisheriger Koalitionspartner der CDU und auch die NPD nicht mehr vertreten sind.

An diesem Montag kommt der Landtag in Dresden zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. *pk/dpa*

## Linke und Grüne klagen in Karlsruhe

**NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS** Die Opposition will eine Ladung Edward Snowdens nach Berlin mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichts durchsetzen

Die Opposition macht ernst. Vergangene Woche reichten die Links- und die Grünen-Fraktion organische beim Bundesverfassungsgericht ein. Und zwar sowohl gegen die Bundesregierung als auch gegen den NSA-Untersuchungsausschuss als Teil des Bundestages. Hintergrund dessen: Die Regierung und die Koalitionsmehrheit im Untersuchungsausschuss verweigern sich aus Sicht der Opposition der Ladung des Whistleblowers Edward Snowden zur Zeugenbefragung nach Deutschland. Aus einer Stellungnahme der Regierung gehe hervor,

dass sich diese nicht verpflichtet sehe, dem Ausschuss im Falle Snowdens zu helfen, sagte die Prozessbevollmächtigte der Opposition, Astrid Wallrabenstein, vergangene Freitag vor Journalisten. „Diese Unterlassung ist der Anknüpfungspunkt unserer Klage“, betonte sie. Der Untersuchungsausschuss wiederum verschleppe mit der Mehrheit von Union und SPD die Beweiserhebung, indem verfassungsmäßig berechnete Anträge der Opposition zur Ladung Snowdens nach Deutschland abgelehnt würden und gleichzeitig beantragt werde, den Zeugen an seinem derzeitigen Aufenthaltsort Moskau zu befragen, obwohl der Whistleblower dies mehrfach schon abgelehnt hatte.

Die Argumentationslast in dem Fall liege bei der Regierung, sagte die Juristin: „Wir gehen davon aus, dass die Bundesregierung

mit ihrem Verweis auf eine Belastung der deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht durchdringen wird“. Das Verfassungsgericht müsse klarstellen, ob das Parlament seine Kontrollfunktion ausüben könne oder „ob die Geheimdienste und die Bundesregierung die Aufklärung kontrollieren“, sagte die Obfrau der Linken-Fraktion im Ausschuss, Martina Renner. Ihr Fraktionskollege André Hahn sagte, man sei zu der Klage regelrecht genötigt worden und wolle ein Zeichen setzen. Grünen-Obmann Konstantin von Notz nannte eine Vernehmung Snowdens in Moskau „völlig abwegig“. Den Vorwurf, Oppositionsabgeordnete wollten sich mittels der Klage profilieren, wies er zurück. Gerade als zahlenmäßig so kleine Opposition hätte man sich eine derartig zeitaufwendige Arbeit gerne erspart. Hans-Christian Ströbele

(Grüne) ergänzte, mit der Klage verbinde sich die Hoffnung, „dass das Bundesverfassungsgericht uns hilft, unserer Aufklärungspflicht im Interesse der deutschen Bevölkerung nachzukommen“. Wie schwierig sich diese Aufklärung gestaltet, zeigte auch die Ausschusssitzung in der vergangenen Woche. Dabei äußerten Vertreter aller Fraktionen Kritik an der nach ihrer Sicht zu engen Aussagegenehmigung des als Zeugen geladenen Leiters des BND-Standorts Bad Aibling. Insbesondere Vertreter der Opposition kritisierten, dass selbst zu bekannten Sachverhalten, zu denen sich Bundesregierung beziehungsweise Bundesnachrichtendienst bereits öffentlich geäußert hätten, offenbar die Genehmigung des Zeugen nicht ausreiche, um sich dazu öffentlich zu äußern. Man solle sich „nicht dümmer machen als wir sind“, sagte



Plakat vor dem Bundestag in der vergangenen Woche

Renner. Das sei „kein Zustand für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss“, kritisierte Notz. Unzufrieden zeigte sich auch die Koalition. Roderich Kiesewetter (CDU) meinte, die Genehmigung

enthalte „unnötige Einschränkungen“. Christian Flisek (SPD) monierte, dass der Zeuge selbst auf Nachfragen zu Grundzügen der technischen Einrichtungen keine Aussage machen wollte. *hauscr*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**KURZ NOTIERT**

**Grüne: Unternehmen sollen Gewinne nicht mehr verlagern**

International tätige Unternehmen sollen ihre Steuerzahlungen, Gewinne, Umsätze, Beschäftigtenzahlen und Kapitalbestände nach Ländern aufschlüsseln und veröffentlichen. Die Regierung soll einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, verlangt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (18/2617), der am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Unternehmen sollten ihre Steuern dort bezahlen, wo die tatsächliche Wertschöpfung stattfindet, verlangt die Fraktion. Die Praxis sehe jedoch anders aus: Große, grenzüberschreitend tätige Unternehmen könnten ihre Steuerzahlungen durch Gewinnverlagerungen stark reduzieren. Unter Bezugnahme auf eine für das Europäische Parlament erstellte Studie schreibt die Fraktion, dass Deutschland durch Steuerhinterziehung und Steuervermeidung 150 Milliarden Euro entgehen würden. *hle*

**Vorstoß für besseren Tierschutz in Deutschland**

Das Tierwohl in Deutschland soll verbessert werden. Das fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (18/2616), der am Donnerstag vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Die Grünen verlangen unter anderem, dass die maximale Dauer von Tiertransporten auf vier Stunden begrenzt und die landwirtschaftliche Produktionsweise an die Bedürfnisse der Tiere angepasst wird. Darüber hinaus sollen Qualzuchten und illegaler Welpenhandel geahndet sowie die Haltung von Wildtieren in Zirkussen artgerechter werden. Zudem wird gefordert, Tierversuche einzudämmen. *hle*

**Regierung soll aus der Kohleförderung aussteigen**

Die Bundesregierung soll vollständig aus der internationalen Finanzierung von Kohlekraftwerken aussteigen. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (18/2623), der am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Außerdem soll die internationale Zusammenarbeit im Energiesektor voll auf die Nutzung erneuerbarer Energien und die Förderung der Energieeffizienz ausgerichtet werden. Wie die Abgeordneten schreiben, habe die staatliche KfW Bankengruppe habe zwischen 2006 und 2013 mit 3,3 Milliarden Euro Kohlekraftwerke und Kohleinfrastruktur finanziert. *hle*

**Kündigung des Atomvertrages mit Brasilien verlangt**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlangt die Kündigung des bilateralen Atomabkommens mit Brasilien. Im Gegenzug solle dem südamerikanischen Land beim Ausbau erneuerbarer Energien geholfen werden, heißt es in einem Antrag (18/2610), der vom Bundestag am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Außerdem soll die Bundesregierung die Regierung des südamerikanischen Landes auffordern, den Atomwaffenpervvertrag zu unterzeichnen und keine atomar betriebenen U-Boote zu beschaffen. *hle*



Kitas wie hier in Wismar (Mecklenburg-Vorpommern) können von den zusätzlichen Geldern des Bundes profitieren.

# Klotzen für den Nachwuchs

**HAUSHALT** Koalition stellt zusätzliche Mittel zum Ausbau der Betreuung bereit. Position enttäuscht

**D**iesen einen gezielten Seitenhieb wollte sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) dann doch gönnen: Mit Fetischismus habe das Streben nach einem ausgeglichenen Haushalt nichts zu tun, wolle er mal „ganz freundlich, aber klar“ herausstellen: „Ich habe nicht erkannt, dass grundgesetzliche Regelungen als Fetischismus bezeichnet werden sollen.“ Das war seine Reaktion auf die jüngste Haushaltswochen im Bundestag. Und vorbeugend war der Hinweis gewiss auch gedacht. Schäuble machte am Freitag vergangener Woche den Auftakt zu einer Debatte, in der es um fette Milliarden-Beträge ging, die der Bund zu einem Paket für Länder und Kommunen zwecks Ausbaus der Kinderbetreuung schnüren will. Doch für die Opposition, das war für den Finanzminister nicht schwer zu erraten, blieb es ein zu mickriges Päckchen. Mit dem Vorstoß der Koalition befasste sich der Bundestag erstmals, bevor darüber nun die Ausschüsse weiter beraten. Schäuble befand: Mit dem Vorhaben erweise sich die Bundesregierung als „verlässlicher Partner für Länder und Kommunen“.

Schäuble nahm indes alle staatlichen Ebenen in die Pflicht zu „zukunftsfördernden Investitionen“. Und merkte an: „Der Bund muss auch handlungsfähig bleiben.“ Die Kommunen „attraktiv, lebendig und lebenswert“ zu halten, sei auch eine Aufgabe der Länder, die zudem allein für den Ausgleich zwischen den Gemeinden verantwortlich seien. Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) pries das Maßnahmenbündel: „Wir wursteln nicht herum, wir klotzen.“ Sie sprach von einem „doppelten Gewinn“. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werde weiter verbessert. Gleiches gelte für die Bildungschancen der Kinder. „Jetzt ist wichtig, dass die Euros schnell vor Ort ankommen.“ Sie unterstrich, dass bei allem Blick auf die Quantität die Qualität nicht auf der Strecke bleibe – von gesundem Essen bis gezielter Sprachförderung. Damit hob sie ab auf kritische Äußerungen der Abgeordneten Diana Golze von der Linksfaktion. Deren Befund: Ob Betreuungsschlüssel, ob Ausbildung und Entlohnung des Personals: „Von Qualität steht in diesem Gesetzentwurf nichts.“ Dabei sei gerade in dem Bereich „der Handlungsbedarf groß“. Golze machte sich stark für eine Sachverständigenkommission, die erarbei-

ten soll, wie die Qualität in der Kinderbetreuung verbessert werden kann. Sie setzte sich für „gesetzlich verbriefte Mindeststandards“ ein: „Wir brauchen den großen Wurf.“ Es genüge nicht allein der Rechtsanspruch auf einen Platz. Er müsse auch für die Ausstattung gelten. **Grüne enttäuscht** Sven-Christian Kindler (Grüne) sah in dem Gesetzentwurf eine „herbe Enttäuschung für die Kommunen“. Die angepeilten zusätzlichen Milliarden für die Kinderbetreuung blieben unter der Summe, die die schwarz-gelbe Regierung durch Steuerentlastungen den Kommunen genommen habe. Zudem verschiebe die Koalition den Beginn der Maßnahmen nach hinten – gemessen am Koalitionsvertrag, was „Wortbruch“ sei. Die Kommunen hätten allen Grund zu klagen. So stiegen die ohnehin hohen Sozialkosten weiter an – mehr, als der Bund an Entlastung biete. Für Eckhardt Rehberg (CDU) ist es allemal noch „das Wichtigste, meinen Enkelkinder keine Neuverschuldung zu übergeben“. Stärker sprudelnde Steuerquellen? Ihn stört, wie er sagte, dass „so getan wird, als ob nur der Bund Steuermehreinnahmen hat“. Und er betonte: „In der Gesamtheit geht es den Ländern und Kommunen

deutlich besser als dem Bund.“ Dank „innovativer und kompetenter Haushaltspolitik“ werde im nächsten Jahr die „schwarzrote Null“ erreicht – wobei der Bund die Kommunen schon massiv entlastet habe. Für ihn sei es eine „spannende Frage“, ob denn das Geld, von dem in dem Gesetzentwurf die Rede ist, „wirklich bei den Kommunen ankommt“. Bettina Hagedorn (SPD) erklärte: „Wir reden hier über richtig viel Geld.“ Die Debatte bedeute „einen guten Tag für die Familien und die frühkindliche Bildung“. Schwarz-Rot werde dem Koalitionsvertrag gerecht, in dem die kommunale Entlastung in den Mittelpunkt gestellt worden sei. „Die wichtigste Ressource sind die Köpfe unserer Kinder“, meinte sie: „Bildung fängt schon in Kita und Krippe an.“ Sie blickte zurück auf einen „Kraftakt in den letzten zehn Jahren“. Rot-Grün habe 2004 den Startschuss zum Ausbau der Krippenplätze gegeben. Ergebnis sei eine Steigerung von 60.000 auf fast 800.000 Plätze. Dazu habe der Bund sehr wohl seinen Beitrag geleistet. In der Debatte beleuchtete das Parlament den „Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung“

(18/2586). In der Aussprache ging es auch um einen Antrag der Linksfaktion zum schnelleren Ausbau der Kinderbetreuung und einer Qualitätsverbesserung (18/2605). Die Regierung hat vor, die Kommunen in den Jahren 2015 bis 2017 jährlich um eine Milliarde Euro zu entlasten. Dies soll zur Hälfte dadurch erreicht werden, dass der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung (Sozialgesetzbuch) steigt. Die andere Hälfte soll in einem höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zulasten des Bundes bestehen. Überdies will die Bundesregierung, so sieht es der Gesetzentwurf vor, einen Teil der vorgesehenen Entlastung von insgesamt sechs Milliarden Euro im Zusammenhang mit den Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen bereit stellen. Das bestehende Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ soll deshalb um 550 Millionen Euro aufgestockt werden. Da das Sondervermögen im Mai dieses Jahres nicht abgeflossene Mittel in Höhe von 450 Millionen Euro aufgewiesen habe, stehe somit eine Milliarde Euro zur Verfügung, heißt es in dem Gesetzentwurf. Darin ist außerdem davon die Rede, dass zur weiteren Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kinderbetreuung der Länderanteil an der Umsatzsteuer zu Lasten des Bundes in den Jahren 2017 und 2018 um je 100 Millionen Euro erhöht werden soll. *Franz Ludwig Averdunk*

**»Verlässlicher Partner für die Länder und die Kommunen.«**

Wolfgang Schäuble (CDU)

**»Von Qualität steht in diesem Gesetzentwurf aber nichts.«**

Diana Golze (Linke)

**AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN**

**Wieder weniger Verkehrstote**

**VERKEHR** Die Anzahl der Verkehrstoten war 2013 so niedrig wie nie. Dies geht aus dem Bericht über Maßnahmen auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Straßenverkehr 2012 und 2013 (Unfallverhütungsbericht Straßenverkehr 2012/2013) hervor, den die Bundesregierung als Unterrichtung (18/2420) vorgelegt hat. Dem Bericht zufolge verunglückten im vergangenen Jahr 3.339 Menschen tödlich und damit 261 weniger als 2012. Insgesamt sei seit 1991 die Zahl der Toten im deutschen Straßenverkehr kontinuierlich um 70 Prozent und seit 2001 um 52 Prozent gefallen. Die einzige Ausnahme stelle das Jahr 2011 dar, in dem ein einmaliger Anstieg der Unfallzahlen auf 4.009 tödlich verunglückte Personen zu verzeichnen war. Weiter heißt es in der Unterrichtung, dass bei Unfällen mit Personenschaden im Jahr 2013 insgesamt 64.057 Menschen schwer und 310.085 leicht verletzt wurden. Im Vergleich zu 2011 sei das ein Rückgang um fünf Prozent. Zwei von drei Unfällen mit Personenschaden hätten sich innerhalb von Ortschaften, ein Viertel der Unfälle auf Landstraßen ereignet. Auf Autobahnen kamen 2013 laut Bericht mit 428 tödlich Verunglückten zehn Prozent mehr ums Leben als 2012. Gegenüber 2011 sei dies ein Rückgang der Getöteten um 5,5 Prozent.

Das Risiko, im Straßenverkehr ums Leben zu kommen ist laut Unterrichtung – gemessen an der zugrunde liegenden Fahrleistung – im Vergleich zum Jahr 1991 um 77 Prozent gesunken. „Die am stärksten gefährdete Altersgruppe sind junge Männer im Alter zwischen 18 und 24 Jahren“, heißt es im Bericht weiter. Auch bei den Frauen sei diese Altersgruppe stärker gefährdet als andere. Die häufigsten Ursachen für Alleinunfälle seien mit jeweils 48 Prozent eine „nicht angepasste Geschwindigkeit“ und Fehler beim Führer des Fahrzeugs. Wie aus der Unterrichtung weiter hervorgeht, folgen darauf „Alkoholeinfluss“ mit 13 Prozent, „falsche Straßenbenutzung“ mit sechs Prozent und „sonstige Verkehrstüchtigkeit“ mit ebenfalls sechs Prozent. Im Gegensatz dazu seien bei Unfällen mit mehreren Beteiligten vorrangig „Abbiegen, Wenden“ mit 23 Prozent, „Vorfahrt, Vorrang“ mit 22 Prozent und „Abstand“ mit 19 Prozent die Hauptursachen für den Unfall, heißt es im Unfallverhütungsbericht. In den beiden Jahren sind laut Unterrichtung hohe Quoten im Sicherheitsverhalten der Verkehrsteilnehmer beobachtet worden. So haben sich rund 97 Prozent der Verkehrsteilnehmer angeschnallt und etwa 97 Prozent der Erwachsenen im Pkw-Fond trugen im Jahr 2013 einen Sicherheitsgurt. *Laura Lindner*

## Heizkosten sind Kostentreiber

**WIRTSCHAFT** Koalition lehnt Grünen-Antrag zur Verbesserung der Energieeffizienz ab

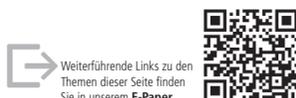
Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat Vorstöße der Opposition zur Verbesserung der Energieeffizienz zurückgewiesen. In seiner Sitzung in der vergangenen Woche lehnte der Ausschuss zwei Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/575, 18/1619) ab. CDU/CSU- und SPD-Fraktion stimmen gegen die Anträge, die Oppositionsfaktionen Bündnis 90/Die Grünen und die Linksfaktion waren dafür. Die Grünen hatten der Bundesregierung in der Debatte im Ausschuss vorgeworfen, zu wenig für Energieeffizienz zu tun. Dabei würden etwa Privathaushalte durch Heizkosten für ihre Wohnungen stärker belastet als durch die Kosten für Strom. **Quartiersanierung** Daher forderte die Fraktion „eine konsistente Strategie für die sozialverträgliche Sanierung des Gebäudebestandes und der Quartiere mit dem Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands bis 2050“. Entwickelt werden solle außerdem eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Die Bundesregierung solle dazu die KfW-Förderprogramme zur Gebäudesanierung wieder in den Bundeshaushalt überführen und auf zwei Milliarden Euro jährlich erhöhen. Außerdem sollen ein neuer Energiesparfonds mit einem Volumen von drei Milliarden Euro jährlich aufgelegt, die

Energieberatung verbessert und die Kommunen bei der energetischen Quartiersanierung unterstützt werden. Im zweiten Antrag verlangte die Fraktion von der Bundesregierung umgehend die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie. Der Gesetzentwurf soll als Zielsetzung mindestens die Verdopplung der Energieproduktivität zwischen 1990 und 2020 vorsehen. Der Energieverbrauch in Deutschland soll

bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Prozent gegenüber 2008 reduziert werden. Dazu werden von der Fraktion verschiedene Maßnahmen einschließlich der Einrichtung eines neuen Energieeffizienzparfonds mit einem Finanzvolumen von drei Milliarden Euro vorgeschlagen. „Die zügige Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie in Form zusätzlicher Energieeffizienzmaßnahmen ist dringend erforderlich, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Schon jetzt drohen die nationalen und europäischen Energiesparziele verfehlt zu werden“, argumentiert die Fraktion. Die Union wies den Vorstoß zurück und sprach sich für marktwirtschaftliche Lösungen statt Zwangsmaßnahmen aus. Ähnlich argumentierte die SPD-Fraktion, die allerdings auch auf einige Übereinstimmungen mit den Anträgen hinwies. Die Linksfaktion unterstützte die Anträge und bezeichnete Energieeffizienz als „den ungehobenen Schatz der Energiewende“. *hle*



Gebäudedämmung wird immer wichtiger.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige

**DAS WILL ICH LESEN!**

- Mehr Information.**
- Mehr Themen.**
- Mehr Hintergrund.**
- Mehr Köpfe.**
- Mehr Meinung.**
- Mehr Parlament.\***

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.  
Telefon 069-75014233  
parlament@ds-medien.de  
www.das-parlament.de



## Atommüll sorgt für Streit

**BERLIN** Der umstrittene, mögliche Export von Atommüll aus dem Reaktor in Jülich in die USA hat auch in der vierten Sitzung der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (Endlager-Kommission) für Diskussionen gesorgt. Bundesforschungsministerin Johanna Wanka (CDU) verteidigte die Haltung der Bundesregierung. In Jülich handle es sich um einen „Forschungsreaktor“, ein Export sei daher grundsätzlich möglich. Dem widersprachen mehrere Kommissionsmitglieder. Jülich sei eben kein Forschungsreaktor. Ein „kommerziell genutzter Reaktor“ werde „undefiniert“, um das im Standortauswahlgesetz vorgesehene Exportverbot zu umgehen, kritisierte etwa Hubertus Zdebel (Die Linke). Kommissionsmitglied Jörg Sommer, Vorsitzender der Deutschen Umwelstiftung, hatte bereits im Vorfeld der Sitzung gewarnt, dass ein Export die Arbeitsgrundlage der Kommission gefährden würde. Der BUND, dessen stellvertretender Vorsitzender Klaus Brunsmeier ebenfalls in der Kommission sitzt, prüft laut Medienberichten eine Klage gegen einen möglichen Export. Hintergrund des umstrittenen Vorgangs ist, dass die Atomaufsicht in Nordrhein-Westfalen eine Räumung angeordnet hatte, da Jülich als nicht erdbebensicher gilt.

Die 33-köpfige Endlager-Kommission soll bis Ende 2015 Kriterien für die Endlager-Suche aufstellen. Bis 2031 soll ein Standort gefunden werden. Der Kommission gehören Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, der Wissenschaft sowie aus Bundesländern und dem Bundestag an. Viele Bürgerinitiativen und Umweltverbände sehen die Arbeit der Kommission skeptisch und hatten eine Mitarbeit verweigert. *scr*

## Linke will Autoreisezüge

**VERKEHR** Die Bundesregierung soll den Rückzug der Deutschen Bahn AG (DB AG) bei Nacht- und Autoreisezügen stoppen. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (18/2494), der am vergangenen Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde.

Dazu soll die Regierung ihre Funktion als Vertreterin des Bundes als dem alleinigen Eigentümer der DB AG im Aufsichtsrat des Unternehmens darauf hinwirken, das die angekündigten und im laufenden Jahr 2014 bereits vollzogenen Einstellungen von Nacht- und Autoreisezugverkehren zurückgenommen werden und ein zweijähriges Moratorium beschlossen wird, das den Erhalt beziehungsweise die Wiederherstellung der am 1. Januar 2014 bestehenden Nachtzugverkehre und Autoreisezugverbindungen enthält. Weiter soll die Regierung eine Studie in Auftrag geben, wie die Bedingungen aussehen müssen, damit es zu einer Renaissance der europaweiten Nachtzugverkehre, in Kombination mit Autoreisezügen kommt. Schließlich soll sich die Regierung unter anderem auf europäischer Ebene für die Stärkung europaweiter Eisenbahnverbindungen einsetzen. Seit einigen Jahren vollzieht sich ein schleichender Prozess des Abbaus der Autoreisezüge und der Nachtzugverkehre im deutschen und europäischen Schienennetz. Bis Ende Oktober 2014 sollen Autoreisezüge der Deutschen Bahn AG (DB AB) komplett eingestellt und viele Nachtzugverbindungen gestrichen werden, heißt es zur Begründung. *mik*

## Vorstoß zur Schifffahrt

**VERKEHR** Die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV) soll „konsequent“ fortgesetzt werden. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (18/1341), der am vergangenen Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Deshalb soll die Bundesregierung unter anderem das angekündigte Zuständigkeitsanpassungsgesetz zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung dem Deutschen Bundestag bis Dezember 2014 vorlegen und die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt in Bonn in den bisherigen Außenstellen in Aurich, Hannover, Kiel, Magdeburg, Mainz, Würzburg und Münster zusammenführen. Außerdem soll die Regierung dafür sorgen, dass zur Verringerung zukünftiger Hochwassereignisse und zum langfristigen Erhalt des Naturraums Fluss- und Auenlandschaft vermehrt die Interessen zwischen Schifffahrt und Ökologie ausgeglichen werden. *mik*



Europas Verbraucher sollen keine Nachteile durch die geplanten Freihandelsabkommen mit Nordamerika erleiden: Das gilt auch für eingeführte Halloween-Kürbislaternen aus den USA.

# Chancen und Risiken

## FREIHANDELSABKOMMEN Opposition beklagt mangelnde Informationen

**K**aum ein Vorhaben wird in der deutschen Öffentlichkeit so heftig diskutiert wie das geplante europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Gegner befürchten sinkende Standards bei Lebensmitteln, einschneidende Veränderungen im Kulturbereich und kritisieren die Schaffung von internationalen Schiedsgerichten, so dass Streitfälle nicht mehr vor nationalen Gerichten ausgetragen werden können. Befürworter unterstreichen dagegen die Chancen der größten Freihandelszone der Erde.

**Keine Veränderungen** So war es auch am Donnerstag, 25. September 2014, in einer 96-minütigen Debatte des Bundestages, bei der es um die Antworten der Bundesregierung (18/2100) auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke (18/432) ging. Die Regierung verweist darin auf Angaben der EU-Kommission, die wiederholt klargestellt habe, „dass die strengen europäischen Rechtsvorschriften für die Zulassung und Kennzeichnung gentechnisch veränderter Organismen beibehalten werden. Auch wird es Geflügelimporte nur von US-Betrieben geben, die den europäischen Vorschriften entsprechen. Hormone bei der Mast in der Tierhaltung bleiben in der Europäischen Union weiterhin verboten, sodass auch kein hormonbehandeltes Fleisch aus den USA in die Europäische Union eingeführt wird.“

Die Bundesregierung erklärt in diesem Zusammenhang unter Berufung auf das Verhandlungsmandat, dass es durch das Abkommen zu keinem Abbau des Schutzniveaus in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Verbraucherschutz, Arbeit und Umwelt sowie kulturelle Vielfalt kommen werde. „Aus TTIP werden sich keine Nachteile für Verbraucher ergeben“, heißt es. Auch in der EU stehe eine Absenkung des Verbraucherschutzniveaus nicht zur Diskussion.

Für den stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion Die Linke, Klaus Ernst, sind trotz den Antworten der Regierung auf die 125 Fragen seiner Fraktion viele Sachverhalte noch ungeklärt. Dies gelte sowohl für den Stand der Verhandlungen als auch für Einzelfragen. „Wir wollen Klarheit“, betonte er. Für Transparenz jedenfalls stehe diese Regierung nicht. Es sei „un glaublich“, dass die Öffentlichkeit darüber im Unklaren gelassen werde, ob zum Beispiel ein Schutz für Investoren im Vertrag mit den Amerikanern geplant sei oder nicht. Auch sei noch offen, ob der Deutsche Bundestag dem Vertrag zustimmen müsse oder nicht. Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel (SPD), betonte, dass der Fragenkatalog der Linksfraktion nach „bestem Wissen und Gewissen“ beantwortet worden sei. Er müsse jedoch feststellen, dass die Antworten offensichtlich die Fragesteller nicht interessieren würden. Deshalb frage er sich, ob überhaupt ein Interesse an der Sache gebe oder ob es nur eine „reine Showveranstaltung“ sei. Die Linksfraktion sei offensichtlich an gar keinem Abkommen mit den USA interessiert. Der Minister wies demgegenüber auf die Chancen eines solchen Abkommens hin. So hätte zum Beispiel die mittelständische deutsche Wirtschaft eine Chance, auf dem amerikanischen Markt Fuß zu fassen. Insgesamt seien die Jobs von Millionen von Menschen von einem solchen Freihandelsabkommen abhängig, Gabriel wies auch den Vorwurf der Intransparenz zurück. So informiere die EU regelmäßig über die Verhandlungen. Aus deutscher Sicht betonte er, dass der Investitionsschutz in der derzeitigen Form abgelehnt werde. „Wir wollen Freihandel – aber nicht um jeden Preis“, sagte er. Deshalb müsse verhandelt.

**»Diese Regierung steht jedenfalls nicht für Transparenz.«**

*Klaus Ernst, Die Linke*

**Kritik an Intransparenz** Demgegenüber kritisierte auch der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Anton Hofreiter, die Intransparenz bei den Verhandlungen. „Die EU-Kommission scheut offen-

sichtlich eine öffentliche Debatte“, sagte er. Die vorgesehenen Schiedsverfahren ständen zu Recht in der Kritik. Deshalb müsse die Regierung sich klar festlegen, ob die Klagemöglichkeiten im Verfahren enthalten seien oder nicht. Diese Klagemöglichkeiten würden im Endeffekt nur den Großkonzernen nützen. Deshalb lehne sie der Mittelstand auch ab. Seine Fraktion würde auf jeden Fall einen Vertrag ablehnen, der Risiken für Verbraucher und Umwelt beinhalte.

**Standards erhalten** Wolfgang Tiefensee, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, betonte, dass alles dafür getan werden müsse, dass die deutschen Standards zum Beispiel bei den Nahrungsmitteln nicht gesenkt würden. Auch er setze sich dafür ein, dass es keine Schiedsverfahren geben soll.

„Die Menschen profitieren von einem solchen Abkommen“, sagte Peter Tauber (CDU). „Wir wollen mit Amerika darüber reden, welche Standards wir weltweit durchsetzen wollen“. Ein solches Abkommen biete viele Chancen. Entscheidend sei jedoch, was drinstehe. Deshalb müsse sich die Regierung dafür einsetzen, dass Handelsverhandlungen abgebaut würden und dass die deutschen Standards zum Beispiel im Verbraucher- und Umweltschutz nicht preisgegeben würden. Er wies darauf hin, dass in der EU durch ein solches Abkommen rund eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. In Deutschland werde mit 200.000 Arbeitsplätzen gerechnet. Unter Berufung auf eine im Auftrag der EU-Kommission erstellte Studie heißt es bei der Regierung dazu, durch die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft könne es zu einem EU-weiten Wohlfahrtszuwachs von rund 120 Milliarden Euro beziehungsweise 0,5 Prozent im Verhältnis zum EU-weiten Bruttoinlandsprodukt kommen. Dies entspreche einem Zuwachs für das Jahreseinkommen in Höhe von 545 Euro für eine vierköpfige Familie.

In der Debatte ging es auch um zwei Anträge der Fraktion Die Linke „Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada CETA zurückweisen“ (18/2604). Darin forderte die Fraktion, die Bundesregierung solle das europäische Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA), dessen Text bereits ausformuliert ist, vor der Paraphierung sowohl in den EU-Gremien als auch öffentlich als nicht annehmbar zurückweisen, und im europäischen Rat solle sie sich für eine Ablehnung des Verhandlungsergebnisses der EU-Kommission einsetzen. Außerdem soll die Bundesregierung der EU-Kommission und den anderen Mitgliedsländern der EU mitteilen, dass Deutschland weder bei CETA noch beim Freihandelsabkommen mit den USA Investor-Staat-Schiedsverfahren akzeptieren wird. Im zweiten Antrag „Keine Klageprivilegien für Konzerne – CETA-Vertragsentwurf ablehnen“ (18/2620) fordert die Fraktion, die Bundesregierung soll sich unverzüglich dafür einsetzen, dass der Mechanismus zur außergerichtlichen Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit auf dem geplanten Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada („Comprehensive Economic and Trade Agreement“ – CETA) entfernt

wird. Nach Ansicht der Fraktion handelt es sich bei dem außergerichtlichen Investor-Staat-Schiedsmechanismus „um ein zwischen funktionierenden Rechtsstaaten unnötiges Instrument“. Unternehmen hätten sowohl in der EU wie in Kanada die Möglichkeit, gegen die Verletzung von berechtigten Interessen vor den nationalen Gerichten zu klagen.

**Anträge abgelehnt** Beide Anträge lehnte der Bundestag in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit ab. Dies galt auch für die Beratung der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Für fairen Handel ohne Klageprivilegien für Konzerne“ (18/1458,18/2646). *Hans-Jürgen Leersch/Michael Klein*

## Vom Fonds in den Etat 2014

**HAUSHALT** Die Bundesregierung kann eine Milliarde Euro aus dem Fonds „Aufbauhilfe“ im Bundeshaushalt 2014 vereinnahmen. Dem entsprechenden Gesetzentwurf zur Teilaufhebung des Sondervermögens „Aufbauhilfe“ und zur Änderung der Aufbauhilfe (18/2230) stimmte der Bundestag am vergangenen Donnerstag auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/2645) mit großer Mehrheit zu. Danach wurden im Fonds „Aufbauhilfe“ zur Beseitigung von Hochwasserschäden insgesamt acht Milliarden Euro eingestellt, von denen 1,5 Milliarden Euro dem Bund zur Verteilung zustehen. Die betroffenen Länder können von dem Fonds 6,5 Milliarden Euro verwenden. Da von den insgesamt 1,5 Milliarden Euro, die der Bund verteilen kann, entgegen der ursprünglichen Schätzung eine Milliarde Euro nicht benötigt wurden, kann dieser Betrag nun im Bundeshaushalt für dieses Jahr vereinnahmt werden. Die Handlungsfähigkeit des Fonds sei auch nach Teilaufhebung des Sondervermögens „Aufbauhilfe“ in vollem Umfang gewährleistet, schreibt die Regierung. Der Bundesrat verlangte in seiner Stellungnahme, dass auch die aus den Anteilen der Länder stammenden Mittel, die nicht gebraucht werden, an diejenigen Bundesländer zurückgezahlt werden, die sie finanziert haben. Die Bundesregierung erklärte in ihrer Gegenäußerung, sie sei zur Vorlage eines gesetzlichen Vorschlags bereit, „wenn der Gesamtschaden in den Ländern verbindlich feststeht und sich insgesamt ein Minderbedarf ergibt“. *mik*

## Mehr Mittel für Ausbildung

**HAUSHALT** Ohne wesentliche Änderungen hat vergangene Woche der Haushaltsentwurf 2015 des Bundesrechnungshofes (BRH) (18/2000, Einzelplan 20) den Haushaltsausschuss passiert. Die Abgeordneten stimmten gegenüber dem Regierungsentwurf lediglich einer Erhöhung von insgesamt 300.000 Euro für Aus- und Fortbildung zu. Der Mehrbedarf wird vor allem damit begründet, dass der Bundesrechnungshof (BRH) weitere internationale Prüfungsmandate übernehmen will. Somit kann der BRH im kommenden Jahr über insgesamt 136,33 Millionen Euro verfügen. Davon ist der weitaus größte Teil für Personalausgaben vorgesehen, die 112,69 Millionen Euro betragen sollen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen ebenfalls von 17,02 Millionen Euro auf 16,84 Millionen Euro steigen. Die Investitionen sollen von 1,98 Millionen auf 1,56 Millionen Euro fallen. Die Zuweisungen und Zuschüsse sollen von 3,64 Millionen auf 4,94 Millionen Euro steigen. Für die sieben Prüfungsämter des Bundes mit Sitz in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Koblenz, München und Stuttgart sollen die Ausgaben 36,15 Millionen Euro (37,56 Millionen Euro) betragen. Ohne Änderungen blieb der Etat des Bundesrates (18/2000, Einzelplan 03). Die Ausgaben der Länderkammer sollen im kommenden Jahr 23,81 Millionen Euro betragen. Auch hier machen die Ausgaben für das Personal mit 15,08 Millionen Euro den weitaus größten Anteil der Ausgaben aus. Für sächliche Verwaltungsausgaben sollen 8,15 Millionen Euro (2014: 7,89) zur Verfügung stehen. *mik*

## Weniger Geld aus Lkw-Maut

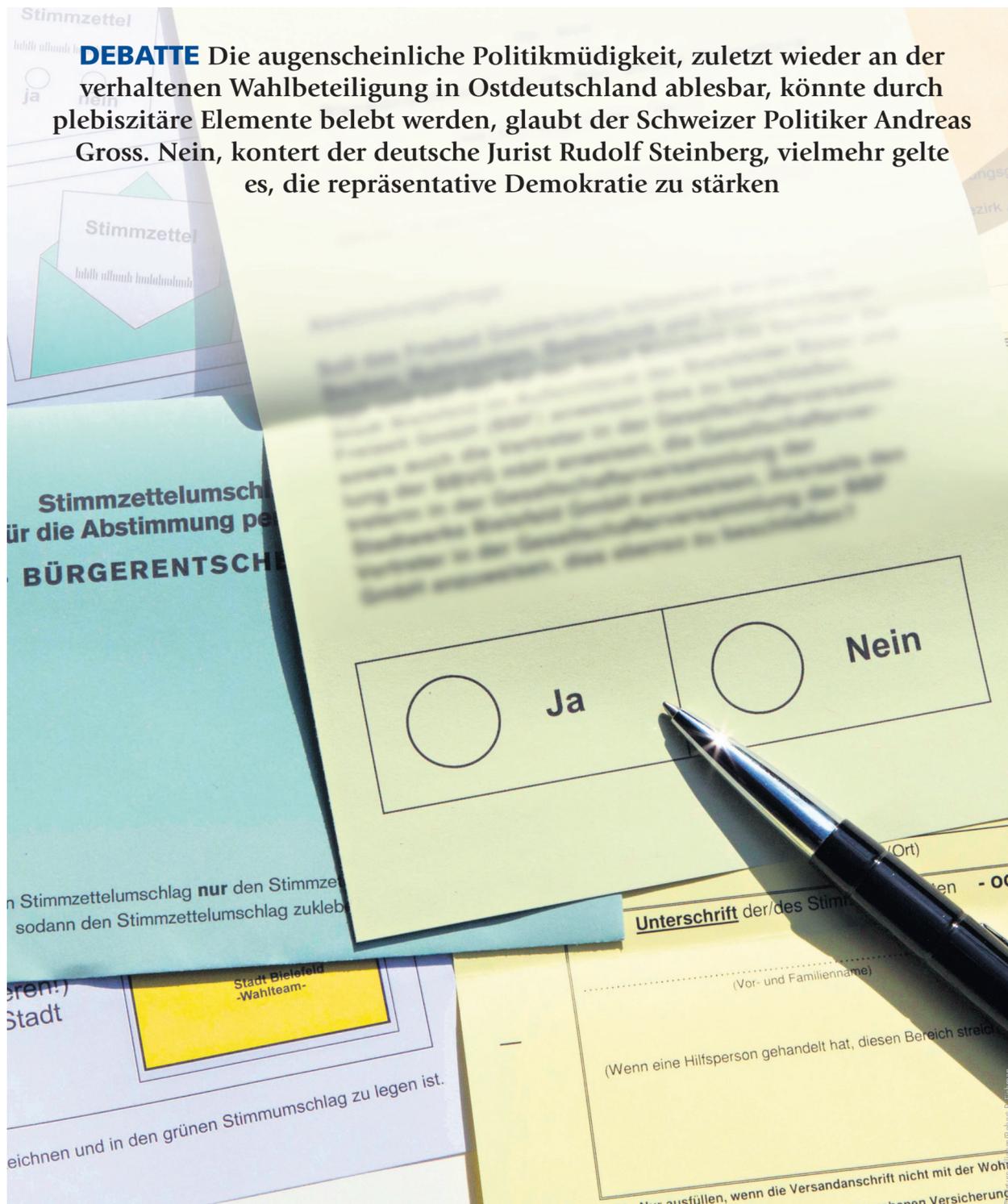
**VERKEHR** Die Bundesregierung will die Lkw-Maut ändern. Dazu hat sie jetzt einen Entwurf für das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes (18/2444) vorgelegt, der vergangenen Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Danach sollen die Mautsätze dem neuen Wegekostengutachten vom 25. März 2014 angepasst werden. Das bisher gültige Wegekostengutachten wurde im Jahr 2007 erstellt und galt für den Zeitraum 2008 bis 2012. Außerdem dient das Gesetz laut Regierung auch als Grundlage für eine eigene günstige Mautkategorie für die besonders schadstoffarmen Euro-VI-Lkw. Zudem sollen künftig die Kosten der Luftverschmutzung, die auf den Lkw-Verkehr zurückzuführen sind, in die Mautsätze eingerechnet werden. Durch die neuen Mautsätze ergeben sich im Zeitraum 2015 bis 2017 Mindererlöse gegenüber dem Finanzplan von rund 460 Millionen Euro, heißt es in dem Gesetzentwurf der Regierung. Dabei seien die zu erwartenden zusätzlichen Einnahmen aus der teilweisen Anlastung der Luftverschmutzungskosten bereits berücksichtigt. Der Verkehrsausschuss wird dazu am Montag, dem 6. Oktober, eine öffentliche Anhörung durchführen. *mik*



# Mehr direkte Demokratie wagen?

**W**er für die Erweiterung der indirekten (repräsentativen) Demokratie um direktdemokratische Elemente plädiert, will weder schweizerische Verhältnisse nach Deutschland tragen, noch dem Populismus frönen, die Privilegierten privilegieren oder gar die repräsentative Demokratie aushebeln. Ganz im Gegenteil: In Deutschland würde die direkte Demokratie sehr viel überzeugender funktionieren als in der Schweiz; Populisten hätten es schwerer, weil in der direkten Demokratie weniger pauschal und sachnah argumentiert werden muss, und die repräsentative Demokratie würde gestärkt, weil Unrecht und Vernachlässigte weniger übersehen und besser vertreten werden könnten im Bundestag.

Wer für den Einbau von direktdemokratischen Elementen plädiert, möchte die Macht besser verteilen, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürgern vergrößern, deren Entfremdung zur Politik abbauen und die Lernfähigkeit der Gesellschaft stärken. Wobei Macht nicht im Geiste von Max Weber negativ verstanden wird, sondern mit Hannah Arendt positiv: Als Fähigkeit von gemeinsam handelnden Menschen, ihr Lebensumfeld mitgestalten und nicht einfach als „Schicksal“ erfahren zu müssen. Mehr Freiheit wird gewagt, weil der aktive Moment der Demokratie nicht auf die Wahl beschränkt ist, sondern diese auch zwischen den Wahlen beim „Volksentscheid“ wahrgenommen werden kann. Wenn also die demokratischen Momente der gemeinsamen Entscheidung vermehrt werden und Bürger weit öfter verbindlich entscheiden, dann muss ungleich intensiver und häufiger diskutiert, nachgedacht und vor allem zugehört werden – all die Stoffe, aus denen individuelle und kollektive Lernprozesse gewoben werden. Also genau das, was unsere Gesellschaft am nötigsten hat. Das waren auch die Gründe, weshalb Libe-



**DEBATTE** Die augenscheinliche Politikmüdigkeit, zuletzt wieder an der verhaltenen Wahlbeteiligung in Ostdeutschland ablesbar, könnte durch plebiszitäre Elemente belebt werden, glaubt der Schweizer Politiker Andreas Gross. Nein, kontert der deutsche Jurist Rudolf Steinberg, vielmehr gelte es, die repräsentative Demokratie zu stärken



rale von Johann Jacoby bis Hildegard Hamm-Brücher, Grüne von Petra Kelly bis Winfried Kretschmann und Sozialdemokraten von Wilhelm Liebknecht, Friedrich Albert Lange, Wilhelm Hoegner bis Herbert Wehner und Hans-Jochen Vogel die Stärkung der indirekten Demokratie durch direktdemokratische Elemente befürwortet haben. So meinte Herbert Wehner lange vor 1968 in einem weniger oft zitierten Satz seiner berühmten Rede vom Godesberger SPD-Parteitag 1959: „Es kam und kommt darauf an, den Staat wirklich bis in die letztmöglichen Konsequenzen zu demokratisieren und für die politische Demokratie feste Fundamente durch die Verankerung der Demokratie im Wirtschaftsbereich und im Sozialen zu schaffen.“

**Kein Nullsummenspiel** Wer freilich die Güte der direkten Demokratie realisieren will, muss deren Rechte und Verfahren sehr sorgfältig verfassen und die Schnittstellen zwischen direkter und indirekter Demokratie sowie zwischen Grundrechtsschutz und Partizipation, das heißt zwischen Verfassungsschutz und Verfassungs- bzw. Gesetzesrevision, sorgsam ausgestalten, so dass alle drei in ihrem Bezugsfeld gestärkt werden. Denn Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie sind kein Nullsummenspiel, sondern leben von- und miteinander.

Dazu gehört zunächst die Ausdifferenzierung der direktdemokratischen Mitwirkungsformen, deren sorgfältige prozedurale Ausgestaltung und Einbettung ins Ensemble der Demokratie. So gilt es zu unterscheiden zwischen dem Nachfragerecht der Bürger und dem, was in ihrem Namen im Parlament beschlossen worden ist. Das wäre in helvetischer Diktion das Gesetzesreferendum, das innerhalb von 100 Tagen von einem Prozent der Wahlberechtigten verlangt werden kann, worauf der Volksentscheid nach etwa sechs Monaten erfolgt. Erachtet das Parlament eine Gesetzesrevision als dringlich, so kann es eine solche mit einer qualifizierten Mehrheit beschließen; das Gesetz tritt dann sofort in Kraft – vorbehaltlich eines möglicherweise negativen Volksentscheids, wonach es sofort wieder aufgehoben würde. Das andere große Mitwirkungsrecht der Bürgerschaft ist das Initiativrecht. Damit

kann jederzeit eine Verfassungs- oder Gesetzesrevision beantragt werden. Hier sind sowohl für die Sammlung der Unterschriften, als auch für die Beurteilung durch Verwaltung und Regierung sowie der Interessensorganisationen, der Zivilgesellschaft und schließlich der großen Öffentlichkeit mehr Zeit einzuräumen. Genau dies lässt sich aus den US-amerikanischen Erfahrungen mit der direkten Demokratie lernen: Je

**Eine Demokratisierung der Demokratie würde viele Deutsche verböhnen.**

Schließlich kann im Rahmen der direktdemokratischen Erweiterung der parlamentarischen Demokratie eine Art Antragsrecht der Bürgerschaft ans Parlament eingerichtet werden; ein solcher Bürgerantrag würde ähnlich behandelt wie ein parlamentarischer Vorstoß und hätte keinen automatischen Volksentscheid zur Folge. Entscheidend für ein bürgernäheres Machtgleichgewicht ist aber die Möglichkeit einer kleinen, aber noch repräsentati-

ven Minderheit der Bürger, jederzeit und auch gegen den Willen von Regierung oder Parlamentsmehrheit einen Volksentscheid zu Bundestagsbeschlüssen oder Gesetzesrevisionen auslösen zu können. Dieses Wissen verändert die politische Kultur. Regierung und Parlamentarier müssen viel mehr in die Gesellschaft hineinhorchen, viel mehr Überzeugungsanstrengungen auf sich nehmen, Widerspruch antizipieren und die Vorlagen so sorgfältiger austarieren, dass sie weniger Widerstand provozieren.

**Versöhnung** Eine solche Demokratisierung der deutschen Demokratie würde viele Deutsche ermutigen, sich als politisch handelnde und Gefragte „mit der Politik“ zu versöhnen. Das schafft neue Identifikationen sowie mehr Freiheit für alle und erweist sich paradoxerweise als Integrationsfaktor moderner, vielfältiger und großer Gesellschaften; ganz im Sinne Friedrich Dürrenmatts, der über die Schweiz einmal sagte, die Schweizer bleiben trotz allen Verschiedenheiten gerne zusammen, weil man sie alle vier Monate über ihre Differenzen streiten lässt. Es müsste ja in Deutschland nicht unbedingt alle vier Monate sein, aber drei Volksentscheide pro Jahr wären für Land und Leute ein Segen. *Andreas Gross*

*Der Autor ist Politikwissenschaftler und Historiker. Er ist Schweizer Nationalrat und seit sieben Jahren Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Seit mehr als 25 Jahren leitet er ein privates wissenschaftliches Institut für Direkte Demokratie.*

**D**ie zur Zeit auch in Deutschland populäre Forderung nach Volksentscheiden auch auf Bundesebene beruht auf einer Reihe von Illusionen, ja auf ideologischen Konstrukten ohne Realitätsgehalt. So handelt es bei Volksentscheiden regelmäßig nicht „das Volk“, sondern eine mehr oder weniger kleine Minderheit „im“ Volk, die überwiegend aus der Mittelschicht stammt. Möglicherweise liegt die Rousseau'sche Annahme der Göttlichkeit der Stimme des Volkes unausgesprochen immer noch der angeblich höheren moralischen Qualifizierung direktdemokratischer Entscheidungen zugrunde. Demgegenüber ist festzuhalten: Direktdemokratische Entscheidungen sind nicht als solche „besser“ oder „schlechter“ als die repräsentativen Organe. Und sie sind nicht das geborene Instrument „fortschrittlicher“ Kreise, sondern werden auch von rechtspopulistischen oder radikalen Gruppierungen genutzt, denen es um die Überwindung der repräsentativen Demokratie geht. Gruppierungen, die Initiativen zu einer Volksgesetzgebung oder zu einem fakultativen Referendum häufig mit Hilfe finanzkräftiger Gruppen betreiben, können kaum von sich behaupten, in irgendeiner Weise auf das gemeine Wohl verpflichtet, in irgendeiner Weise legitimiert oder repräsentativ zu sein. Deshalb tragen sie auch für die von ihnen angestoßenen oder getriebenen Entscheidungen und deren Folgen – anders als die repräsentativen Institutionen – keine Verantwortung. Eine andere Situation besteht bei einem obligato-

**Die Schweiz hat genug damit zu tun, die Folgen von Volksentscheiden zu verdauen.**

rischen Verfassungsreferendum, bei dem für wesentliche, die politische Existenz des Volkes betreffende Entscheidungen ein Zusammenwirken von Parlament und Volk verlangt wird. Die Einführung von Volksinitiativen und Referenden gegen vom Parlament beschlossene Gesetze wird durch die Schaffung neuer Veto-Positionen die Entscheidungsfähigkeit des politischen Systems – weiter – erschweren. Auch dessen Umgestaltung ist nicht ausgeschlossen: Das System der halbdirekten Demokratie in der Schweiz wird für das Entstehen der „Konkordanzdemokratie“ verantwortlich gemacht, in der es keine Regierung mit einer Opposition gibt. Eine andere Entwicklung lässt sich in Kalifornien beobachten, wo eine gut gemeinte Ausweitung der direkten Demokratie praktisch zum Scheitern des Regierungssystems geführt hat. Werden diese Instrumente von Eliten oder von politischen Gruppierungen für ihre Zwecke instrumentalisiert, so ist die Vertiefung politischer Spaltungen nicht ausgeschlossen.

**Nötige Stützen** All dies macht deutlich, dass es zur Repräsentativverfassung des Gemeinwesens unter den heutigen Bedingungen keine Alternative gibt. Die Analysen von Staatsdenkern wie James Madison, Immanuel Kant oder John Stewart Mill sind nach wie vor gültig. Sie werden heute ein-drucksvoll bekräftigt durch die Ergebnisse der Entscheidungstheorie oder der Neurowissenschaften. Diese belegen die Notwendigkeit institutioneller Stützen vor allem mit der begrenzten menschlichen Rationalität, während bislang eher auf die morali-

schen Schwächen des Menschen hingewiesen wurde. So sind die heute zunehmend vereinzelt lebenden Menschen immer mehr auf die Meinungs- und Stimmungsvorgaben von Medien und der öffentlichen Meinung angewiesen. Diese Abhängigkeit wird durch die zunehmende Komplexität vieler Sachfragen noch gesteigert. Bei Sachplebisziten außerhalb der Kommune steht die Rationalität politischer Entscheidungen auf dem Spiel. Der Gedanke der rationalen Diskussion verbunden mit der Machtmonopole verhindernden Gewaltenteilung stellt aber die Grundlage der freiheitlichen Demokratie dar, so dass es nicht überrascht, dass vor allem Liberale seit dem 19. Jahrhundert immer Verfechter einer repräsentativen Demokratie gewesen sind. Demgegenüber kommt hinter der Forderung nach direkter Demokratie nicht selten die geheime Sehnsucht nach einfachen Lösungen auf der Grundlage eines identitären Herrschaftskonzepts zum Ausdruck wie auch eines mystischen Volksbegriffs, der zu einer direktdemokratischen Überhöhung des Volkes führt. Derartige romantische Volks- und Herrschaftsvorstellungen mit ihren antipluralistischen Affekten haben in Deutschland eine lange und unheilvolle Tradition. Es sollte deshalb zu denken geben, dass vor allem Vertreter einer deliberativen Demokratietheorie – sehr oft aus dem kritischen Wissenschaftlerspektrum – zu großer Skepsis neigen, zuletzt Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin in einem Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Zu warnen ist auch vor der unkritischen Übernahme von Institutionen anderer Staaten. Das gilt insbesondere für den „Sonderfall“ – so der Zürcher Staatsrechtslehrer Dietrich Schindler – der halbdirekten demokratischen Schweiz. Auch der Berner Politikwissenschaftler Wolf Linder bezweifelt, ob sich das System des Schweizer Kleinstaates mit einer sehr eigenen und langen Tradition auf große Flächenstaaten wie Deutschland übertragen lässt. Im Übr-



gen hat die Schweiz im Augenblick genug damit zu tun, die ungunstigen Folgen von Volksentscheiden wie dem Minarettverbot oder der Masseneinwanderungsinitiative zu verdauen. Die Neue Zürcher Zeitung spottet zu Recht über die „naive Plebiszitoeuphorie der Deutschen“.

Die heutige demokratische Verfassung ist auf das repräsentative Hervorbringen von für das Gemeinwesen verbindlichen Entscheidungen angewiesen. Sie beruhen auf der umfassenden Ermittlung, Bewertung und Abwägung der innerhalb des Gemeinwesens vorhandenen Interessen und Werten. Über diese hinaus sind von den Repräsentanten aber auch die öffentlichen und privaten Belange, die sich nur schwer oder gar nicht artikulieren können, ebenso einzubeziehen wie die Belange der Anderen im Sinne transnationaler wie auch intertemporaler Repräsentation. So gilt es, die Repräsentativität zu stärken, nicht aber durch direktdemokratische Verfahren zu schwächen. Allerdings darf sich die Autorisierung der repräsentativen Organe nicht auf den periodischen Akt der Wahl der Repräsentanten beschränken; diese bedarf vielmehr der kontinuierlichen Aktualisierung durch Prozesse der Kontrolle sowie der Kommunikation, der permanenten Rückbindung der Bürger mit ihrer Regierung. Eine wichtige Rolle bei der Vermittlung zwischen der „demokratischen Quelle“, also den Bürgern, und den politischen Institutionen kommt den Parteien zu. Die Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Repräsentation ist zweifellos eine mühseligere Aufgabe bei der Reform von Parteien, Parlamenten, Wahlsystemen, staatlicher Organisation und Verfahren wie auch der Öffentlichkeit als der Ruf nach den grobschlächtigen Instrumenten der direkten Demokratie. *Rudolf Steinberg*

*Der Autor, emeritierter Professor für öffentliches Recht, war Präsident der Uni Frankfurt/M. Er hat das Buch „Die Repräsentation des Volkes“ geschrieben.*



Niemand hat mit einer solch drastischen Verschärfung gerechnet: Im Dezember 2013 wurden im westafrikanischen Guinea die ersten Ebola-Verdachtsfälle gemeldet, im Februar 2014 kamen Erkrankungen in Sierra Leone und Liberia hinzu. Das gefährliche Fieber verbreitete sich viel schneller als bei Epidemien in der Vergangenheit, es ist der schlimmste Ausbruch seit vier Jahrzehnten. Schon im Juni warnte die Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen, das Ebola-Virus sei „außer Kontrolle“ geraten, das Ausmaß der Epidemie in Westafrika beispiellos. Es dauerte aber noch weitere Monate, bis die internationale Staatengemeinschaft den wirklichen Ernst der Lage zu begreifen schien. Inzwischen waren auch Verdachtsfälle in angrenzenden Ländern bekannt geworden und die Sorge ging um, das Virus könnte nach Nigeria überspringen, in einem Land mit mehr als 150 Millionen Einwohnern. Aus den anfangs mehreren hundert Fällen sind inzwischen laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) mehr als 6.000 geworden und Experten fürchten, dass das noch lange nicht der Höhepunkt ist. Die WHO rechnete unlängst hoch, dass sich allein bis November bis zu 20.000 Menschen anstecken könnten. Bislang sind fast 3.000 Menschen der Seuche zum Opfer gefallen.

**Brandbrief** Liberia, Guinea und Sierra Leone sind ohne fremde Hilfe nicht in der Lage, die Epidemie wirksam zu bekämpfen, es mangelt an medizinischer Ausrüstung, an Hygienestandards und geschultem Personal. Der UN-Sicherheitsrat kam Mitte September erstmals wegen einer akuten Epidemie zu einer Sondersitzung zusammen und wertete die Ebola-Krise in einer drastischen Botschaft als „Gefahr für Frieden und Sicherheit der Welt“. Die UN fordern eine Milliarde Dollar zur Bekämpfung der Epidemie, deutlich weniger ist bisher von den Staaten zugesagt worden. Liberias Staatspräsidentin Ellen Johnson-Sirleaf wandte sich in einem Schreiben direkt an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU): „Ohne mehr direkte Hilfe von Ihrer Regierung werden wir diese Schlacht gegen Ebola verlieren.“ Die USA schicken nun 3.000 Soldaten in das Krisengebiet, auch die Bundeswehr will mit einer Luftbrücke vom Senegal aus helfen. So soll unter anderem eine mobile Krankenstation für die Behandlung von rund 50 Patienten in Liberia aufgebaut werden. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) sucht Freiwillige für einen Einsatz, der erkennbar nicht ohne Risiko ist – dennoch meldeten sich bis Freitag vergangener Woche mehr als 4.500 Freiwillige aus der Bundeswehr. Kurz zuvor stand die Ebola-Krise erstmals auch im Bundestag in einer vereinbarten Debatte auf der Tagesordnung. Die Opposition hielt mit ihrer Kritik am Krisenmanagement nicht hinter dem Berg: Zu spät, zu zögerlich, zu unkoordiniert seien die Maßnahmen und Hilfen der Bundesregierung. Michael Roth (SPD), Staatsminister im Auswärtigen Amt, gestand angesichts des Ausmaßes der Katastrophe ein: „Eine Blaupause zur Lösung der Ebola-Krise haben wir nicht.“ Trotz aller Bemühungen werde es noch Monate dauern bis die Epidemie unter Kontrolle sei. Roth verwies darauf, dass



Freiwillige Desinfektionshelfer in Sierra Leone

seit Ausbruch der Krise von der Bundesregierung 17 Millionen Euro an Sofort- und Entwicklungshilfen bereitgestellt worden – und nunmehr weitere Hilfsmaßnahmen in Vorbereitung seien, etwa die Einrichtung einer Luftbrücke und einer Krankenstation durch die Bundeswehr und der Aufbau eines mobilen mobilen Krankenhauses durch das Deutsche Rote Kreuz. Niema Movassat (Die Linke) kritisierte, dass die Bundesregierung die gewachsene außenpolitische Verantwortung vor allem militärisch verstehe. Die USA hätten 140 Millionen Dollar für die Ebola-Bekämpfung bereitgestellt, Kuba 165 Ärzte und Pfleger geschickt: „Deutschland aber, die viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt, steht immer noch auf der Bremse.“

Thomas Silberhorn (CSU), Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), betonte, dass die EU bisher 170 Millionen Euro zur Bewältigung der Krise bereitgestellt habe und der deutsche Anteil daran rund 20 Prozent betrage. Das BMZ unterstütze zudem die aktuellen Maßnahmen der WHO mit zehn Millionen Euro – Mittel, die in Aufklärungskampagnen, in der Weiterbildung von medizinischem Personal, in weitere Behandlungsstationen, Medikamente und Schutzkleidung investiert würden. Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/Die Grünen) warf der Koalition vor, die Hilferufe von WHO und Hilfsorganisationen über Wochen „fahrlässig“ überhört zu haben. Der Entschließungsantrag der Koalitions-

fraktionen enthalte „Ankündigungen, nichts Konkretes, keine Geldsummen, keine konkreten Forderungen oder Beschreibungen, wer konkret was übernimmt“. Mit ihrem Entschließungsantrag (18/2609) für eine Aktionsprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro konnten sich die Grünen ebenso wenig durchsetzen wie die Linksfraktion mit ihrer Forderung nach 100 Millionen Euro für die „Roadmap“ der WHO (18/2608). Der Entschließungsantrag von CDU/CSU und SPD (18/2607), in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, im „Falle einer Ausweitung der Ebola-Epidemie“ den Beitrag für die WHO, Ärzte ohne Grenzen und andere Organisationen „erneut zu erhöhen“, wurde in die Ausschüsse überwiesen. Claus Peter Kosfeld/Alexander Heinrich

## Europäische Lösung

**EUROPA** EU-Kommissar Oettinger will digitalen Binnenmarkt

Der designierte EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger (CDU), sieht in der Vollendung des digitalen Binnenmarktes ein zentrales Ziel seiner Amtszeit. Es gebe in der Europäischen Union einen „nahezu perfekten Binnenmarkt“ für Autos, Weine oder Hüte, sagte der bisherige Energiekommissar in einer Sondersitzung des Europaausschusses am vergangenen Donnerstag. Doch ausgerechnet die digitale Agenda unterliege noch immer der nationalen Regulation. Dabei könne Digitalität keine nationalen Gebietsgrenzen, betonte Oettinger. Auch Datenschutz sei ein Thema, das man nur europäisch lösen könne. Der Kommissar will auch den Ausbau der digitalen Infrastruktur in der EU beschleunigen. „Wir brauchen in allen Mitgliedsländern eine einigermaßen gleiche Ausbaugeschwindigkeit für die digitalen Netze“, forderte Oettinger. Er gab zu bedenken, dass die zunehmende Digitalisierung der Alltagswelt wichtige Fragen aufwerfe. Was passiere etwa, wenn Google irgendwann Autos baue und die Deutschen nur noch das Aluminium oder die Polster beisteuerten?, fragte Oettinger. „Die digitale Entwicklung zielt auf unsere Wertschöpfung, auf den Kern unserer Realwirtschaft“, warnte er. Hier wolle er sich als zuständiger Kommissar für den Standort Deutschland stark machen.

Das Urheberrecht, das ebenfalls in Oettingers künftigen Aufgabenbereich fällt, bezeichnete er als eines der schwierigsten Arbeitsfelder. Es gehe darum, eine Balance zu finden zwischen dem Interesse der Verbraucher, möglichst freien Zugang zu Inhalten zu haben, und dem Bedürfnis von Schriftstellern, Drehbuchautoren oder Musikern, ihre Produkte zu vermarkten und von ihnen leben zu können. Oettinger plädierte für einen Mittelweg und kündigte bis Mitte des kommenden Jahres die Vorlage eines Gesetzentwurfes an. Die Abgeordneten interessierte unter anderem, inwieweit Oettinger in Brüssel die Interessen der Verbraucher vertreten wolle. Und ob er die Europäische Datenschutzgrundverordnung voranbringen werde, für die sich das EU-Parlament seit längerem engagiere. Oettinger sicherte zu, dass er „so viele Verbraucherrechte wie möglich“ wahren wolle, etwa beim Roaming oder im Bereich Netzneutralität. Jedoch müssten europäische Telekommunikationsfirmen im Wettbewerb mit den „Giganten“ aus Asien und den USA auch mithalten können. Die Datenschutzverordnung liege dem Europäischen Rat bereits seit zwei Jahren vor. Dieser dürfe das Thema nun nicht länger vertagen, mahnte Oettinger. Seine Forderung: „Wir müssen alles tun, damit die nationalen Regierungen zur Europäisierung des Datenschutzrechts bereit sind.“ joh

## Mehr Transparenz

**ENTWICKLUNG I** Neue Regeln für Import von Mineralien

Die EU-Pläne für eine Zertifizierung auf Basis freiwilliger Selbstverpflichtungen durch Unternehmen beim Import von Mineralien sind im Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit auf geteiltes Echo gestoßen. Ein Vertreter des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sagte am vergangenen Mittwoch im Ausschuss, im Kern gehe es darum, ein Kontrollsystem bei Mineralien wie Zinn, Tantal, Wolfram und Gold aufzubauen. Dies solle verhindern, dass mit dem Verkauf dieser Metalle bewaffnete Konflikte in Krisenregionen finanziert werden. Konkret sei geplant, dass Europäische Unternehmen auf freiwilliger Basis ein Kontrollsystem entlang der Lieferketten einrichten sollen. Als Anreiz plane die EU, eine Liste der beteiligten „verantwortlichen Unternehmen“ zu erstellen. Unternehmen, die sich nicht am Kontrollsystem beteiligten, müssten nach dem Prinzip „name and shame“ Reputationsverluste in Kauf nehmen. Vertreter der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen kritisierten, dass sich die EU nicht zu verbindlichen Auflagen durchringen könne. Freiwillige Maßnahmen seien „nicht zielführend“, die Frage des Umgangs mit den Konfliktmineralien werde dem „freien Spiel des Markts überlassen“, sagte ein Vertreter der Links-

fraktion. Er verwies – wie auch ein Vertreter der SPD-Fraktion – unter anderem darauf, dass die USA mit dem „Dodd-Frank-Act“ seit 2010 Unternehmen verbindliche Dokumentations- und Publizitätsverpflichtungen bei Mineralimporten auferlegen würden. Ein Vertreter der Grünen kritisierte, dass der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller (CSU), verpflichtende Standards für die Textilindustrie fordere, die Bundesregierung bei der Verhinderung eines Imports von sogenannten Konfliktmineralien hingegen weiter auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen setze. Auf europäischer Ebene sei es die Bundesregierung, die in dieser Frage bremse. Ein Vertreter der CDU/CSU-Fraktion bezeichnete den Zertifizierungsprozess als „relativ schwierig“ beziehungsweise aufwendig – etwa durch den Umstand, dass die Herkunft importierter und bereits industriell aufbereiteter Metalle nach Schmelz- und Veredelungsprozessen womöglich schwer zu ermitteln sei. Eine Vertreterin des Wirtschaftsministeriums betonte im Ausschuss, dass die geplanten freiwilligen Selbstverpflichtungen „durch Bedingungen untermauert“ seien. Es sei zudem geplant, die Zertifizierung nach drei Jahren einer Überprüfung zu unterziehen. Alexander Heinrich

## »Geld allein reicht nicht, wir brauchen Personal«

**INTERVIEW** Florian Westphal, Geschäftsführer von »Ärzte ohne Grenzen«, warnt vor einer weiteren Ausbreitung von Ebola

**Herr Westphal, »Ärzte ohne Grenzen« ist seit März 2014 mit mehr als 2.000 Mitarbeitern im Ebola-Gebiet in Westafrika im Einsatz. Wie erleben die Helfer die Lage?**

Die Situation ist sehr schwierig, um nicht zu sagen katastrophal. Wir stoßen an die Grenzen unserer Kapazitäten. Besonders schlimm ist es in Monrovia, der Hauptstadt Liberias. Dort kommen viel mehr infizierte Patienten in unsere Behandlungszentren, als wir aufnehmen können. Wir sind gezwungen, einige zurückzuweisen. Das ist sehr tragisch und auch für unsere Kollegen vor Ort enorm belastend. Sie wissen ja, dass diese Menschen vom Tode bedroht sind und dass sie sehr wahrscheinlich weitere anstecken werden.

**Unter welchen Bedingungen arbeiten die Helfer? Können sie sich ausreichend vor einer Ansteckung schützen?**

Unsere Helfer sind gut geschützt. Und wir haben sehr strenge Regeln erlassen. So sollen die Ärzte immer in Zweierteam arbeiten, um sicherzustellen, dass sie die Hygienevorschriften genau einhalten. Der Einsatz vor Ort ist zudem auf einige Wochen begrenzt, denn mit zunehmender Erschöpfung nimmt die Disziplin ab und das Risiko einer Ansteckung wird größer. Die Kollegen arbeiten ja bei extremer Hitze in den Schutanzügen, das ist körperlich sehr anstrengend. Und auch die psychische Belastung ist groß. Die Ärzte haben es ständig mit Patienten zu tun, die sie letztlich nicht vor dem Tod bewahren können.

**Ihre Organisation betreibt in den am meisten betroffenen Ländern, Sierra Leone, Liberia und Guinea, insgesamt fünf Isolierstationen. Was können die Ärzte dort für die Kranken tun?**

Ebola zu behandeln, ist medizinisch nicht sehr kompliziert. Die Ärzte versuchen in erster Linie, den hohen Flüssigkeitsverlust der Patienten auszugleichen, und sie verabreichen Schmerzmittel. Immer wieder werden Menschen gesund. Doch in den meisten Fällen können wir den Patienten nur einen würdevollen Tod ermöglichen. Darüber hinaus versuchen wir, auch außerhalb der Zentren zu arbeiten. Wir gehen in die Dörfer, um weitere Infizierte zu finden und die Bevölkerung über die Risiken aufzuklären. Absoluten Vorrang hat im Moment aber die Behandlung der Kranken – und tragischerweise auch die Bestattung der Leichen. Das sollten eigentlich nicht wir Ärzte machen müssen, aber es ist leider notwendig in dieser Situation.

**Die Bundesregierung hat jetzt die finanziellen Hilfen für den Kampf gegen die Epidemie auf 17 Millionen Euro aufgestockt, auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellt mehr Mittel zur Verfügung. Reicht das denn überhaupt?**

Nein, bis jetzt reicht das alles nicht. Geld ist im Moment auch nicht das größte Problem, es sind die völlig unzureichenden Kapazitäten vor Ort. Es fehlt überall an spezialisiertem Personal zur Behandlung der Patienten. Außerdem müssen die Kontakte, die Infizierte mit anderen Menschen gehabt haben, weiterverfolgt werden. Dazu sind viele Helfer notwendig. Es mangelt auch an Laborkapazitäten, denn es müssen sehr schnell sehr viele Blutproben auf das Virus getestet werden. Aus diesen Gründen drängen wir seit längerem darauf, dass schnellstmöglich entsprechendes Material und Personal in die Region geschickt wird. Mit Geld allein können wir jetzt, wo Hilfe am dringendsten gebraucht wird, nicht mehr ausrichten.

**Bei der Bundeswehr haben sich jetzt mehr als 4.500 Freiwillige zum Einsatz im Ebola-Gebiet gemeldet.**

Das begrüßen wir. Das ist ein erster wichtiger Schritt. Es reicht in dieser Situation aber nicht, einen guten Willen und Mut zu haben, sondern die betroffenen Länder brauchen, das betone ich noch mal, gut ausgebildetes und gut vorbereitetes Personal. Entscheidend ist auch, dass die Helfer schnell ins Krisengebiet kommen, denn unser nennt die Zeit weg. Das Virus breitet sich enorm schnell aus, möglicherweise auch auf weitere Länder. Wir haben das Schlimmste bei weitem noch nicht überstanden.

**Seit dem Ausbruch der Epidemie sind sechs Monate vergangen. Warum hat die Weltgemeinschaft erst jetzt reagiert?**

Die Gründe sind mir unbekannt und unerklärlich. Sowohl die Bundesregierung als auch die WHO haben das Ausmaß der Katastrophe viel zu lange nicht begriffen. Wir haben in den vergangenen Monaten im-

mer und immer wieder gewarnt, aber niemand hat auf uns gehört.

**Westafrika galt bisher als vergleichsweise stabile Region auf dem Kontinent. Welche Folgen hat nun die Epidemie? Droht in den betroffenen Ländern ein Zusammenbruch der Gesellschaften?**

Ich will den Teufel nicht an die Wand malen. Sierra Leone und Liberia haben sich zuletzt politisch und wirtschaftlich gut entwickelt. Und das, nachdem diese Länder zuvor äußerst brutale Konflikte erlebt haben. Sie waren gerade dabei, sich davon zu erholen. Klar ist, dass beide Länder jetzt noch lange unsere Unterstützung brauchen werden, auch wenn Ebola hoffentlich irgendwann eingedämmt ist. Das Gesundheitssystem ist bereits weitgehend zusammengebrochen. Andere Krankheiten wie Malaria oder Schwangerschaftskomplikationen können vielerorts nicht mehr behandelt werden. Die Leute trauen sich nicht mehr ins Krankenhaus oder die Krankenhäuser sind geschlossen, denn oft ist das Personal selbst infiziert oder es geht aus Angst vor Ansteckung nicht mehr zur Arbeit. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind ebenfalls enorm. Handel, Landwirtschaft, Industrie liegen praktisch brach. Die Auswirkungen der Epidemie auf die Bevölkerung müssen unbedingt abgefedert werden, um eine Destabilisierung der Region zu verhindern.

Das Gespräch führte Johanna Metz.



Florian Westphal ist Geschäftsführer der deutschen Sektion der Hilfsorganisation.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Im Februar kam es zu Massenprotesten in Bosnien-Herzegowina. Die Unzufriedenheit über hohe Arbeitslosigkeit und Korruption in Politik und Verwaltung trieb sämtliche ethnische Gruppen gemeinsam auf die Straßen.

## Konservative liegen vorn

**BULGARIEN** Je nach Auftraggeber schwanken Wahlprognosen in Bulgarien für gewöhnlich stark, diesmal aber sind sich die Meinungsforscher in einem einig: Der rechtsgerichteten Partei von Ex-Ministerpräsident Boiko Borissov „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (GERB) prophezeien sie einen deutlichen Vorsprung bei der vorgezogenen Neuwahlen am kommenden Sonntag vor der „Bulgarischen Sozialistischen Partei“ (BSP) und der Partei der bulgarischen Türken „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS). Die Koalition der beiden letzteren war im Juli nach der Niederlage der Sozialisten bei den Europawahlen im Frühjahr und einer Bankenkrise rund um das mittlerweile geschlossene viertgrößte Geldinstitut des Landes, der Korporativen Handelsbank (KTB), zurückgetreten. Die nationalistische Ataka könnte erstmals seit 2005 an der Vier-Prozent-Hürde scheitern und durch die neugegründete Partei „Bulgarien ohne Zensur“ des früheren TV-Moderators Nikolai Barekov oder den liberal-konservativen „Reformerblock“ (RB) der ehemaligen EU-Kommissarin Meglena Kuneva ersetzt werden. Außenseiterchancen auf den Parlamentsinzug haben die vom früheren Staatspräsidenten Georgi Parvanov gegründete BSP-Abspaltung „Alternative für Bulgariens Wiedergeburt“ (ABW) und das nationalistische Parteienbündnis „Patriotische Front“ (PF). Ob diese Wahl die mit dem vorzeitigen Rücktritt des Kabinetts Borissov im Februar 2013 eingetretene Phase politischer Instabilität beenden kann, scheint angesichts dieser Konstellation ungewiss. *Frank Stier*

Der Autor ist freier Korrespondent in Sofia.

# Angestaute Frustrationen

**BOSNIEN-HERZEGOWINA** Das Land ist in der Krise. Die baldigen Wahlen werden daran wenig ändern

**P**rognosen über den Ausgang der Wahlen am 12. Oktober in Bosnien und Herzegowina anzustellen, ist fast unmöglich. Die meisten der 3,3 Millionen registrierten Wähler wissen nämlich noch nicht, welche der 65 Parteien, 24 Koalitionen und 24 unabhängigen Kandidaten sie wählen sollen. Die Bevölkerung ist verunsichert. Seit den letzten Wahlen vor vier Jahren hat sich nichts zum Positiven verändert. Als im letzten Mai nach heftigen Regenfällen die Flüsse über die Ufer traten und ein Drittel der Landfläche Bosnien-Herzegowinas überschwemmten, wurde schnell offenbar, dass der Staat nicht in der Lage war, auch nur ansatzweise Hilfe zu organisieren. Die betroffenen Menschen und Gemeinden waren in den ersten Tagen der Katastrophe sich selbst überlassen. Sowohl das bosniakische (muslimische) Mitglied im dreiköpfigen Präsidentschaftsrat, als auch der Vorsitzende der Sozialdemokraten SDP und die Führungsspitze der religiös konservativen SDA-Partei waren weggetaucht. Es mangelte an Koordination der ausländischen und inländischen Hilfsorganisationen. Dabei hätte sich hier jeder Politiker für die Wahlen profilieren können. Selbst der so medienbewusste „starke“ Mann der serbischen Teilrepublik Republika Srpska, Milorad Dodik, schwang zunächst. Dabei liegen viele der von der Flut

betroffenen Gebiete in seinem Einflussbereich. Als Bürger aus der Föderation in den betroffenen Gebieten der Republika Srpska helfen wollten, setzte er den wegen seiner rastlosen Arbeit populären Bürgermeister der zentralbosnischen Stadt Doboj ab. Die „Volkssolidarität“ drohte die ethnisch-politischen Grenzen zu überspringen. Die im Friedensvertrag von Dayton 1995 festgeschriebene Verfassung hat die politische Macht den ethnisch definierten Entitäten, der Republika Srpska und der bosniakisch-kroatischen Föderation (siehe Stichwort übertragen). Der Gesamtstaat hat nur wenige Kompetenzen. Dieser Umstand hemmt nicht nur die Entwicklung des gemeinsamen Wirtschaftslebens, sondern auch den Ausbau einer gemeinsamen Infrastruktur und des Energiesektors. Verunsichert und erobert sind die meisten Menschen über die Korruption der Behörden und Politiker. Die serbische Ökonomin Svetlana Cenec rechnete vor, dass die ehemals volkseigenen Betriebe in der Republika Srpska zu einem Zehntel des Wertes an Privatinvestoren abgegeben wurden. Viele Fabriken seien stillgelegt worden. Folge sei eine hohe Arbeitslosigkeit von regional 20 bis 70 Prozent.

**Die Parteien haben keine Visionen für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft.**

Im Februar kam es zu oft gewaltsamen Massenprotesten der Bevölkerung gegen die politische Führung, Korruption und Armut. Immerhin gelang es den Demonstranten, in vier der zehn Kantone, die Kantonalpräsidenten zum Rücktritt zu zwingen und Mechanismen der Kontrolle einzuführen. Doch wie wird sich die angestaute Frustration bei den Wahlen auswirken? Werden die Bosnier Alternativen wählen? Bekannte in Bosnien lebende Analytiker, wie der Amerikaner Kurt Bassuener, bleiben skeptisch. Sie weisen darauf, dass das Parteiensystem nicht mehr an weltanschaulichen Kriterien wie dem Links-Rechts-Schema zu messen ist. Die Parteien verwalteten regionale und ethnisch definierte Machtpositionen, hätten Einfluss auf die Verteilung von Arbeit und Ressourcen und dabei ein eigenes Klientel herangezogen. Sie verfügten über keinerlei Visionen für die Weiterentwicklung der gesamten Gesellschaft, meinen auch die Experten des slowenischen Internationalen Instituts Ifimes. Der Menschenrechtler Srdjan Dizdarevic glaubt deshalb nicht, dass es zu einschneidenden Veränderungen im Wahlverhalten kommt. Doch immerhin: Nicht einmal die

Wiederwahl von Milorad Dodik und seinen „Unabhängigen Serbischen Sozialdemokraten“ ist in der Republika Srpska sicher. Die ehemalige Nationalpartei „Serbische Demokratische Partei“ und sein Gegenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten Ognjen Tadic haben aufgeholt. Für das Amt des serbischen Mitglieds im Staatspräsidium des Gesamtstaates liegt nach Umfragen der Liberale Mladen Ivanic vorne. Bei den Kroaten bleibt die Kroatische Demokratische Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina HDZ stärkste Kraft, Aussichten auf den Posten des kroatischen Mitglieds im Staatspräsidium hat jedoch auch der moderate Martin Raguz, der auf Stimmen aus dem bosniakischen Lager hofft.

In der bosniakischen Volksgruppe ist eine völlig unübersichtliche Lage entstanden; allein zehn Kandidaten streben das Amt des Vizepräsidenten im Staatspräsidium an. Sicher ist wohl, dass die Sozialdemokraten unter dem unbeliebten Parteichef Zlatko Lagumdžija Stimmen einbüßen werden. Neue Parteien drängen hingegen nach vorn: Unter anderem die „Demokratische Front“ des bisherigen Staatspräsidiumsmitglieds Zeljko Kosic und die „Partei für eine bessere Zukunft“ des Medienzars Fahrudin Radoncic. Er hatte die Demonstrationen im Februar publizistisch unterstützt. *Erich Rathfelder*

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Bosnien und Herzegowina.

### > STICHWORT

#### BOSNIEN UND HERZEGOWINA - Zerrissener Staat

> **Staatsform** Der EU-Beitrittskandidat Bosnien und Herzegowina ist eine Republik mit zwei weitgehend autonomen Verwaltungseinheiten, der Föderation Bosnien und Herzegowina (FBiH) und der Republika Srpska (RS).

> **Staatsoberhaupt** Das Staatspräsidium besteht aus jeweils einem Vertreter der bosniakischen, serbischen und kroatischen Volksgruppe. Der Vorsitz rotiert alle acht Monate.

> **Allgemeine Wahlen** Am 12. Oktober wählt die Bevölkerung ein neues Gesamtparlament, das Staatspräsidium sowie die politischen Vertretungen in den Kantonen und Distrikten.

## »Füße ans Feuer«

**GROSSBRITANNIEN** Nach dem schottischen Referendum beginnt der Streit um die Verfassung

Kaum haben die Schotten ihren Platz im Vereinigten Königreich festgezurrt, wird das zukünftige Verfassungsgefüge Großbritanniens zum Zankapfel der Parteien. Das Ergebnis der Volksabstimmung im Norden mit 55,3 Prozent gegen die Unabhängigkeit stand gerade mal eine Stunde fest, da redete der konservative Premierminister David Cameron schon einer Verknüpfung der Schottland versprochenen Zugeständnisse mit anderen Verfassungsänderungen das Wort: „Wir brauchen eine neue Abmachung für Wales, Nordirland und nicht zuletzt für England.“ Nach Protesten des liberalen Koalitionspartners sowie der Labour-Opposition musste Camerons Team kleinlaut einräumen: Das vom Regierungschef so bezeichnete „Tandem“ beziehe sich lediglich auf einen Zeitplan für Reformen, nicht auf die Reformen selbst.

**Machtverschiebung** Wenige Tage vor dem Referendum bestand noch Einigkeit zwischen den Vorsitzenden der drei großen gesamt-britischen Parteien. Gemeinsam versprachen Cameron, Edward Miliband (Labour) sowie der liberaldemokratische Vizepremier Nick Clegg der schottischen Wählerschaft den raschen Transfer zusätzlicher Kompetenzen aus London ans Edinburgher Parlament. Zudem soll

der Norden des Landes weiterhin von der 35 Jahre alten „Barnett-Formel“ profitieren. Diese ermöglicht öffentliche Ausgaben für Gesundheit, Schulen und Infrastruktur, die um 19 Prozent pro Kopf der Bevölkerung höher liegen als in England und Wales. Wie stark dieser „Schwur“ das Referendum beeinflusst hat, lässt sich schwer feststellen. Ein Abrücken von den Versprechen käme die Unionsparteien sicher teuer zu stehen. Man werde „deren Füße ans Feuer halten“, versprach der scheidende schottische Ministerpräsident Alex Salmond von der Nationalpartei SNP. Offenbar kommt es Camerons Tories gut sieben Monate vor der nächsten Unterhauswahl vor allem darauf an, sich in Konkurrenz zur EU-feindlichen Partei Ukup als Sachwalter englischer Interessen zu etablieren. An vorderster Stelle steht dabei die Forderung, schottischen Unterhausabgeordneten das Stimmrecht zu entziehen bei Abstimmungen, in denen es vermeintlich exklusiv um englische Belange geht. Dazu zählen die Reformierer wie der Partei-Rechtsaußen John Redwood beispielsweise das Nationale Gesundheitssystem NHS. Anders als vom Namen suggeriert treffen nämlich mittlerweile die Regionalregierungen in Cardiff und Edin-

burgh die meisten Entscheidungen, die das NHS in Wales und Schottland betreffen. Beispielsweise müssen Schotten, anders als Engländer, weder Rezeptgebühren bezahlen noch zu ihrer Pflege im Alter beitragen. In Zukunft sollten deshalb ausschließlich englische Abgeordnete über Englands NHS abstimmen. In der Außen-, Verteidigungs- und Europapolitik blieben hingegen alle Abgeordneten gleichermaßen stimmberechtigt.

**Unbeschriebene Verfassung** Die Forderung wirke auf den ersten Blick logisch, räumt Professor Vernon Bogdanor vom Londoner King's College ein. Da sich aber die Milliarden-Zuwendungen, die Cardiff und Edinburgh aus London erhalten, anteilig an den Ausgaben für England orientieren, „ist es in Wirklichkeit nicht möglich, englische von schottischen Anliegen zu unterscheiden“, schreibt der herausragende Interpret der unbeschriebenen Verfassung auf der Insel. „Eine gesplante Regierung ist eine logische Absurdität.“ Pikanterweise zählte zu Bogdanors Studenten an der Uni Oxford einst auch Premier Cameron. *Sebastian Borger*

Der Autor ist freier Korrespondent in London.

## Angst vor dem großen Nachbarn

**LETLAND** Die Wahl zur Saeima steht ganz im Zeichen der nationalen Sicherheit

Es ist ruhig in diesen Tagen in Riga, von Wahlkampf kaum eine Spur. Man könnte meinen, die Wahl der Saeima – des lettischen Parlaments – an diesem Sonntagabend sei bereits entschieden. Noch vor einem Jahr hatte das linke Oppositionsbündnis „Harmoniezentrum“ – die sogenannte „Russenpartei“ – bei vielen Letten Zuspruch gefunden und wurde als Favorit gehandelt. Der Kopf des Parteienbündnisses, Nils Uzakov, ist seit fünf Jahren Oberbürgermeister in der lettischen Hauptstadt und hat mit neuen Wirtschaftskontakten nach Russland Arbeitsplätze geschaffen. Aber seit der Ukraine-Krise und der russischen Annexion der Krim sind solche Kontakte ein Makel geworden: Uzakovs Sozialdemokraten, die bei der Wahl 2011 – damals noch im Bündnis „Harmoniezentrum“ – stärkste Kraft geworden waren, werden laut Umfragen wohl nur noch hinter dem derzeitigen Regierungsbündnis der „Einheit“-Partei landen. Es ist die Angst vor Russland, die viele Wähler umtreibt. Seit der Krise in und um die Ukraine steht bei den Letten die Frage der nationalen Sicherheit an erster Stelle. Und zugleich vertieft die Krise den Spalt zwischen Letten und der russischen Minderheit. Jeder Dritte im Land ist russischer Herkunft, die Minderheit besucht eigene Schulen und vertraut russischen Meinungs-

machern. Viele haben Verwandte in Russland, bewundern den russischen Präsidenten Wladimir Putin und wünschen sich gute Nachbarschaft. Trotzdem sehe es nicht so aus, als könne die radikale Partei „Lettisch-russische Union“, die alte Forderungen nach Russisch als zweiter Staatssprache und einer automatischen Staatsbürgerschaft wieder aufgreift,

tatsächlich ins Parlament einziehen, sagt der Soziologe Arnis Kaktins vom Umfrageninstitut SKDS. Noch immer verfügt die Hälfte der russischen Minderheit nur über einen sogenannten „Nichtbürgerpass“ und darf bei der Wahl nicht abstimmen. Als Gewinnerin der Parlamentswahl wird die Partei „Einheit“ gehandelt, die bisher mit Laimdota Straujuma die Regierungschefin stellt. Dabei war die Partei eigentlich kurz davor, in der Opposition zu landen, meint Kaktins. Viele Wähler hätten der liberal-konservativen „Einheit“ nicht verziehen, dass sie gegen heftigen Bürgerprotest den Euro eingeführt hat. Vor dem Hintergrund der neuen Angst vor Russland könne die Partei aufatmen. „So gesehen ist der Krieg in der Ukraine ein riesiger Gewinn für die „Einheit“, sagt Kaktins. „Die politischen Verhältnisse wurden auf den Kopf gestellt.“ *Birgit Johannsmeier*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Riga.



Ministerpräsidentin Laimdota Straujuma



## Einigung unter Rivalen

**AFGHANISTAN** Kabul ist seit einigen Tagen wieder aufgewacht. Hektisch manövrieren gepanzerte Geländewagen, bewaffneter Begleitschutz drängt sich vor den Toren des Präsidentspalastes. Dort werden jetzt viele Posten neu vergeben.

Es ist die unter massivem politischem Druck der USA erreichte Einigung, die Kabul neues Leben einhaucht. Die angekündigte „nationale Einheitsregierung“ löst die Pattsituation auf, in der sich das Land am Hindukusch seit der Stichwahl ums Präsidentenamt im Juni verheddert hatte. Präsident soll der Paschtune und ehemalige Weltbankmitarbeiter Aschraf Ghani Ahmadzai werden. Sein Gegner, der ehemalige Außenminister und Vertreter der Tadschiken, Abdullah Abdullah, soll „Chief Executive“ werden. Dieser Posten ist laut Gesetz eigentlich nicht vorgesehen, seine Kompetenzen sind unklar. Zudem ist der Wahlprozess so umstritten, dass bislang kein Wahlergebnis bekanntgegeben wurde. Zwar löst der Kompromiss die politische Starre nach der Wahl. Die politische Krise beseitigt er nicht.

US-Präsident Obama und sein Außenminister Kerry, beide Architekten der Einheitsregierung, gratulierten Aschraf Ghani und Abdullah zur Einigung. Washington geht es vor allem um die schnellstmögliche Unterzeichnung des Bilateralen Sicherheitsabkommens (BSA), welches den Verbleib der westlichen Militärs in Afghanistan regelt. Afghanistans scheidender Präsident Hamid Karzai hatte seine Unterschrift konsequent verweigert. Die Unterzeichnung gilt nun nur noch als eine Frage von Tagen, da Ghani und Abdullah stets ihre Unterstützung für das BSA ausgedrückt haben.

Der Chef der EU-Beobachtermission, der Niederländer Thijs Berman, ist hingegen verärgert. Er und sein Team von 410 Wahlbeobachtern hätten „hochgradigen Wahlbetrug entdeckt, eine unakzeptable Respektlosigkeit gegenüber so viele Afghanen“. Laut Berman ist das Ergebnis bis heute unklar. Aschraf Ghani muss nun per Dekret die Kompetenzen des „Chief Executive“, also seines ungeliebten Rivalen festlegen. Eine „Loya Jirga“, ein Rat von Stammesältesten, soll dies später bestätigen.

Das sind eine Menge Sollbruchstellen für die neue Einheitsregierung eines schwachen Staates. Die Taliban haben ihren fortwährenden Widerstand angekündigt. Zwei neue extremistische Netzwerke strukturieren sich, befeuert durch die Erfolge des IS im Nahen Osten, in den Bergen des afgha-



Abdullah (links) und Präsident Ghani

nisch-pakistanischen Grenzgebietes. Die neue afghanische Koalition muss der zu erwartenden Gewalt nun fast allein begegnen, denn die USA halten an ihren Plänen fest, ihre Truppen Ende 2016 abzuziehen. Das Vertrauen der Afghanen in demokratische Prozesse erodiert. Und mit ihm die Nachhaltigkeit des von der internationalen Gemeinschaft betriebenen zivilen Aufbaus.

Cem Sey  
Der Autor ist freier Korrespondent in Kabul.



1,6 Millionen syrische Flüchtlinge leben derzeit in der Türkei. Die Not ist groß, das Land stößt an die Grenzen seiner Kapazitäten.

# Am Rande des Machbaren

**FLÜCHTLINGE** Türkei kann Ansturm kaum bewältigen. Linksfraktion fordert: Grenzen offen lassen

**A**rif wollte nicht abwarten, bis die wohl brutalste Terrorgruppe der Welt in seinem Dorf auftauchte. Zusammen mit seiner Familie ist er aus der Gegend um die syrische Grenzstadt Kobane, die von der Dschihadisten-Gruppe „Islamischer Staat“ (IS) belagert wird, in die Türkei geflohen. Dorf für Dorf habe der IS in den vergangenen Tagen eingenommen, berichtete Arif den Helfern vom UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR auf der türkischen Seite der Grenze. „Jetzt ist dort niemand mehr.“

So wie Arif und seine Familie haben sich in den vergangenen Tagen fast 140.000 Syrer aus der Gegend um Kobane auf den Weg über die Grenze gemacht. Die Türkei bot schon vorher 1,5 Millionen Syrern eine Bleibe und musste jetzt innerhalb einer Woche mehr Neuankömmlinge versorgen, als ganz Europa in den drei Jahren des syrischen Bürgerkrieges an Flüchtlingen aufgenommen hat. „Wir tun, was wir können“, sagt UNHCR-Sprecherin Seline Ünal. „Aber es reicht nicht, die Zahl der Flüchtlinge ist zu groß.“

Im türkischen Landkreis Suruc, der bei Kobane an Syrien angrenzt, werden die Flüchtlinge in eilig errichteten Zelstädten sowie in öffentlichen Gebäuden wie Moscheen, Kulturzentren und Schulen untergebracht. Inzwischen kommen immer neue Flüchtlinge an. Viele sind Frauen und Kinder, die ihre Habseligkeiten in Säcken auf dem Rücken tragen und nach langem

Fußmarsch völlig entkräftet das türkische Gebiet erreichen.

Die dramatische Lage ist möglicherweise nur ein Vorgeschmack auf eine noch viel größere Tragödie, befürchten Beobachter. IS-Kämpfer sollen Kobane inzwischen ganz eingekesselt haben. Nach einigen Berichten harren weitere 400.000 Menschen in Kobane und Umgebung aus. Sollte der IS die Stadt einnehmen, dürften viele von ihnen ebenfalls in die Türkei fliehen.

Wie in Suruc sind die Flüchtlinge in vielen türkischen Gegenden an der syrischen Grenze von der selbst nicht gerade wohlhabenden Bevölkerung sehr offen aufgenommen worden. In der Provinz Mardin finden hunderte aramäische Christen bei der kleinen aramäischen Minderheit Unterschlupf, in den kurdischen Provinzen Sirnak und Batman sind tausende Jesiden aus dem Nordirak untergekommen. In der Provinzhauptstadt Urfa stellen syrische Flüchtlinge bereits ein Drittel der Bevölkerung. Das führt zu Spannungen und Problemen. In einigen Städten hat es zuletzt mehrfach gewalttätige Proteste gegen die Syrer gegeben. Viele Flüchtlinge arbeiten zu Billiglöhnen. Andere treiben mit ihrer Nachfrage nach Wohnraum die Mietpreise in die Höhe. Weil die einheimische Bevölkerung vor allem im Südosten der Türkei teils oft am Rande der Not lebt, liegen die Nerven bei aller Nächstenliebe inzwischen blank.

Heike Hänsel, die entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, hat vor eini-

gen Tagen Flüchtlingslager im Grenzgebiet besucht. Sie erhob am vergangenen Donnerstag in einer von ihrer Fraktion anberaumten Aktuelle Stunde schwere Vorwürfe gegen die türkische Regierung. „Ich konnte mit eigenen Augen sehen, wie das Erdogan-Regime die Grenze zu Syrien für kurdische Flüchtlinge geschlossen hatte.“ Die Dorfbevölkerung auf der türkischen Seite, die habe helfen wollen, sei mit Tränengas beschossen worden. Ihr Eindruck: Es würden bei weitem nicht alle Flüchtlinge über die Grenze gelassen. Dies sei in dieser Situation „schlichtweg kriminell“, urteilte Hänsel. Zugleich warf sie der Tür-

kei vor, eine „Unterstützungspolitik“ für den IS zu betreiben. Es gebe Berichte von Krankenhausaufenthalten von IS-Kämpfern in der Türkei und von Ölgeschäften mit dem IS. Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niels Annen, gab Hänsel Recht, dass zuletzt viel zu häufig Abschnitte der türkischen Grenze offen gewesen seien, die eigentlich hätten geschlossen sein müssen, während andere, die für die humanitäre Hilfe wichtig gewesen seien, hätten geöffnet werden müssen. Dennoch sprach er sich gegen „plakative Vorwürfe“ aus. „Wir brauchen die Türkei als Teil eines regionalen Bündnisses“ gegen den IS, be-

tonte Annen. Es sei daher wichtig, dass sich die Bundesregierung in Dialogen und Zusammenarbeit engagiere.

Bernd Fabritius (CSU) betonte, die Türkei verdiene für die Versorgung der Flüchtlinge „große Anerkennung“. Im Kampf gegen das Elend der Flüchtlinge müsse man die „Wurzel des Übels“ angehen und IS zurückdrängen, betonte er, und gab außerdem zu bedenken: „Jeder Euro Hilfe vor Ort erreicht mehr Menschen als eine Aufnahme der Flüchtlinge in Deutschland.“ Der Schwerpunkt der Flüchtlingshilfe müsse in den Nachbarländern Syriens liegen.

Seit 2011 hat Deutschland 20.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, mehr als andere EU-Länder. Dennoch fordern Grüne und Linke die Erhöhung des Kontingents. Den 20.000 Menschen stünden 1,5 Millionen Flüchtlinge gegenüber, rechnete Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) vor. „Das ist nicht mal ein Tropfen auf dem heißen Stein.“ Es müsse einen angesichts dieser großen Katastrophe beschämten, dass die EU insgesamt ihrer Verantwortung nicht gerecht werde. Roth sprach von einem „Exodus“ und einer „Vertreibung biblischen Ausmaßes“ und forderte eine auf lange Zeit angelegte „humanitäre Offensive“, um das Überleben vieler Menschen zu sichern. Es fehle „buchstäblich an allem“, stellte die Grünen-Abgeordnete klar.

Susanne Güsten ist freie Korrespondentin in der Türkei.



Anzeige

## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.

Mehr Themen.

Mehr Hintergrund.

Mehr Köpfe.

Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



## Duell der starken Frauen

**BRASILIEN** Der Wahlkampf könnte am 5. Oktober mit einer Überraschung für Amtsinhaberin Dilma Rousseff enden

Der brasilianische Wahlkampf schien entschieden zu sein. Präsidentin Dilma Rousseff von der Arbeiterpartei PT würde am 5. Oktober von ihrem konservativen Herausforderer Aécio Neves in den zweiten Wahlgang gezwungen, hätte dort aber keine Probleme, ihn zu bezwingen, prognostizierten die Meinungsforscher.

Doch es kommt womöglich anders. Am 13. August stürzte der Jet von Eduardo Campos ab, dem zweiten erstzunehmenden Herausforderer von Rousseff. Geschock hob die kleine Sozialistische Partei Brasiliens (PSB) Campos' Vizekandidatin Marina Silva aufs Schild – und hat so den Wahlkampf noch einmal spannend gemacht. Laut jüngsten Umfragen würde Rousseff den ersten Wahlgang gewinnen. Im zweiten Wahlgang aber lägen sie und Silva gleichauf – mit Vorteilen für Silva.

Wer ist die Frau, die neue brasilianische Präsidentin werden könnte? Marina Silva, Analphabetin bis zum 16. Lebensjahr, studierte Geschichte, gründete eine Gewerkschaft und kämpfte für den Schutz des Amazonaswaldes. 2003 machte Präsident Lula, dessen Arbeiterpartei Silva angehörte, sie zur Umweltministerin. Fünf Jahre später schied sie im Clinch aus Regierung und Partei aus, weil die PT ihrer Meinung nach ein zerstörerisches Entwicklungsmodell

verfolgte: Masseneexport von Gen-Soja und Eisenerz sowie Megaprojekte ohne Rücksicht auf die Umwelt. Silvas damalige Gegenspielerin: Energie- und Innenministerin Rousseff.

2010 trat Silva mit den brasilianischen Grünen gegen Rousseff an und erhielt fast 20 Millionen Stimmen. Nun punktet die 56-Jährige vor allem bei den urbanen Mittelschichten und bei Wählern, die beabsichtigten, ungültig zu stimmen; sie machen rund ein Viertel aus, in Brasilien

herrscht Wahlpflicht. Für die vielen Brasilianer, die mehr Transparenz sowie signifikante Investitionen in Bildung, Transport, Gesundheit und Sicherheit fordern, hat Silva allerdings nichts Konkretes anzubieten. Auch die notwendige Reform des Steuersystems ist von ihr nicht zu erwarten. Der Spitzensteuersatz liegt in Brasilien bei rund 28 Prozent, die Steuerlast wird von den Armen über die Verbrauchssteuern getragen. Obwohl das System als Haupthindernis bei der Bekämpfung der eklatanten Ungleichheit gilt, spielt es im Wahlkampf keine Rolle.

Das liegt auch daran, dass der Kongress kein Interesse an Reformen hat. In Abgeordnetenhäusern wie Senat sitzen überproportional viele Großgrundbesitzer und Unternehmer. Beide Kammern werden am 5. Oktober neu gewählt – ohne das entscheidende Veränderungen in ihrer chaotischen Zusammensetzung mit Politikern aus etwa 25 Parteien zu erwarten sind. Aus ihnen muss sich die neue Präsidentin eine Koalition zusammenstellen.

Ginge es nach Rousseff, würde der politische Kurs der vergangenen zwölf Jahre fortgeführt. Sie ruft die Wahl zu einem Plebiszit über die Sozialprogramme der PT aus, mit denen laut Regierungsstatistik 35 Millionen Menschen aus der Armut geholt

wurden und in die Mittelschicht aufgestiegen sind. Zwar wird Mittelschicht weit definiert, doch falsch ist die Behauptung nicht. Rousseffs Problem ist die stagnierende Wirtschaft: hohe Inflation und das drohende Platzen der Kredite, mit denen die Mittelschicht bei Laune gehalten wurde. Rousseffs einst stärkster Herausforderer, Aécio Neves von der Sozialdemokratischen Partei (PSDB), konnte aus der Krise nie politisches Kapital schlagen. Seine Chance, gegen die beiden Alpha-Frauen Rousseff und Silva zu punkten, liegt jetzt bei Null. Die Wahl ist übrigens die teuerste der Geschichte Brasiliens. Sie wird umgerechnet rund 25 Milliarden Euro kosten – drei Mal mehr als die Fußball-WM. Die Gelder stammen vor allem von Unternehmen und reichen Privatleuten, die Einfluss nehmen wollen. Zwar wird häufig eine Begrenzung von Parteispenden gefordert. Doch passiert ist bisher: nichts.

Philipp Lichterbeck  
Der Autor ist freier Journalist in Brasilien.



Marina Silva (56) hat gute Chancen, neue Präsidentin zu werden.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**KURZ REZENSiert**

**Markus Decker:**  
**Zweite Heimat.**  
 Westdeutsche im Osten  
 Ch. Links Verlag, Berlin 2014, 240 S., 16,90 €



Wie steht es um die deutsche Einheit ein Vierteljahrhundert nach dem Untergang der DDR? Durchwachsen, bilanziert Markus Decker in seinem Buch „Zweite Heimat“. Der Untertitel des Werkes, „Westdeutsche im Osten“, verrät den Blickwinkel des Autors: Er hat „Wessis“ getroffen, die berichten, wie es ihnen im Osten ergangen ist. Dabei schreibt der Berliner Parlamentskorrespondent mehrerer Zeitungen auch über sich selbst: 1992 verschlug es den Westfalen als Volontär nach Sachsen-Anhalt. Dem Osten ist er treu geblieben; heute lebt er in der Hauptstadt mit einer Frau aus Thüringen. Was dieses Buch so lesenswert macht, sind die offenherzig dargestellten Geschichten der Protagonisten. Da ist der Kabarettist aus dem Rheinland, der der Spießigkeit seiner Heimat entfliehen wollte; der Landarzt, der eine Praxis in Mecklenburg übernahm. Da sind Beamte, die mithalfen, die Verwaltung aufzubauen; Politiker, Rentner, Studenten, die es aus unterschiedlichen Gründen gen Osten zog. In erfrischendem Reportage-Stil schreibt Decker über Erwartungen, erfüllte wie unerfüllte, Begeisterung über das neue Leben, aber auch Enttäuschungen und die Erkenntnis, dass das „Abenteuer Ost“ nicht zwangsläufig glücklich enden muss. Sein Fazit: Es wird noch einmal 25 Jahre dauern, bis der Ost-West-Konflikt überwunden ist. Er schreibt: „Als Westdeutscher im Osten zu leben, das bedeutet nach wie vor, unter besonderer Beobachtung zu stehen und im Zweifel all jene Persönlichkeitsaspekte nicht zeigen zu können, die einem latenten Überheblichkeitsverdacht unterliegen.“ Über die Allgemeingültigkeit dieser These darf gestritten werden. An anderer Stelle ist dem Autor indes zuzustimmen. Die Frage westdeutscher Dominanz in den Ostteilen richtet sich laut Decker vorrangig an die „Ossis“ selbst. „Es wird Zeit, dass die Ostdeutschen ihr Schicksal mehr in die eigenen Hände nehmen.“ Wie gesagt: Die Bilanz der Einheit ist durchwachsen. *jbi*

**Uwe Krüger:**  
**Schadensfall Afghanistan.**  
 Ein Krieg und seine Folgen  
 Bouvier Verlag, Bonn 2014, 328 S., 24,90 €



Finger weg von Afghanistan – das ist die Quintessenz von Uwe Krügers Buch „Schadensfall Afghanistan“. Der Autor zieht aus Anlass des Abzugs der Bundeswehr und der Nato Ende 2014 eine verheerende Bilanz des westlichen Militäreinsatzes unter US-Führung seit 2001 am Hindukusch. Weder das Ziel, den „Terror“ zu besiegen, noch der Versuch einer „Demokratisierung“ des instabilen und archaischen Landes seien erreicht worden. Krüger, langjähriger Politikchef der „Märkischen Oderzeitung“ und als DDR-Journalist in den 1980er Jahren zu Zeiten der sowjetischen Militärsaktionen selbst Beobachter der Verhältnisse in Afghanistan, blickt tief in die Geschichte des Landes zurück, um die Schwierigkeiten ausländischer Intervention dort zu schildern. Ob Mongolen, Perser, Briten, Russen oder Amerikaner, alle Invasoren scheiterten trotz militärischer Überlegenheit an der undurchsichtigen Lage im Land der Afghanen, die als Meister des Guerillakriegs, der Intrigen und Korruption geschildert werden. Vor allem fehlt es in Afghanistan mit seinen vielen rivalisierenden Volksgruppen an starker Zentralgewalt – es bestimmen regionale Warlords, die das Geschäft ihrer Ethnien und Clans betreiben und mit Bakshisch für alles zu haben sind. Der deutschen Regierung wirft der Autor vor, aus schlechtem Gewissen nach den US-Vorwürfen wegen der „Hamburger Terrorzelle“, aus der drei der Todespiloten vom 11. September 2001 stammten, ins „Afghanistan-Abenteuer“ geschlittert zu sein. Was hat der Einsatz Berlin gebracht? Eine professionellere Bundeswehr, aber auch über 50 tote Soldaten, Milliardenkosten und ein schlechteres Image bei den früher so deutschfreundlichen Afghanen. Militärisch wurde am Hindukusch eine neue Kriegsführung mit Kampfdrohnen und Cyberattacken kreiert. Die Zeit nach dem Abzug 2014 malt Krüger in seinem faktenreichen und informativen, teils auch sprunghaften Buch in düsteren Farben. Gegen alle westliche Propaganda von einer „verbesserten Sicherheitslage“ in Afghanistan erwartet er ziemlich dunkle Verhältnisse mit Scharia, Burka und wieder enthemmt agierenden Taliban-Glaubenskriegern, Drogenbaronen und regionalen Potentaten. *kru*



Der Vorsitzende des Kulturausschusses Siegmund Ehrmann (SPD) und seine Stellvertreterin Herlind Gundelach (CDU)

# Europas Vielfalt

## KULTURHAUPTSTADT 2014 Der Kulturausschuss zu Besuch im schwedischen Umea und lettischen Riga

**Das Projekt Europäische Kulturhauptstadt wurde 1983 mit dem Ziel geschaffen, einen Beitrag zur europäischen Identität und Integration zu leisten. Der Kulturausschuss hat Ende August die diesjährigen Kulturhauptstädte Umea in Schweden und die lettische Hauptstadt Riga besucht. Haben die beiden Städte ihre Aufgabe erfüllt?**  
 Herlind Gundelach: Ich würde sagen ja – wenn auch auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Man kann die beiden Städte nicht miteinander vergleichen. Umea ist eine relativ junge Stadt, die im Aufbruch begriffen und sehr wissenschaftsorientiert ist. Riga hingegen ist eine Stadt mit einer sehr langen Geschichte und Traditionen, wie man schon an sanierten historischen Stadtkernen sehen kann. Aber beide Städte haben mit ganz eigenen Modellen die Aufgabe gelöst und auch ihre jeweilige Regionen ins das europäische Bewusstsein gerückt. Kultur ist ja mehr als die Erhaltung

von Kulturgütern, es gehören auch die Bildung und die Wissenschaft dazu. Daran hat man angeknüpft. In Umea konnten wir spüren, dass die Bürger hinter dem Projekt stehen und sich als Teil Europas verstehen. Siegmund Ehrmann: Europa ist ein Kontinent der kulturellen Vielfalt. Umea hat beispielsweise einen Schwerpunkt seines Programms auf die Minderheit der Samen gelegt und sie damit als Teil dieser europäischen Vielfalt präsentiert. Mich hat besonders fasziniert, wie eine Stadt mit knapp 120.000 Einwohnern in einer ländlichen und nahezu entvölkerten Region Nordschweden eine so unglaubliche Ausstrahlungskraft in den Bereichen Kultur und Wissenschaft entwickeln konnte. Die Universität wurde erst 1965 gegründet. Heute hat sie bereits 33.000 Studenten und ist weltweit unter den Austauschstudenten die beliebteste Universität. Gerade in den Bereichen Architektur und Design ist sie sehr profiliert.

**In Umea hat sich der Immobilienunternehmer Christer Olsson, der zu den reichsten Bürgern Schwedens zählt, stark für das Projekt Kulturhauptstadt engagiert – auch finanziell. Ist es eher Fluch oder Segen, wenn die Kultur am Tropf privater Spender hängt?**  
 Ehrmann: In Deutschland spielt der Staat traditionell ja eine sehr wichtige Rolle für die Kultur. Umgekehrt finde ich es lobenswert, wenn sich private Spender mäzenatisch für die Kultur engagieren und so die Allgemeinheit von ihrem unternehmerischen Erfolg profitieren lassen. Würde der Staat allerdings im Umkehrschluss daraus schließen, er könne sich aus seiner Verantwortung für die Kultur zurückziehen, dann lehne ich dies entschieden ab.

**Auch in Riga und Lettland spielt das Thema Minderheiten eine große Rolle. Rund 30 Prozent der Bevölkerung Lettlands sind russischstämmig. Das Verhält-**

**nis zwischen Letten und Russen ist aber schwierig. Hat sich das negativ ausgewirkt?**

Ehrmann: Sicherlich leidet das Verhältnis zwischen Letten und Russen noch unter den offenen Wunden der Geschichte seit den Tagen des Hitler-Stalin-Paktes und den fürchterlichen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts. Das ist uns an verschiedenen Stellen begegnet. Und richtig ist, dass viele der russischstämmigen Letten nicht über die vollen Bürgerrechte verfügen. Wir konnten allerdings nicht feststellen, dass im Programm der Kulturhauptstadt der russischen Kultur nicht ausreichend Platz eingeräumt wurde. Die Ukraine-Krise und die Politik des „Neurusslands“ von Präsident Wladimir Putin hat in Lettland aber Ängste geschürt. Die Letten fragen sich, was das für ihr Land mit einem großen russischstämmigen Bevölkerungsanteil bedeutet. Die lettischen Parlamentarier beklagten, dass die Medienlandschaft Land stark von privaten, russischsprachigen Printmedien und Fernsehsendern geprägt ist. Sie haben die Sorge, dass diese Medien vorwiegend die Propaganda Moskaus transportieren. Dem gegenüber stehe ein nur schwach entwickelter öffentlich-rechtlicher Rundfunk. Wir wurden ausdrücklich darum gebeten, Lettland beim Aufbau einer lettischen Medienlandschaft zu helfen, in der durch unabhängige Medien Meinungspluralität und Objektivität sichergestellt ist.

**Wie kann Deutschland an diesem Punkt konkret helfen?**

Gundelach: Wir haben in Hamburg beispielsweise das Hans-Bredow-Institut für Medienforschung. Dort gibt es Experten, die Regierungen beraten können, wie ein öffentlich-rechtliches Mediensystem aufgebaut werden kann, das einerseits nicht der staatlichen Kontrolle unterworfen ist und andererseits alle gesellschaftlich relevanten Gruppen berücksichtigt und Pluralität gewährleistet. Das haben wir in der Vergangenheit schon in anderen Ländern mit Geldern des Bundes praktiziert. Wir werden darüber reden müssen, ob dies im Fall Lettlands auch ein Weg wäre. Ehrmann: Zudem stehen dem Bund die Möglichkeiten der Deutschen Welle zur Verfügung, die als Auslandssender internationale Aufgaben in diesem Sinn erfüllt und dies in Nordafrika schon getan hat – etwa bei der Ausbildung von Journalisten.

**Haben Sie Erfahrungen und Anregungen in Umea und Riga sammeln können, die in der Zukunft auch für eine deutsche Kulturhauptstadt nützlich wären?**

Gundelach: Man kann das Projekt Kulturhauptstadt nutzen, um einer Stadt, die sich in einer schwierigen Situation befindet, einen regelrechten Push zu geben. Die Schweden haben das vorbildlich gelöst durch die Einbindung ihrer Bürger. Es darf eben kein Vorhaben der Stadtobere sein. Wenn dies gelingt, dann können auch langfristig positive Entwicklungen beispielsweise im Tourismusbereich angestoßen werden. Ehrmann: In Riga habe ich erfahren, dass es einen informellen Kreis jener Menschen gibt, die die Kulturhauptstädte der vergangenen Jahre maßgeblich mitgestaltet haben. Ich rege an, dass diese Treffen in einem offiziellen Rahmen stattfinden, damit die gesammelten Erfahrungen auch von zukünftigen Kulturhauptstädten genutzt werden können und die Qualität insgesamt und dauerhaft zu steigern.

*Das Interview führte Alexander Weinlein.*

*Siegfried Ehrmann (SPD) ist seit 2002 Bundestagsmitglied und leitet den Kulturausschuss seit Beginn dieser Legislatur. Seine Stellvertreterin Herlind Gundelach (CDU) zog 2013 in den Bundestag ein.*

## Sehnsucht nach neuer Menschenkette

**GESCHICHTE** Ausstellung und Podiumsdiskussion zu »Baltischem Weg« vor 25 Jahren

Am 23. August 1989 formierten sich eine Millionen Esten, Letten und Litauer zu einer 600 Kilometer lange Menschenkette, um für die Unabhängigkeit ihrer Staaten zu demonstrieren, die sie mit dem genau 50 Jahre zuvor verabredeten Hitler-Stalin-Pakt verloren hatten. An diesen „Baltischen Weg“ erinnerte der Bundestag am vergangenen Freitag im Paul-Löbe Haus mit einer Podiumsdiskussion und einer Ausstellung, die einen Eindruck von den bewegenden Ereignissen vor 25 Jahren vermittelt. Wie eng das baltische Freiheitsstreben mit Fall der Mauer in Berlin verknüpft ist, machte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in seinen Grußworten deutlich. Der Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa sei durch die parallel stattfindenden Aktivitäten „wechselseitig ermutigt, befördert und befeuert“ worden. Nach diesen revolutionären Ereignissen in Europa sei es bis vor Kurzem nicht vorstellbar gewesen, „dass es in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Gemeinschaft wieder zu demonstrativen Verletzungen des Völkerrechts und zu einem Bruch des Prinzips der territorialen Integrität europäischer Staaten kommen würde“. Wie stark diese gerade errungene Freiheit durch die „bedauerliche Wiederbelebung scheinbar ein für allemal überwundener



Norbert Lammert (Mitte) und der Vorsitzende der deutsch-baltischen Parlamentariergruppe Alois Karl (links) während der Podiumsdiskussion „Baltische Wege“.

Dominanzattitüden“, so Lammert über die neue Rolle Russlands, gefährdet ist, darüber diskutierte der Vorsitzende der deutsch-baltischen Parlamentariergruppe, Alois Karl (CSU), mit Vertretern der jeweiligen parlamentarischen Partnergruppen.

**Kritik am Westen** In Erinnerung an die Menschenkette sagte der estnische Parlamentarier Jaak Aaviksoo, in diesem Augenblick sei ihm klar gewesen, „dass es kein zurück mehr gibt“. Heute allerdings versuche der Krenel die gewachsenen europäischen und transatlantischen Beziehungen auf die Probe zu stellen. Der Vorsitzende

der Litauisch-Deutschen Freundschaftsgruppe, Kestutis Masiulis, versicherte, die Freiheitsbewegung in seinem Land habe zwischen 1939 und 1989 trotz sowjetischer Unterdrückung immer weitergelebt. Er kritisierte den nach seiner Meinung zu schwachen Widerstand der westlichen Welt gegenüber Russland: „Wer sagt Nein, wer sagt Stopp?“. Sein Appell lautete: „Wir brauchen eine neue Menschenkette von Berlin bis Kiew!“ Der lettische Parlamentarier Edvards Smiltens betonte aber, dass sich die baltischen Staaten als EU- und Nato-Mitglieder in einer sichereren Position befänden als die Ukraine. *Tobias Kantzenwein*

## Anerkennung von Berufen

**BILDUNG** Die Bundesregierung zieht eine positive Bilanz aus dem sogenannten Anerkennungsgesetz. Das Gesetz, mit dem im April 2012 ein Rechtsanspruch auf die Überprüfung der Gleichwertigkeit eines ausländischen Berufsabschlusses mit einem deutschen geschaffen wurde, stoße national und international auf große Zustimmung. Dies geht aus einer Unterrichtung der Regierung (18/1000) hervor, die der Bundestag am vergangenen Freitag in erster Lesung zur weiteren Beratung in die Ausschüsse übergab.

Nach Angaben der Regierung wurden laut einer Statistik des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2012 von rund 11.000 Anträgen 7.458 mit der Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses in Deutschland abgeschlossen worden. Die Anträge seien in der Regel innerhalb von drei Monaten entschieden worden. Allein 6.837 der anerkannten ausländischen Berufsabschlüsse sei im Gesundheitswesen zu verzeichnen gewesen, darunter bei 5.121 Ärzten. In dieser Berufsgruppe seien in Deutschland erhebliche Engpässe zu verzeichnen. Dies verdeutliche, dass das Anerkennungsgesetz einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs leistet. Der Trend des Fachkräftemangels werde sich in Zukunft weiter verstärken, im Jahr 2030 werde die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter über sechs Millionen Menschen weniger zählen als noch im Jahr 2010. Rund 20 Prozent der Anträge betrafen nach Regierungsangaben die nicht reglementierten Ausbildungsberufe im dualen System wie zum Beispiel dem kaufmännischen Bereich oder Mechanikern und Elektronikern. *aw*

## Unterstützung für Verlage

**KULTUR** Im Streit zwischen deutschen Buchverlagen und dem Online-Versandhändler Amazon hat sich Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) erneut auf die Seite der Verlage gestellt. Auf der Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates in der vergangenen Woche sagte sie „Politisches Handeln ist insbesondere dort gefragt, wo die Vielfalt unseres kulturellen Angebots unter die Räder zu kommen droht – zum Beispiel, weil Unternehmen wie Amazon ihre Marktmacht ausspielen. Deshalb habe ich mich mit den Autoren solidarisiert, die von Amazon unter Druck gesetzt worden sind. Wir können hier zum Beispiel über kartellrechtähnliche Regeln bei Google, Amazon usw. nachdenken.“ In diesem Sinne äußerte sich Grütters auch vor dem Kulturausschuss des Bundestages. Die Mitglieder des Ausschusses bestärkten Grütters in ihrer Position. Der Streit zwischen Amazon und den Verlagen war entstanden, weil Amazon versucht hatte, größere Rabatte zu erzwingen. Nachdem Amazon gedroht hatte, unter anderem Buchtitel von Empfehlungslisten zu streichen und Auslieferungen zu verzögern, hatten mehr als 1.000 deutschsprachige Autoren einen Protestbrief an die Amazon-Führung geschickt. Grütters kündigte zudem an, im kommenden Jahr einen Preis für unabhängige, inhabergeführte Buchhandlungen zu vergeben. Dafür habe sie eine Million Euro bereitgestellt. Sie baue darauf, dass der Preis vor Ort zur Sensibilisierung der Verbraucher und zu gegebenenfalls zu Veränderungen im Kaufverhalten führe. *aw*

## Befristung aufgehoben

**URheberRECHT** Unis können Werke dauerhaft frei nutzen

Schulen, Universitäten und andere Bildungseinrichtungen sollen ihren Studenten und Schülern urheberrechtlich geschützte Werke zukünftig unbefristet öffentlich zugänglich machen können. Das geht aus einem Gesetzesentwurf (18/2602) der Bundesregierung hervor, der am Donnerstag vergangener Woche im Plenum in erster Lesung debattiert wurde. Eine solche Regelung, die es einem abgegrenzten Personenkreis erlaubt, „kleine Teile eines Werkes, Werke geringen Umfangs sowie einzelne Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften“ für Bildungs- und Forschungszwecke einem abgegrenzten Personenkreis zur Verfügung zu stellen, beispielsweise eingescannt im Intranet der Universität, gibt es bereits seit 2003. Sie war bisher nur zeitlich befristet und wurde mehrmals verlängert, unter anderem auch, um ein Verfahren zwischen den Bundesländern und der Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) vor dem Bundesgerichtshof (BGH) über den Abschluss eines Gesamtvertrages abzuwarten. Nun soll die Regelung entfristet werden. Christian Flisek (SPD) sagte dazu, mit dem Gesetzesentwurf werde die alltägliche Praxis an Universitäten endlich auf dauerhaft, rechtlich gesicherte Füße gestellt. Gleichzeitig bedeute sie aber auch, die Rechte der

Urheber zu stärken und mit denen der Nutzer in Einklang zu bringen. Sein Kollege Ansgar Heveling (CDU/CSU) verwies auf den Prozess vor dem BGH und verteidigte die Entscheidung des Gerichts, eine kostenfreie Zugänglichmachung der Werke erst zu erlauben, falls die Rechteinhaber kein angemessenes Lizenzangebot abgegeben haben. Im kommenden Jahr wolle die Koalition den „Flickenteppich bisheriger Regeln im Urheberrecht“ angehen. Dass genau das erst 2015 geschehen soll, kritisierte die Opposition. Renate Künast sagte für die Grünen, die Entfristung sei zwar durchaus richtig, aber die Bundesregierung solle nicht nur einen solchen „minimalistischen Gesetzesentwurf“ verabschieden, sondern eine große Reform des Urheberrechts im digitalen Zeitalter. Halinka Wawzyniak (Die Linke) wies darauf hin, dass es durchaus verschiedene Vorschläge für ein funktionierendes digitales Urheberrecht gebe, doch die Koalition nehme diese nicht auf. *jbb*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**AUFGEKEHRT**

**Zaubern gegen Sexismus**

Als Hermine Jean Granger hat sie sich in die Herzen von Millionen Kindern, Jugendlichen und, seien wir ehrlich, Erwachsenen gespielt: Die britische Schauspielerin Emma Watson verkörperte die strebsame Zauberschülerin in der Verfilmung der erfolgreichen Buchreihe „Harry Potter“ von Joanne K. Rowling. Gemeinsam mit Titelheld Harry Potter und Ron Weasley bestand Hermine zahlreiche Abenteuer – und besiegte letztlich den bösen Vol... also jenen Zauberer, dessen Name bekanntermaßen besser ungenannt bleibt.

Die inzwischen 24-jährige Watson hat sich neuen Herausforderungen zugewandt. Sie ist UN-Sonderbotschafterin für Gleichberechtigung, eine schwierige Aufgabe von fast epischen Dimensionen. Ob Zugang zu Bildung oder das Recht am eigenen Körper, immer noch werden Frauen weltweit vielfältig benachteiligt. Da wünscht man der stolzen Feministin Watson schon fast die Fähigkeiten ihres Alter Egos Hermine. Wie viel schneller wäre die Welt mit einem Zauberspruch à la „Sexistische-Zustände-beende'kus“ oder „Reaktionäre-Mitmenschen-reflektiert-doch-mal'iamo“ verbessert? Doch die patriarchalen Zustände scheinen resistent gegenüber der Zauberei. Watson verfolgt ohnehin eine wenig magische, wenn auch vermutlich effektivere Strategie. Jüngst stellte sie die Initiative „He for She“ vor. Die Idee ist denkbar einfach: Es geht nur gemeinsam. Männer sollen ihren Teil dazu beitragen, der Diskriminierung von Frauen ein Ende zu bereiten. Nicht nur der Solidarität wegen, sondern weil auch sie unter festgepressten Rollenmustern leiden. Keine Zauberei, trotzdem irgendwie fantastisch. In diesem Sinne: Avada Kedavra, Sexismus. *Sören Christian Reimer*

**VOR 25 JAHREN...**

**Genschers Balkonauftritt**

**30.9.1989: Ausreise für DDR-Flüchtlinge** „Möglich geworden ist.“ So lauten die letzten drei Worte eines historischen Satzes, die quasi nie gehört wurden. Sie gingen im Jubel von rund 4.000 DDR-Flüchtlingen unter, die sich am 30. September 1989 auf dem Gelände der deutschen Botschaft in Prag aufhielten. Immer wieder überwand DDR-Bürger den Zaun, um so



**Hans-Dietrich Genscher (FDP) auf dem Balkon der Prager Botschaft 2009**

in den Westen zu fliehen. In diesem Sommer erreichte der Andrang ein nicht gekanntes Ausmaß: „Der im August 1989 plötzlich einsetzende Ansturm auf die Botschaft war nicht nur von der Dimension her ein Novum“, so der damalige Botschafter Hermann Huber, „sondern stellte auch qualitativ eine völlig neue Situation dar.“ In New York verhandelte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) mit seinem sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnadse über eine Lösung. Die DDR bestand auf einer vorübergehenden Rückkehr ihrer Bürger, doch Genscher konnte überzeugen. So ließ sich Ost-Berlin auf den Kompromiss ein, dass die Flüchtlinge mit einem Sonderzug über Dresden nach Hof und damit in die Bundesrepublik einreisen. Über den Durchbruch wollte Genscher die in Prag wartenden Journalisten nicht informieren. „Ich möchte zunächst mit den Deutschen aus der DDR sprechen können, die sich in der Botschaft befinden“, sagte er bei seiner Ankunft. Um 18.58 Uhr betrat er den Balkon und verkündete: „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise...“ Der Rest ging im Jubel unter. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: AUSSTELLUNG »OPERATION HEIMKEHR«**



Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) lässt sich die Ausstellung von den Macherinnen, Fotokünstlerin Sabine Würich (links) und Journalistin Ulrike Scheffer, zeigen.

**Zurück aus dem Kriegsgebiet**

„Meine damalige Frau und mein Sohn wollen heute nichts mehr mit mir zu tun haben.“ Der Satz stammt aus dem Bericht eines Stabsunteroffiziers, der im Kosovo und in Afghanistan diente. Nach der Rückkehr aus dem Einsatz war seine Welt eine andere. Im Alltag fing er an, gewalttätig zu werden – gegenüber Fremden, aber auch gegenüber seiner Familie. Bei dem Soldaten wurde eine posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert. Der Fall des Stabsunteroffiziers ist einer von vielen, die in der Ausstellung „Operation Heimkehr“ präsentiert werden. Die Macherinnen, die Journalistin Ulrike Scheffer und die Fotokünstlerin Sabine Würich, haben für die Ausstellung und ein gleichnamiges Buch insgesamt 74 Soldaten und Soldatinnen porträtiert – in Bild und Wort. Im Paul-Löbe-Haus des Bundestags ist davon eine Auswahl in schlichten, weißen Kästen zu sehen. Den in Schwarz-Weiß gehaltenen Fotografien wird eine Kurzbiographie und ein Ausschnitt aus dem Interview beigelegt. So indi-

viduell wie die Gesichter der Porträtierten sind auch ihre Geschichten. Einige der Soldaten berichten von schlimmsten Erfahrungen: Die eigene Verwundung und deren Folgen, der Verlust von Kameraden, die Sinnsuche nach der Rückkehr. Andere Beiträge konzentrieren sich weniger auf direkte psychische und physische Folgen, sondern stellen die Frage nach der Anerkennung des Soldatentums in Deutschland. Da die Bundeswehr eine Parlamentsarmee ist, trage der Deutsche Bundestag eine „besondere Verantwortung“ für die Soldaten – auch nach ihrem Einsatz im Ausland, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) bei der Eröffnung. Die Ausstellung, die sich Lammert persönlich von Scheffer und Würich zeigen ließ, sei sehr bedeutsam. „Sie macht aufmerksam auf die Wirkungen, die Einsätze der Bundeswehr auf Soldaten haben“, hob Lammert hervor. Es sei wichtig, dafür ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen: „Viele Soldaten und Soldatinnen empfinden,

dass es niemanden interessiert, wie ihre „Operation Heimkehr“ abläuft.“ Hans-Peter Bartels (SPD), Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, sagte, dass die Auswirkungen der Einsätze bislang zu wenig Aufmerksamkeit bekommen hätten. „Die Ausstellung macht sichtbar, dass nicht die Bundeswehr, sondern Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr in Einsätze gehen.“ Auch der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus (FDP), lobte die Ausstellung und ihre Intention. Er erinnerte allerdings auch an die Gefallenen, die aus dem Einsatz eben nicht mehr zurückkehren. „Das ist die schlimmste Form der Heimkehr“, sagte Königshaus. Im Bundestag gastiert die Ausstellung „Operation Heimkehr“ bis zum 17. Oktober. Informationen zur Anmeldung und zu den Öffnungszeiten auf der Webseite des Deutschen Bundestages unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de). *Sören Christian Reimer*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 38-39 vom 19.9.2014, „Vom Burgfrieden zum Umsturz“ auf Seite 9:** Der Autor skizziert sehr zutreffend die militaristischen Denkweisen der deutschen Eliten im Ersten Weltkrieg. In der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit vom 19.7.1917 sieht er den Beginn einer Abkehr von solchen Denkweisen, verweist aber auch auf die immer noch wirksame Selbstblockade der in ihrer „Burgfriedens“-Politik von 1914 gefangenen SPD-Führung. Um so mehr erstaunt mich Verführts abschließende Bewertung, „ohne die vorherige zähe Diskussionsprozedur im Reichstag (...) wäre wohl das umstürzlerische Potenzial im November 1918 weit brutaler und destruktiver durchgebrochen“ – eine suggestive Formulierung im Konjunktiv Irrealis. Seit wann haben konjunkturelle Aussagen historische Beweiskraft? Beweiskraft hat ganz anderes, haben vor allem Zehntausende von Toten, die Ende 1918 und in den Anfangsjahren der „Weimarer“ Republik Opfer eines ganz unparlamentarischen, aber von den einstigen Parteien der parlamentarischen Friedensresolution gestützten Bündnisses wurden, des Paktes zwischen Ebert und der Militärführung (10. 11. 1918). Überall, wo sich – in Berlin, Hamburg, Bremen, München, den Ruhrstädten, Mitteldeutschland und anderswo – linker Widerstand gegen die Konservierung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse regte, bekam und behielt das Militär Befehl und Erlaubnis zum gewaltsamen Eingreifen. *Jürgen Kasiske, Hamburg*

len vor 75 Jahren. Ich hoffe nur, dass sie auch bei den Kultusministerien der Länder gelesen und an die Lehrkräfte weitergegeben werden, damit auch unsere Jugend informiert wird! *Manfred G. Hackauf, Janowo, Polen*

**Zur Ausgabe 35-37 vom 25.8.2014, „Vorerst kein Bohren nach Gas“ auf Seite 7:** Amerika ist ein Flächenland. Auf dem Land haben die Menschen mit den Problemen des Frackings zu leben oder ziehen fort, weil es nicht mehr möglich ist. Brunnen sind mit Frackingwasser verseucht, aus den Wasserhähnen strömt Gas und kann sich entzünden. Beim Bohren neuer Brunnen kommt ihnen nach zwei Metern auch Gas

entgegen. Farmer kaufen sich große Wassertanks, mit denen sie sich aus Gegenden mit sauberem Wasser Trinkwasser holen und kaufen müssen. Die Frackinggebiete erstrecken sich über das ganze Land. Sie knabbern damit an Lebensgrundlagen. Der Bundesstaat New York hat Fracking wegen Gefährdung des Trinkwassers verboten. *Horst Steinkamp, Wuppertal*

**Zur Ausgabe 38/39 vom 15.9.2014, „Wohin mit dem Atommüll?“ auf Seite 10:** Dass Deutschland 40 Jahre lang diskutiert, was mit dem bislang angefallenen und oberflächlich lagernden Atommüll geschehen soll, ist bald nicht mehr nachzuvoll-

ziehen. Zu Lasten der Steuerzahler werden Ideologien verteidigt, die uns allen schaden. Ob es um Schacht Konrad oder die Asse geht, alles wird infrage gestellt. Das hat bislang Milliarden gekostet. Energieminister Sigmar Gabriel, der sich seit 20 Jahren mit dem Problem beschäftigt, sollte sich nicht scheuen, für Deutschlands Atommüll auch mal Alternativen zu suchen. Es ist keine Zeit zu verlieren. *Wolfgang Haars, Salzgitter*

**Zur Ausgabe 35-37 vom 25.8.2014, Themenausgabe „Energiewende“:** Bei der Ausgabe zur Energiewende habe ich mehr Artikel zum Thema Energiesparen vermisst. Ich denke, dass die Energieeinsparung das wichtigste Thema diesbezüglich ist und unglückliche Ressourcen bietet. Dabei meine ich zum einen die technischen Möglichkeiten, die sich derzeit bieten, um alle Geräte, Fahrzeuge etc. effizienter zu machen. Ich meine aber auch die Idee des Verzichtes, die sich in unserer Gesellschaft allmählich manifestieren sollte – als notwendigen Gegenpol zum rauschhaften Konsumieren. *Mechthild Kaufmann, per E-Mail*

**SEITENBLICKE**



**Zur Ausgabe 33-34 vom 11.8.2014, Themenausgabe „Überfall auf Polen vor 75 Jahren“:** Herzlichen Dank für die aufschlussreichen Artikel über den Überfall auf Po-

**PERSONALIA**

**>Carl-Christoph Schweitzer**  
**Bundestagsabgeordneter 1972-1976, 1980, SPD**  
Am 3. Oktober vollendet Carl-Christoph Schweitzer sein 90. Lebensjahr. Der promovierte Politikwissenschaftler und Bonner Universitätsprofessor trat 1957 der SPD bei und gehörte von 1970 bis 1972 dem Bezirksvorstand Rheinland-Hessen-Nassau an. Schweitzer, Autor zahlreicher Werke über das parlamentarische Regierungssystem nach 1945 und zur internationalen Politik, arbeitete im Bundestag im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft mit. Von 1989 bis 2005 stand er an der Spitze der von ihm 1957 ins Leben gerufenen „Aktion Gemeinsinn“.

**>Arne Börnsen**  
**Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1987-1998, SPD**  
Arne Börnsen wird am 5. Oktober 70 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Ritterhude im Kreis Osterholz trat 1969 der SPD bei, stand von 1988 bis 1991 an der Spitze des Bezirks Nord-Niedersachsen und gehörte von 1982 bis 1992 auch dem niedersächsischen Landesvorstand seiner Partei an. Von 1976 bis 1981 amtierte Börnsen als stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Ritterhude und gehörte von 1976 bis 1997 dem Kreistag Osterholz an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Verden und langjährige Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Post und Telekommunikation engagierte sich im Bundestag vorwiegend im gleichnamigen Ausschuss, dessen Vorsitz er von 1994 bis 1998 inne hatte.

**>Peter Säckl**  
**Bundestagsabgeordneter 1969-1972, SPD**  
Peter Säckl begeht am 8. Oktober seinen 75. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur und Architekt wurde 1963 Mitglied der SPD, war von 1964 bis 1993 Stadtverordneter und zugleich Fraktionsvorsitzender in Vellmar/Kreis Kassel und gehörte von 1968 bis 1993 dem Kreistag Kassel an. Säckl, der im November 1969 für den Abgeordneten Kurt Gscheidle in den Bundestag nachrückte, gehörte dem Haushaltsausschuss an.

**>Reinhold Hemker**  
**Bundestagsabgeordneter 1994-2009, SPD**  
Am 8. Oktober wird Reinhold Hemker 70 Jahre alt. Der promovierte Gymnasiallehrer und protestantische Pfarrer trat 1967 der SPD bei, war von 1975 bis 1983 Kreisabgeordneter in Borken und von 1985 bis 1994 Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Der Direktkandidat des Wahlkreises Steinfurt II engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Sportausschuss sowie Gesundheitsausschuss. Nach dem Ende der parlamentarischen Laufbahn setzt Hemker sein zuvor schon vielfältiges Engagement in zahlreichen Eine-Welt-Initiativen fort.

**>Dorothee Wilms**  
**Bundestagsabgeordnete 1976-1994, CDU**  
Am 11. Oktober vollendet Dorothee Wilms ihr 85. Lebensjahr. Die promovierte Volkswirtin schloss sich 1961 der CDU an und gehörte von 1968 bis 1973 dem Stadtrat in Grevenbroich an. Von 1972 bis 1984 stand sie an der Spitze der CDU-Frauenvereinigung im Rheinland und amtierte von 1974 bis 1976 als stellvertretende Bundesgeschäftsführerin ihrer Partei. Das Amt der Parlamentarischen Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte Wilms von 1980 bis 1982 inne. Bundeskanzler Helmut Kohl berief sie 1982 zur Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft. Das Amt behielt sie bis 1987. Danach übernahm sie bis 1991 das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Von 1992 bis 2012 amtierte Wilms als Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhönndorf. *bmh*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**  
Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 13. Oktober.

**BUNDESTAG LIVE**  
**Topthemen vom 6. – 10.10.2014**  
Bafög (Do)  
Stand der deutschen Einheit (Fr)  
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr  
Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU/CSU, Bundesminister der Finanzen:

## Wir ziehen die Lehren aus der Finanz- und Bankenkrise



Wolfgang Schäuble (\*1942)  
Bundesminister

Mit den vorliegenden vier Gesetzentwürfen schaffen wir wichtige Bausteine zum Aufbau der europäischen Bankenunion. Mit dieser Bankenunion ziehen wir die Lehre aus der Finanz- und Bankenkrise; denn die Finanz- und Bankenkrise hat uns mit ihrer unglaublichen Dynamik ja gezeigt, dass die Banken heute – jedenfalls alle großen, die global bzw. grenzüberschreitend tätig sind – mit einer nationalen Aufsicht nicht mehr hinreichend zu beaufsichtigen sind. Wir brauchen eine grenzüberschreitende Bankenaufsicht. Deswegen ist es richtig, dass wir mit der europäischen Bankenunion eine europäische Bankenaufsicht für die großen, systemrelevanten Banken schaffen.

Der zweite Grund für diese Bankenunion ist, dass es notwendig ist, das Risiko auf dem Gebiet des Finanzsektors von der Reduzierung der Staatsverschuldung zu trennen. Diese Verbindung hat sich ja in den zurückliegenden Jahren der Euro-Krise als ein besonders erschwerendes Element bei der Überwindung der Krise und der Rückgewinnung des Vertrauens in unsere europäische Währung erwiesen.

Für diese Bankenunion konnten wir bei den gegebenen europäischen Verträgen die Aufsicht nur bei der Europäischen Zentralbank schaffen. Anderenfalls hätten wir

eine neue europäische Institution schaffen müssen. Dafür braucht man eine Vertragsänderung; dafür braucht man einstimmige Entscheidungen. Das war nicht möglich. Deswegen ist die Rechtsgrundlage nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union - Artikel 127 Absatz 6, wonach durch einstimmigen Beschluss im Zusammenhang mit der Bankenaufsicht Aufgaben auf die EZB übertragen werden können.

Ich erwähne das deswegen, weil es nicht ganz unproblematisch ist, geldpolitische Verantwortung und Bankenaufsicht in ein und derselben Institution anzusiedeln. Es ist ganz wichtig, dass beim Aufbau der Bankenaufsicht innerhalb oder bei der EZB die Trennung zwischen beiden Verantwortungsbereichen so strikt wie möglich durchgeführt wird, um jeden Interessenkonflikt zu vermeiden, ja, um auch den Anschein von möglichen Interessenkonflikten zu vermeiden. Ich füge die Bemerkung hinzu: Auch vor diesem Hintergrund bin ich über die derzeit von der EZB begonnene Debatte über den etwaigen Ankauf von Verbriefungsprodukten nicht besonders glücklich; genau dies könnte diese Diskussion bestärken.

Ich finde, man sollte das vorsichtig bedenken. In der europäischen Bankenaufsicht, mit deren Vorbereitung die EZB beschäftigt ist – am 4. November 2014 soll diese Bankenaufsicht ihre Arbeit aufnehmen –, werden etwa 120 europäische Banken und Bankengruppen – die systemrelevanten; von jedem Mitgliedsland mindestens eine – der europäischen Bankenaufsicht unterstellt. Sie umfassen etwa 85 Prozent der gesamten -Bilanzsumme aller europäischen Finanzinstitute, sodass der Großteil der europäischen Banken der europäischen Bankenaufsicht untersteht. Es sind auch rund 20 Banken und

Bankengruppen aus Deutschland dabei.

Die kleineren Institute – das sind in insgesamt gegenwärtig mehrere Tausend; davon stammt ein großer Teil aus Deutschland – unterliegen weiterhin der nationalen Aufsicht. Auch das ist wichtig zu betonen. Die grenzüberschreitenden, systemrelevanten Institute werden der europäischen Bankenaufsicht unterstellt. Wie gesagt, die kleineren Institute unterstehen weiterhin der nationalen Aufsicht. Im Übrigen führt die Übertragung der nationalen Aufsichtsaufgaben auf die Europäische Zentralbank auch zu neuen Berichtspflichten der EZB gegenüber Rat, Europäischem Parlament und auch nationalen Parlamenten, soweit es die jeweiligen Banken anbetrifft. Auch das ist wichtig.

Die Europäische Zentralbank führt derzeit die notwendigen Vorbereitungen durch mit der Prüfung der Bilanzen aller zu übernehmenden Banken und mit den entsprechenden Stresstests, die sicherstellen sollen, dass die Banken, die von der europäischen Bankenaufsicht übernommen werden, genügend Kapital haben. Wir haben die Antragsfrist für den Soffin bis zum 31. Dezember kommenden Jahres verlängert, damit wir, wenn deutsche Banken im Zusammenhang mit dem Stresstest Probleme haben sollten – derzeit zeichnet sich das nicht ab –, notfalls in der Lage wären, die entsprechenden Mittel, um handeln zu können, zur Verfügung zu haben.

Das Entscheidende beim BRRD-Umsetzungsgesetz, also bei der Umsetzung der europäischen Richtlinie, die die Abwicklung und die Sanierung von Kreditinstituten in Europa vorsieht – das ist übrigens eine Richtlinie, die in ganz Europa gilt, weil sie eine Frage des gemeinsamen Binnenmarkts, also des europäischen Rechts ist –, ist, dass in Zukunft im Sanierungs- oder Abwicklungsfall mindestens 8 Prozent von Eigentümern und Gläubigern getragen werden müssen. Das ist die in der EU-Restrukturierungsrichtlinie vorgesehene Mindestvorschrift für

ein Bail-in, die umgesetzt werden muss. Wir schaffen auch für den Abwicklungsmechanismus, den sogenannten SRM, in der Euro-Zone eine entsprechende Vorschrift.

Nach diesen 8 Prozent der Bilanzsumme, die zunächst von Eigentümern und Gläubigern, den Anlegern der Banken, getragen werden müssen, müssen in der Euro-Zone dann die Banken selber, also die Banken, die der europäischen Bankenaufsicht unterstellt werden, im Rahmen eines Bankfonds Vorsorge treffen, damit im Falle eines weiteren Finanzierungsbedarfs die Finanzindustrie selbst dafür aufkommen kann und eben nicht mehr, wie in der Finanzkrise, der Steuerzahler. Der Sinn des Ganzen ist, dass nicht mehr die Steuerzahler das Risiko tragen, sondern die Banken selber: zunächst die Eigentümer und Anleger und darüber hinaus die Banken selber.

Dieser europäische Bankfonds, dessen Einrichtung wir ebenfalls in den Gesetzentwurf aufgenommen haben, soll innerhalb von acht Jahren auf eine Summe von etwa 1 Prozent der gesicherten Einlagen des europäischen Bankensystems – das sind 55 Milliarden Euro – aufgefüllt werden. Die Banken müssen dazu entsprechende Beiträge zahlen.

Die Beiträge werden durch nationale Gesetze beschlossen. Das ist deswegen wichtig, weil wir keine Rechtsgrundlage für eine europäische Bankenabgabe haben. Deswegen müssen nationale Gesetze nach einheitlichem Maßstab erlassen werden. Die Einzelheiten, wie die Beiträge genau ausgestaltet werden, liegen noch nicht fest. Aber es ist nach den Vorschlägen der Kommission jetzt schon klar, dass die kleineren Institute weniger bezahlen müssen und dass der Hauptanteil der Bankenabgabe von den großen, risikorelevanten Instituten – so entspricht es auch dem Sinn der Regelung – getragen werden muss. Das ist der entscheidende Punkt.

Wir haben übrigens auch sichergestellt, dass die Institutssicherung der Bankengruppen, der Sparkassen, Raiffeisenbanken und der Kreditgenossenschaften als Institutssicherungen anerkannt wer-

den, so wie wir auch in der Einlagensicherungsrichtlinie, die wir im nächsten Jahr beraten und beschließen müssen – sie ist nicht Bestandteil dieses Pakets –, gewährleisten werden, dass die Einlagensicherung nicht vergemeinschaftet wird. Es bleibt bei dem Einlagensicherungssystem. Die Einlagensicherungssysteme unserer Banken- und Sparkassengruppen bleiben anerkannt. Sie müssen allerdings noch leistungsfähiger werden, damit sie im Notfall in der Lage sind, die Anforderungen zu erfüllen. Diese Bemerkung füge ich im Hinblick auf aktuelle Sorgen hinzu.

Die Bankenabgabe, die in diesen europäischen Fonds aufgrund nationaler Gesetze einbezahlt wird, wird schrittweise vergemeinschaftet. Bis die Bankenabgabe innerhalb von acht Jahren voll einbezahlt ist, haften die Mitgliedsstaaten, die die Gesetze machen und die Gesetze vollziehen müssen, dafür, dass die Banken die Abgabe zahlen. Das ist entscheidend. Wir haben auf europäischer Ebene keine Möglichkeit, die Zahlung dieser Abgabe durchzusetzen. Deswegen müssen die nationalen Gesetzgeber und die nationalen Regierungen in der Verantwortung bleiben, dass diese Regelung nicht nur beschlossen, sondern auch angewendet wird. Das ist in Europa immer ein großes Problem.

Bis zur vollen Einzahlung der Beiträge haften also die Mitgliedsstaaten.

Erst wenn die Beiträge voll einbezahlt sind, gibt es auch die Möglichkeit der direkten Bankenrekapitalisierung aus dem europäischen Rettungssystem. Diese direkte Bankenrekapitalisierung

**Ich sage ausdrücklich:  
Die direkte  
Bankenrekapitalisierung ist  
nachrangig.**

Fortsetzung auf nächster Seite

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

aus dem europäischen Rettungssystem bleibt allerdings nachrangig. Es ist in jedem Fall so: Zunächst müssen die Eigentümer und Gläubiger die 8 Prozent der Bilanzsumme der Bank zahlen. Danach springt die Finanzindustrie selbst zur Bankensicherung ein, und dann gibt es noch die Möglichkeit – Voraussetzung dafür ist aber, dass der Mitgliedstaat einen Antrag stellt –, dass mit dem Mitgliedstaat die entsprechenden Bedingungen, die Konditionalität, vereinbart wird. Es gibt keine Mittel aus dem europäischen Rettungsschirm ohne einen Antrag des Mitgliedstaates und ohne eine mit dem Mitgliedstaat zu vereinbarende Konditionalität. Das ist das entscheidende Element, der Grund, warum der europäische Rettungsschirm so erfolgreich gewesen ist.

Wir haben durchgesetzt, dass das auch bei der direkten Bankenrekapitalisierung gilt, die im Übrigen nur dann infrage kommt, wenn ein Mitgliedstaat zur indi-

rekten Bankenrekapitalisierung nicht in der Lage ist. Ich sage ausdrücklich: Die direkte Bankenrekapitalisierung ist nachrangig. Diese Haftungskaskade haben wir sichergestellt.

Das Entscheidende bei allen europäischen Regulierungen ist: Wir müssen auf all das achten, solange unsere gemeinsame Währung auf einer Währungsunion beruht, die eben nicht ihre Entsprechung in einer Finanz- und Wirtschaftsunion bzw. in einer politischen Union hat. Es ist das Grundprinzip der Konstruktion der europäischen Währung, dass die Währung vergemeinschaftet ist und wir eine gemeinsame Geldpolitik haben, weswegen sich die Mitgliedstaaten an die Verabredungen für die Finanz- und Wirtschaftspolitik halten sollten. Das ist vielfach Gegenstand aktueller Diskussionen. Würden sich alle an das, was vereinbart worden ist, halten, hätten wir weniger Probleme in Europa. Auch das muss man gelegentlich sagen.

Weil dies so ist, müssen wir Fehlanreize in Europa vermeiden. Deswegen muss klar sein: Es wird niemand – ich sage das auch im Hinblick auf eine aktuelle Debatte in einem anderen Zusammenhang – eine Chance haben, ohne die Vereinbarung von Anpassungsprogrammen in den Mitgliedstaaten, die sogenannte Konditionalität, auf Mittel des europäischen Rettungsschirms Zugriff zu bekommen. Die 80 Milliarden Euro, die wir in den europäischen Rettungsschirm einbezahlt haben, sind keine Verfügungsmasse für alle möglichen kreativen Ideen an neuen Finanzierungsinstrumenten, sondern sie sind eine Vorsorge dafür, dass die europäische Währung stabil bleibt und das Vertrauen der Finanzmärkte behält. Das haben wir erfolgreich eingeführt. Der Grund für die Einführung dieses Rettungssystems war eigentlich, dass man es hat, ohne es zu brauchen. Genau das ist der Sinn eines Sicherungssystems: dass es nicht immer gebraucht wird. Des-

wegen stehen diese 80 Milliarden Euro auch nicht für alle möglichen kreativen Gestaltungsideen in Europa zur Verfügung.

Damit komme ich zu meiner letzten Bemerkung. Wir haben, obwohl die Konstruktion der europäischen Währung kompliziert ist und viele am Anfang gezweifelt haben, ob sie überhaupt funktioniert – die Debatte über die Frage „Kann eine Geldpolitik mit unterschiedlichen Finanz- und Wirtschaftspolitiken klappen?“ haben viele Ökonomen über Jahrzehnte geführt –, die Vertrauenskrise gut überwunden, weil wir ganz konsequent an dem Grundsatz „Hilfe und Solidarität gegen Hilfe zur Selbsthilfe“ festgehalten haben. Es geht immer um Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Geschichte der fünf Länder, die Rettungsprogramme bekom-

men haben, ist eine Erfolgsgeschichte. Sie alle haben die strukturellen Reformen umgesetzt und sind auf dem richtigen Weg. Diejenigen, die heute -Probleme haben, können aus dieser Erfolgsgeschichte lernen. Es führt kein Weg daran vorbei, dass jedes Mitgliedsland seine eigenen Reformen und Strukturanpassungen durchführt. Dann werden wir alle gemeinsam in Europa Erfolg haben.

Die Bankenunion, die wir mit diesen vier Gesetzen schaffen, ist ein wichtiger Schritt, um in einer Zeit voller Ungewissheiten Europa noch ein Stück stabiler und handlungsfähiger zu machen. Deswegen bitte ich Sie um sorgfältige Beratung und am Ende um Zustimmung zu diesen Gesetzentwürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Genau das ist der Sinn eines Sicherungssystems: dass es nicht immer gebraucht wird.**

Dr. Sahra Wagenknecht, DIE LINKE:

## Das Gegenteil dessen, was versprochen wurde



Sahra Wagenknecht (\*1969)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Wenn man sich vergegenwärtigt, was Mitglieder der Bundesregierung seit 2008 erzählen und was heute zur Beratung vorgelegt wurde, dann muss man sich nicht wundern, dass immer mehr Menschen jeden Glauben an die Demokratie verloren haben.

Herr Schäuble, Sie und die Bundesregierung haben versprochen, dass Steuerzahler nie wieder für waghalsige Geschäfte der Bankster bluten müssen. Sie haben versprochen, dass auch für Banken irgendwann das gelten soll, was für jeden kleinen Handwerkerbetrieb eine Selbstverständlichkeit ist: dass man für Risiken, die man eingeht, selber haften muss. Sie haben hoch und heilig versprochen, dass es kein Geld aus den Mitteln des europäischen Ret-

tungsschirms ESM direkt für die Banken geben wird, für den der deutsche Steuerzahler mit immerhin 200 Milliarden Euro geradesteht. Das ist etwa das 15-Fache dessen, was der Bund jährlich für Bildung und Forschung ausgibt.

Herr Schäuble, entweder haben Sie bewusst gelogen, um die Menschen zu täuschen, oder Sie haben Versprechungen gemacht, die Sie nicht einhalten konnten. Auf jeden Fall beraten wir heute Gesetzentwürfe, die das -exakte Gegenteil dessen enthalten, was Sie den Menschen versprochen haben.

Der Steuerzahler soll weiter bluten, und in Zukunft soll auch noch der europäische Rettungsschirm ESM direkt von den Banken angezapft werden können. Denn genau das ist doch der eigentliche Sinn dieser ganzen Bankenunion: dass die Banker künftig auch dann -ihren finanziellen Giftmüll auf den Schultern der Allgemeinheit abladen können, wenn die Kapazitäten des jeweiligen Nationalstaates überfordert wären.

Das heißt, künftig haftet der Spanier nicht nur für den Irrsinn der spanischen Banken und der Deutsche nicht nur für den Irrsinn

von Hypo Real Estate, Commerzbank und Co, sondern alle europäischen Steuerzahler haften gemeinsam für den Irrsinn der europäischen Finanzmafia. Das ist ein großartiger Fortschritt. Dazu kann man der Großbankerlobby nur gratulieren. Ganz nebenbei sollen zusätzlich über den Abwicklungsfonds, den von Ihnen erwähnten Bankenfonds, Banken mit einem soliden Geschäftsmodell wie unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken Mittel zur Deckung der Verluste der Unsoliden bereitstellen. Das ist ein Konstrukt, das die Linke ablehnt. Deswegen werden wir dagegen stimmen.

**Offenbar ist das die schöne neue Welt der markt-konformen Demokratie.**

Es kommt noch schlimmer: In Zukunft soll der Bundestag noch nicht einmal mehr befasst werden, wenn deutsches Steuergeld fließt; denn nach Ihrem Gesetz werden dann nur noch ein paar Mitglieder des Haushaltsausschusses informiert, die auch noch zu strikter Geheimhaltung verpflichtet sind. Das heißt, hier im Bundestag können Sie weiterhin von schwarzen Nullen und Schuldenbremsen fabulieren, während über die Bankenhilfen des ESM die Milliarden verbrannt werden, die wir hier für

Infrastruktur, für Gesundheit, für Rente und für soziale Ausgaben brauchen würden. Offenbar ist das die schöne neue Welt der markt-konformen Demokratie, von der Frau Merkel träumt. Die SPD gibt wie immer ihre Stimme dazu.

Hören Sie endlich auf, die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen! Sie reden von Eigentümer- und Gläubigerbeteiligung. Sie suggerieren, die Banken würden jetzt so richtig hart angefasst. Sie haben es selber erwähnt: Die private Haftung ist faktisch auf 8 Prozent der Bilanz beschränkt. Ich glaube, viele Familien in Deutschland wären Ihnen ganz dankbar, wenn der Staat sie ähnlich hart anfassen würde. Eine Haftung von 8 Prozent heißt, dass eine Familie mit 10 000 Euro Schulden ganze 800 Euro selber zurückzahlen müsste, und für den Rest bürgt der großzügige Staat. Aber der Unterschied ist, dass in diesem Europa mit so viel Großzügigkeit immer nur die Banken und nie die Bürgerinnen und Bürger rechnen können. Das ist absolut inakzeptabel.

Herr Schäuble, Sie haben auch nicht erwähnt: Es gibt da noch eine Klausel in den Verträgen, mit der die gesamte Haftungskaskade ausgesetzt werden kann, wenn nämlich eine „schwere Störung der Volkswirtschaft“ oder eine Notwendigkeit zur „Wahrung der Finanzstabilität“ besteht. Dann gibt es die Möglichkeit, dass Staatsknete sofort fließt, ohne jedwede Vorbedingung. Wer sich erinnert, dass die deutsche Regierung einst eine mögliche Pleite der kleinen IKB zum potenziellen Auslöser einer Kernschmelze des Finanzsystems hochfantasiert hat, ahnt, wie groß das Scheunentor

für unser aller Steuergeld ist, das allein durch diese Klausel geöffnet wird.

Wer glaubt, dass der ehemalige Goldman-Sachs-Boy und künftige Oberaufseher aller Banken, Herr Draghi, den Banken jetzt so richtig auf den Zahn fühlen wird, der muss wirklich mit Naivität geschlagen sein. Es sind doch gerade Draghis Billiggeldinjektionen, dank derer die Spekulation heute boomt wie nie zuvor und die Investmentbanker wieder Rekordgewinne machen, während der Kleinsparer seine Ersparnisse wegen Niedrigzinsen wegschmelzen sieht. Ausgerechnet den Markt für Kreditverbriefungen – einer der Hauptauslöser der letzten Krise – will Draghi jetzt auch noch mit einem milliardenschweren Kaufprogramm beleben. Man stelle sich einmal vor: Die Lebensmittelüberwachung in Deutschland würde den Restaurants, in deren Küchen die Kakerlaken feiern und das Gammelfleisch stinkt, den Ankauf aller verdorbenen Lebensmittel anbieten, bevor ihre Kontrolleure das Haus betreten. Genau das ist es, was der große Oberaufseher aller Banken Draghi jetzt macht: Er kauft den Banken ihr Gammelfleisch ab, bevor die Kontrolleure kommen, spricht: bevor der Stress-test stattfindet, und zwar auf unsere Rechnung. Wenn Sie sagen, dass Sie damit nicht glücklich sind, dann finde ich das zwar sehr erfreulich, aber dann frage ich mich, weshalb die Bundesregierung nicht endlich interveniert, wenn solche Pläne gemacht werden.

Die große Finanzkrise mit ihren katastrophalen Folgen für Wohlstand, Arbeitsplätze und Staatsfinanzen hat vor mittlerweile fast

sieben Jahren begonnen. Seit mindestens sieben Jahren weiß man, dass durch laxen Vorschriften und blinde Aufsichtsbehörden gigantische Spielhöhlen hochgezüchtet wurden und hochgezüchtet werden, deren Geschäfte niemand mehr ernsthaft überwachen und die im Pleitefall auch niemand geordnet abwickeln kann. Spätestens seitdem weiß man, dass die inter-

nationale Vernetzung dieser Spielhöhlen gefährliche Kettenreaktionen auslöst. Man weiß, dass es unverantwortlich ist, die Ersparnisse der Bürger und die Kreditversorgung der Wirtschaft solchen Spekulanten zu überlassen. Man weiß das alles; aber getan wurde nichts dagegen. Es ist eher noch schlimmer geworden. Die großen Finanzhäuser Europas haben mit

der alten Idee von Banken als Dienern der Realwirtschaft vielleicht noch so viel zu tun wie das Terrornetzwerk „Islamischer Staat“ mit der Idee einer friedfertigen Religionsgemeinschaft, nämlich gar nichts.

Sie verkaufen uns hier eine Bankenunion als großen Durchbruch, obwohl diese Union im Kern darin besteht, dass alles weiterläuft

wie bisher, nur dass die Haftung der Allgemeinheit für diesen Wahnsinn europäisiert wird. Ich glaube, das ist wirklich unerträglich. Ja, Finanzstabilität ist ein öffentliches Gut. Ebendeshalb gehört sie nicht in die Hände zockender Investmentbanker. Wir brauchen Banken, die dem Gemeinwohl verpflichtet sind und die Investitionen finanzieren,

nicht solche Banken, die Kasinospielen. Dafür brauchen wir endlich eine Politik, die das Kreuz hat, sich mit der Finanzmafia anzulegen, statt ihr aus der Hand zu fressen. Die Gesetzentwürfe, die wir heute beraten, sind leider ein Beispiel für Letzteres, und deshalb lehnt die Linke sie ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Carsten Schneider, SPD:

## Insolvenzrecht für Banken ist notwendig



Carsten Schneider (\*1976)  
Landesliste Thüringen

Ich habe mich, als Sie, Frau Wagenknecht, zum Pult gegangen sind, gefragt, wie jetzt eigentlich die Kritiklinie der Linkspartei sein wird.

Ich habe vermutet, dass die Kritiklinie vielleicht die einer aufgeklärten Linken ist, die sagt: „Global agierende Banken müssen wir auch global reglementieren“, die vielleicht die Vorschläge, die hier gemacht werden, für nicht ausreichend auf internationaler Ebene hält. Aber was ich erleben musste, war purer Populismus und ein Rückfall in die Politik eines Nationalstaates.

Frau Wagenknecht, Sie sind vollkommen fernab der wissenschaftlichen und ökonomischen Debatte, wenn es um die Kontrolle der Finanzmärkte und des Bankensektors geht. Wir sind froh, dass die AfD nicht hier im Bundestag sitzt. Aber: Diese Rede hätte auch ein Funktionär der AfD halten können.

Warum beraten wir nicht erst seit heute, da wir diese Gesetzentwürfe im Bundestag haben, die Frage der Finanzstabilität, der Erpressbarkeit von Staaten, der Rettung von Banken in der Finanzkrise der Jahre 2008/2009 ff., sondern schon seit vier Jahren immer wieder? Weil sich gezeigt hat, dass wir im Bereich der Bankenaufsicht nur national organisiert waren, überall.

Wir hatten es aber mit einem globalen Bankensektor zu tun –

gerade bei den großen Banken! Ich rede nicht von den Volksbanken und Sparkassen, sondern von den Landesbanken, der Hypo Real Estate, der Deutschen Bank, der Commerzbank, der Société Générale und von vielen anderen großen, international tätigen Banken und Finanzinstituten. Deren Aufsicht konnte eben nicht mehr wirksam von Deutschland aus oder von Irland aus, wo es im Übrigen eine sehr schwache Aufsicht gab, ausgeübt werden. Insofern ist die Antwort auf einen europäischen Binnenmarkt, in dem Kapitalverkehrsfreiheit herrscht und in dem umfangreiche Bankgeschäfte stattfinden – was auch in Ordnung ist – nicht das Zurück zum Nationalstaat, sondern das Hin zu einer europäischen Institution, die aus europäischem Blickwinkel nach klaren Grundsätzen – Stichworte: Haftung, Frage nach der Verantwortung – beaufsichtigt und entscheidet. Genau diesen Weg gehen wir heute ein Stück weiter. Das ist gerade für eine aufgeklärte Linke, wenn Sie es denn sind, der richtige Weg.

Ich finde es auch fatal, mit der Angst der Menschen zu spielen. Auch ich habe meine Probleme mit der Möglichkeit der Direktkapitalisierung von Banken; ich komme darauf noch zurück. Aber wir haben den richtigen Schritt hin zur gemeinsamen Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank getan, bei allen Problemen, die der Minister genannt hat. Man muss in diesem Zusammenhang sicher auch über eine Vertragsänderung nachdenken. Denn die Banken, die europaweit vernetzt waren und sind, haben bisher in Europa Geschäfte gemacht, die wir in Teilen gar nicht gesehen haben, weil die Aufsicht zersplittert war. Dass dieser Schritt richtig ist, steht außer Frage. Ich kenne niemanden mit Sachverstand, der sagt, dass der Schritt zu einer europäischen Bankenaufsicht falsch ist. Frau Wagenknecht, Sie sind auf dem Holzweg.

Der zweite Schritt – den zur Aufsicht haben wir schon gemacht – ist dann, dass man Banken auch zur Rechenschaft ziehen können muss, wenn sie Geschäfte machen, die zu große Verluste bringen. Wir hatten hier in heißen Debatten 2008/09 über die Frage der Verstaatlichung der Hypo Real Estate zu entscheiden. Niemand von denjenigen, die damals zugestimmt haben, hat das mit großer Freude getan. Aber ein Institut mit 400 Milliarden Euro Bilanzsumme war ein systemrelevantes Institut. Bei der IKB konnte man durchaus anderer Auffassung sein; richtig, aber im Nachhinein ist man immer schlauer. Bei der Hypo Real Estate jedenfalls war es so.

Wir mussten – wenige Klagen dagegen sind noch anhängig – diese Bank vom Markt nehmen, um sie geordnet abwickeln zu können. Wir waren rechtlich aber gezwungen, auch noch Entschädigungen an die Aktionäre zu zahlen, weil wir keine gesetzliche Grundlage für die Abwicklung von Banken hatten. Das war ein Fehler.

Diesen Fehler bereinigen wir jetzt, indem wir ein Insolvenzrecht für Banken schaffen, indem wir eine klare Haftungsreihenfolge festlegen, wer bei Verlusten bezahlen muss. Diese Haftungsreihenfolge ist schon genannt, aber auch bereits durchexerziert worden, letztlich auf Druck der SPD und des Deutschen Bundestages, nämlich im Fall Zypern. Das ist die Blaupause für das, was jetzt mit den Gesetzentwürfen, die wir beraten und beschließen werden, umgesetzt werden soll.

Danach gilt: Zuerst haften die Aktionäre. Deren Geld ist weg, wenn Verluste zu decken sind. Nach ihnen haften die nachrangigen Gläubiger, die den Banken Darlehen gegeben haben und dafür Zinsen bekommen. Anschließend haften die vorrangigen Gläubiger und dann auch die Einleger ab einer Einlagenhöhe von über 100 000 Euro. Es ist nicht hin-

nehmbar, dass jemand Geld, das er angelegt hat, quasi zu 100 Prozent wiederbekommt, aber der Steuerzahler dafür zahlen müsste. Das geht nicht. Das passiert nicht mehr. Deswegen machen wir einen Strich drunter: 100 000 Euro sind geschützt, mit dem Rest wird auch gehaftet. Wenn eine Bank dann immer noch Verluste hat, tritt der Bankenhaftungsfonds ein, der gespeist wird über eine Bankenabgabe, die wir als Sozialdemokraten schon 2009 gefordert haben. Hätten wir sie damals eingeführt, dann hätten wir zum Beispiel keine Verluste aus dem Fall der Hypo Real Estate zu tragen. Glücklicherweise geht es dabei nicht um die damals befürchteten bis zu 480 Milliarden Euro; in Summe werden wir am Ende vielleicht über 20 oder 30 Milliarden Euro reden.

Der Bankenhaftungsfonds wird ein gemeinsamer europäischer Fonds. Es ist auch richtig, diesen europäisch aufzustellen und nicht national. Dafür haben wir Sozialdemokraten gekämpft, weil wir eine Trennung der Risiken aus dem Bankensektor von denen aus dem Staatssektor haben wollen. Wir haben doch gesehen: Nur zu einem kleinen Teil schlug die Finanzmarktkrise in eine Staatsfinanzierungskrise um, zu einem großen Teil war es eine Bankenkrise, die nur dann zu einer Staatsfinanzierungskrise geführt hat, weil die Länder durch die Bankenrettung überschuldet waren. Irland ist das beste Beispiel; bei Spanien trifft das nicht ganz zu. Diese Trennung ist extrem wichtig, um die Staaten künftig vor Verlusten aus dem Bankensektor zu schützen, um den Sozialstaat erhalten zu können. Deswegen machen wir das so.

Wir reden jetzt und in den nächsten Tagen viel über Konjunkturprogramme auf europäischer Ebene. Das wichtigste Konjunkturprogramm ist die Bereinigung des Bankensektors von faulen Krediten, das Aufstellen der Banken mit genügend Eigenkapital, damit sie wieder kreditvergabefähig werden. Das passiert jetzt.

Im Oktober, parallel zu unseren

Beratungen, werden die Anlagen und Portfolien aller Banken von der EZB geprüft und verglichen. Dann wird es auch in Deutschland wohl noch Überraschungen geben. Es wird ein Stresstest durchgeführt und geprüft: Was passiert im Krisenfall? Ist die Bank genügend stark? Wenn sie es nicht ist, wird entschieden werden müssen, ob sie geschlossen, restrukturiert oder vielleicht rekapitalisiert wird.

Ich will für Deutschland sagen: Ich kann mir nicht vorstellen, dass durch diesen Test, der sehr hart sein muss, damit die EZB bei der Bankenaufsicht Glaubwürdigkeit gewinnt, alle Banken durchkommen. Wir hatten das schon ein- oder zweimal im Zusammenhang mit Stresstests der EBA, in deren Folge die Probleme hochkamen. Ich habe Vertrauen in die Europäische Zentralbank, dass sie das hart testen wird.

Wir werden im Bedarfsfall dann in Deutschland entscheiden müssen, welches Gesetz wir in der Übergangszeit anwenden, das zur Abwicklung bzw. Restrukturierung oder das zur Rekapitalisierung. Ich glaube, dass es die eine oder andere Bank geben kann, bei der es im Zweifel besser sein wird, sie abzuwickeln, wenn ein tragfähiges Geschäftsmodell eben nicht da ist, als sie künstlich am Leben zu erhalten. Auch das wird uns in den nächsten zwei, drei Monaten beschäftigen. Das wird ein Quantensprung werden.

Dadurch wird mehr Klarheit über die Risiken des Bankensektors, mehr Stabilität im Finanzbereich und – das ist letztendlich der entscheidende Punkt – ein Schutz des Staates vor den Verlusten aus dem Bankensektor geschaffen.

Ja, auch ich hätte mir vorstellen können, Frau Wagenknecht, dass – das Europäische Parlament hat diese Richtlinie verhandelt – die geschaffenen Möglichkeiten für Direktkapitalisierungen, aber auch zu Eingriffen der Staaten selbst nicht in der Form eröffnet worden wären. Das ist aber ein eu-

Fortsetzung auf nächster Seite

**Ich finde es auch fatal, mit der Angst der Menschen zu spielen.**

europäischer Kompromiss. Ein Berichterstatter im Europäischen Parlament ist auch sehr stark in diese Richtung gegangen. Daher werden wir das auf nationaler Ebene einführen bzw. ermöglichen müssen.

Ja, auch ich bin sehr skeptisch, was das Instrument der direkten Bankenrekapitalisierung betrifft. Aber auch in diesem Fall waren Ihre Zahlen falsch. Es geht nicht um 200 Milliarden Euro. Das wird gedeckelt auf maximal 60 Milliarden Euro, für die dann alle Länder gemäß dem geltenden ESM-Schlüssels haften. Aber über jede Einzelfallentscheidung wird im Bundestag beraten und entschieden werden. Und das wird so restriktiv gehandhabt werden, dass dieses Instrument hoffentlich nie angewendet werden wird. Wegen

mir bräuchte man das auch nicht. Es wird aber wohl so sein – das beraten wir derzeit –, dass die direkte Bankenrekapitalisierung aus dem ESM wahrscheinlich nie angewendet wird. Wir werden jedenfalls im Einzelnen darüber zu entscheiden haben.

Zwei Punkte sind mir noch wichtig.

Erstens – das ist ein ganz entscheidender Punkt – ist es mir wichtig, zu mehr Integration auf europäischer Ebene, zur Vervollständigung der Währungsunion auch in Richtung einer Wirtschafts- und Fiskalunion zu kommen. Das, was wir hier machen, reicht nicht aus; es betrifft nur den Finanzmarktsektor.

Der zweite Punkt betrifft die Einnahmeseite. Ich bin der Auffassung, dass wir mehr einheitliche

bzw. gemeinsame Politik auf europäischer Ebene brauchen, damit das Steuerdumping und die Steuerhinterziehung aufhören.

Hinsichtlich der Bankenabgabe stellt sich allerdings auch die Frage, wer diese in welcher Höhe und aufgrund welcher Risiken zahlt. Wir sind dafür, dass die Deutsche Bank grundsätzlich mehr zahlen muss als die Sparkassen, weil sie ein gefährlicheres Geschäftsmodell hat. Unbeantwortet bleibt hier in Teilen die Frage des „too big to fail“ einer zu großen Bank. Dass aber die Bankenabgabe, die gezahlt wird, in Deutschland nicht steuerlich abzugsfähig ist – das heißt, der Steuerzahler zahlt bei einer Inanspruchnahme letztendlich nicht ein Drittel durch ein geringeres Körperschaftsteueraufkommen mit –, ist richtig. In an-

deren europäischen Ländern wird aber nicht so verfahren, sondern dort ist die gezahlte Bankenabgabe steuerlich abzugsfähig. Es gibt zum Teil allerdings auch höhere Bankenabgaben, beispielsweise in Österreich.

Ich finde – das will ich für die SPD-Fraktion klar sagen –, dass es klar sein muss, dass, bevor es weitere Integrationsschritte gibt – auf der Ausgabenseite sind viele Länder immer schnell dabei –, der Wettbewerb zulasten der Steuerzahler um die niedrigsten Steuersätze aufhören muss. Dieser Wettbewerb muss gestoppt werden.

Deswegen, Herr Bundesfinanzminister, haben Sie dabei unsere volle Unterstützung, was eine Vereinbarung auf dem G-20-Gipfel – ich nenne das Stichwort BEPS – betrifft, was die Bankenabgabe be-

trifft, aber auch, was den Kampf gegen diejenigen betrifft, die von den Rettungsmaßnahmen enorm profitiert haben, nämlich die Spekulanten und ihre Spekulationsgeschäfte. Wir erwarten bis Ende des Jahres klare Schritte in Richtung einer Finanztransaktionssteuer. Wenn dies nicht entscheidend vorangeht, dann müssen wir uns überlegen, diese national einzuführen. Dieser Gesetzentwurf emanzipiert den Staat vom Bankensektor. Geschäfte in diesem Sektor werden sicherer werden. Diejenigen, die diese Geschäfte machen, werden weniger Gewinne erzielen und im Zweifel für die Verluste haften. Ich finde, das tut einer sozialen Marktwirtschaft gut.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Gerhard Schick, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Aus Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt



Gerhard Schick (\*1972)  
Landesliste Baden-Württemberg

Der Bundesfinanzminister hat seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf begonnen, dass eines der Kernprobleme bei der Euro-Staatsschuldenkrise war, dass die einzelnen Mitgliedstaaten für die Rettung ihrer Banken zuständig waren, dass also aus Bankenschulden Staatsschulden wurden. Da stimme ich mit ihm völlig überein. Das ist ein zentrales Problem, das die Steuerzahlerinnen und die Steuerzahler in Europa viele, viele Milliarden gekostet hat, uns noch bis heute beschäftigt und die Haushalte auch noch zukünftig belasten wird. Man muss aber wissen, dass der Zusammenhang zwischen den Bankproblemen und den nationalen Haushalten in der Euro-Zone nicht zwangsläufig so hätte sein müssen oder gar vom Himmel gefallen ist. Es war 2008 vielmehr eine politische Entscheidung, dass es so sein sollte. Im Herbst 2008, als die Bankenkrise auf einen ihrer Höhepunkte zusteuerte, hat die niederländische Regierung näm-

lich einen Vorschlag gemacht und eine europäische Lösung aufgezeigt, wie man ein gemeinsames Bollwerk gegen die wackeligen Finanzmärkte schaffen könnte. Damals hat es viel Unterstützung für diesen Vorschlag gegeben, aber eine Regierung hat Nein gesagt: die deutsche Bundesregierung unter Angela Merkel. Es ist überliefert – sehr gut dargestellt in dem Buch von Cerstin Gammel und Raimund Löw –, dass Nicolas Sarkozy bei den Verhandlungen Anfang Oktober 2008 sehr enttäuscht über Angela Merkel und ihr Nein war – ich zitiere –:

Bei der Verabschiedung ... an den Stufen des Élysée lässt er seiner Enttäuschung freien Lauf: „Wenn wir keine europäische Lösung zusammenbringen, dann wird das ein Debakel sein“, klagt Sarkozy ... „Aber nicht meines, sondern Angelas Debakel ... Und weiter: Angela Merkel habe im Élysée-Palast schlicht Johann Wolfgang Goethe zitiert: „Ein jeder kehrt vor seiner Tür, und rein ist jedes Stadtquartier“.

Das war die Logik 2008. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie sauber der Bankensektor in Europa geworden ist. Bis heute ist er voll von Schmodder, weil man damals dem genannten Prinzip der deutschen Bundesregierung gefolgt ist. Und dafür müssen Sie auch Verantwortung übernehmen.

Es ist ja toll, sich als Kanzlerin immer als große Managerin und Retterin und als Finanzminister als großer Europäer darzustellen. An dieser Stelle haben Sie zum Schaden ganz Europas antieuropäisch gehandelt. Und das belastet uns bis heute. Jeder einzelne Staat sah sich nämlich gefangen in der Logik: Wenn ich meinen Banken kein Steuergeld gebe, dann fließt das Geld aus meinem Finanzsektor ab, und dann ist das für meine Wirtschaft ein großes Problem. Diese Logik hat alle Staaten gezwungen, entsprechend zu handeln. Wenn man dies anders gemacht hätte, wäre vieles anders gelaufen. Nun kann man sagen: Das ist vergossene Milch. Aber das Problem ist, dass Sie aus dem Fehler von damals nichts gelernt haben, sondern in den Jahren bis 2012, als das ganze Desaster, das Nicolas Sarkozy vorhergesagt hat – Angelas Desaster –, eingetroffen ist, immer noch gegen die Bankenuni-

on gearbeitet haben und alles getan haben, dass sie nicht kommt. 2012 sind sie nur durch den Druck der anderen europäischen Regierungen gezwungen worden, dem zuzustimmen, was Sie heute vorlegen. Sie haben das nie gewollt. Es geht noch weiter: Sie haben nachher in den Verhandlungen alles getan, damit man gemäß dieser falschen Logik weiterarbeitet. Die Bankenunion tritt aufgrund der Verhandlungen der

Bundesregierung später in Kraft, als sie in Kraft treten könnte. Deswegen bleiben die Steuerzahler noch länger im Risiko, als es nötig wäre. Auch das ist ein Fehler, der Ihnen anzukreiden ist. Und Sie haben dafür gesorgt, dass der Abwicklungsfonds noch viele Jahre, nämlich noch bis 2024, nationale Abteilungen und nationale Verantwortung hat und damit erst später ein wirkliches europäisches Konstrukt entsteht.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Sie begannen Ihre Rede mit der Fehleranalyse, indem Sie sagten: Dass die nationalen Haushalte verantwortlich sind für die Bankenrettung, ist eines der zentralen Probleme. – In Verhandlungen haben Sie sich jedoch dafür eingesetzt, dass die nationalen Haushalte noch länger verantwortlich sind für die Bankenrettung. Das passt doch überhaupt nicht zusammen. Sie bleiben aber auch, leider, bei dem Vorliegenden an ein paar Stellen in einer zweiten gefährlichen Logik. Wenn Banken Schwierigkeiten haben, kann man entweder sagen, man rettet sie – im Zweifelsfall mit Steuergeldern –, oder, man wickelt sie ab. Der Grundsatz des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfes ist richtig. Wir wollen in Zukunft abwickeln. Es gibt allerdings drei Stellen, an denen dieser Grundsatz leider nicht durchgesetzt wird, sondern Sie in der alten, falschen Logik bleiben:

Erstens. Es gibt eine Klausel, die regelt, dass man, wenn es eine Gefahr für die Finanzmärkte gibt, doch wieder retten kann. Genau diese Begründung musste immer wieder für die Bankenrettungen in Irland, Spanien und Zypern erhalten. Insofern ist es eine sehr gefährliche Lücke.

Zweitens bei der Frage der direkten Bankenkapitalisierung. Es ist ja richtig, dass es irgendwo das gibt, was Experten einen Backstop

nennen, also sozusagen eine Möglichkeit, im Zweifelsfall noch einzugreifen. Aber da gibt es jetzt zwei verschiedene Wege: Der eine Weg wäre, eine Kreditlinie für den Abwicklungsfonds festzulegen, sodass der ESM den Banken Geld ausleihen kann, das sie später zurückzahlen müssen. Die Verantwortung bliebe so bei den Banken. Vor allem bliebe man so in der Logik des Abwicklungsfonds und seiner Expertise, dass Banken wirklich abgewickelt würden. Oder man kann es wie Sie über die direkte Bankenkapitalisierung machen. Dann wird wieder Steuergeld ins Schaufenster gestellt. Das wollen wir nicht. Da sind Sie in der alten, falschen Logik.

Drittens wird der Grundsatz nicht auf nationaler Ebene umgesetzt. Warum wird jetzt die Bankenrettung in Deutschland gemäß der alten Logik, dass man Steuergeld ins Schaufenster stellt, noch einmal verlängert? Warum wollen Sie in Deutschland noch einmal die Möglichkeit schaffen, im Zweifelsfall Steuergeld für die Bankenrettung einzusetzen? Wir Grünen sind überzeugt: Das Prinzip „Wenn eine Bank ein Problem hat, löst man es mit Steuergeld“ muss endlich der Vergangenheit angehören. Es gibt noch eine Reihe von Fragen zur Ausgestaltung: Kann das Europäische Parlament überhaupt kontrollieren, was dieser Fonds macht? Wie ist die Bankenabgabe im Einzelnen ausgestaltet? Das werden wir diskutieren müssen. Insgesamt aber ist das Projekt einer europäischen Bankenunion richtig. Wir Grüne haben das seit langem gefordert. Wir müssen heute feststellen, dass der Finanzminister das, was er heute vorlegt, nie gewollt hat. Aber es ist gut, dass er sich nicht durchgesetzt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Kann das Europäische Parlament kontrollieren, was dieser Fonds macht?**

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

## Wir müssen uns der neuen Bankenwelt stellen



Ralph Brinkhaus (\*1968)  
Wahlkreis Gütersloh

Wir haben schon eine drollige Opposition: Die Grünen zitieren Nicolas Sarkozy als ihren Kronzeugen, und die Linken halten eine Rede, die beim Kongress der europäischen Rechtspopulisten für viel Beifall gesorgt hätte. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Frau Wagenknecht, wenn Sie sagen, dass in den letzten fünf Jahren im Bereich der Regulierung nichts passiert ist, dann bedeutet dies, dass man entweder bewusst die Wahrheit verschweigt oder dass man so redet, weil man in den vergangenen fünf Jahren verdammt oft gefehlt hat.

Dementsprechend kann ich Ihnen nur eines sagen: Keine Regierung hat so viel am Finanzmarkt reguliert wie diese Regierung und die Regierung davor – über 30 Maßnahmen.

Herr Schick, Sie sagen, Sie hätten es immer schon gewusst. Ich sage Ihnen: Wir waren die Ersten, die ein Bankenrestrukturierungsgesetz auf den Weg gebracht haben, und zwar 2010.

Dieses Restrukturierungsgesetz ist die Blaupause für das, was nun

in Europa entwickelt worden ist. Wir haben damit Maßstäbe gesetzt.

Meine Damen und Herren, heute ist ein Tag, an dem wir auf das kernsanierte Haus der europäischen Bankenregulierung das Dach setzen. Denn die Bankenunion ist das Dach; sie ist fürchterlich wichtig, denn ohne sie funktioniert das ganze System nicht. Ist das Dach undicht, dann ist auch das Haus nicht gut gebaut. Dementsprechend freue ich mich, dass wir es geschafft haben, heute die entsprechenden Gesetzentwürfe in den Deutschen Bundestag einzubringen.

Aber die Begeisterung – wir haben es gehört – hält sich an vielen Stellen in Grenzen, aus ganz unterschiedlichen Motiven. Aber dahinter steht etwas, was leider zu einem Grundaxiom der Politik am rechten und auch am linken Rand geworden ist. Das ist etwas Neues, das ist etwas anderes, das ist etwas Internationales, und – das ist, glaube ich, den Menschen gemein – etwas Neues sehe ich erst einmal skeptisch. Früher war doch eh alles besser. Warum können wir nicht die schöne alte Welt von früher zurückhaben? – Das hören wir in ganz vielen Politikbereichen. Insbesondere die Rechten sagen: Früher war doch irgendwie alles viel einfacher. Da konnte man zwischen Gut und Böse unterscheiden. Griechenland und Spanien waren höchstens relevant, wenn das Urlaubswetter schlecht war. Der Fremde kam aus der Nachbarschaft. Der Maschinen-

bauer hat maximal nach Holland geliefert. Alles war ganz fürchterlich einfach.

Es wird nun suggeriert, dass wir diese einfache Welt wieder zurückbekommen könnten und dass wir uns auf den nationalen Bereich zurückziehen könnten. Dabei wird verkannt, dass sich die Welt in der Zwischenzeit verändert hat, und zwar verdammt schnell.

Ich glaube nicht, dass es Aufgabe der Politik ist, den Menschen zu suggerieren, dass alles wieder wie früher und einfacher werden kann. Die Aufgabe der Politik ist es vielmehr, sich den Herausforderungen dieser veränderten Welt zu stellen. Genau das haben wir im Bereich der Finanzmarktregulierung gemacht. Wir haben aus dem gelernt, was 2008 passiert ist. Wir sind Schritt für Schritt in die richtige Richtung gegangen. Heute setzen wir das Dach

**Die Aufgabe der Politik ist es, sich den Herausforderungen der veränderten Welt zu stellen.**

auf die ganze Geschichte; und das ist aller Ehren wert. Man muss hinzufügen: All das ist in einer Geschwindigkeit vollzogen worden, die in der Geschichte der Regulierung weltweit ihresgleichen sucht. Auch das ist aller Ehren wert, und das sollte man an dieser Stelle auch einmal sagen.

Dass sich die Welt verändert hat, das kann man am Beispiel Banken jedermann sehr gut und plastisch klarmachen. Früher war alles sehr einfach. Früher gab es die kleine Bank vor Ort. Der Sparkassendirektor wohnte in der Nachbarschaft. Die Kredite wurden an den Handwerker oder Häuslebauer im Ort vergeben. Es gab keine Derivate, keinen Hochfrequenzhandel, keine international agierenden Börsen. Alles war schön und einfach. Aber dann ist Folgendes passiert: Die Sparkassen und Volksbanken haben auf einmal so viel Geld eingesammelt, dass sie es in ihren Städten und auch im Land nicht mehr unterbringen konnten, und sind dann an die internationalen Kapitalmärkte gegangen. Dann hat der Mittelständler irgendwo in den USA eine Tochtergesellschaft gegründet; das musste bankenmäßig abgedeckt werden. Dann wurden Produkte in Länder exportiert, die wir vorher nicht kannten, und es mussten Devisen- und Währungsrisiken abgedeckt werden. Das war die neue Welt.

Zur Wahrheit gehört dazu, zu

sagen: Einige Leute sind auf die Idee gekommen, dass man mit Garantien und Derivaten auch handeln kann, ohne dass man den Mittelständler und Häuslebauer braucht. Das war die neue Bankenwelt, die am Ende des Tages entstanden ist. Dieser neuen Bankenwelt müssen wir uns stellen, hier müssen wir für Regulierung sorgen. Das haben wir gemacht. Nur zu sagen: „Da gibt es eine ganz einfache Lösung“, oder, um den Wagenknecht'schen Wortbaukasten zu verwenden: „Das sind Zombies und Zocker! Es gibt Abgründe“, das ist toll für Volksreden hier im Deutschen Bundestag, aber das bringt uns kein Stück weiter.

Ich würde mit Ihnen gerne über die Inhalte diskutieren. Sie haben es rudimentär angesprochen: Die 8 Prozent, die Bail-in-fähigen Gruppen leisten müssen, sind Ihnen nicht genug. 8 Prozent hätten aber in der alten Finanzkrise in den meisten Fällen ausgereicht. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

Lassen Sie uns uns doch einmal über die Mechanismen unterhalten, wann wer wie wo einen Sanierungs- und Abwicklungsplan erstellen muss. Lassen Sie uns uns doch einmal über die Mechanismen unterhalten, wer wann wo wie was entscheidet.

Lassen Sie uns uns doch einmal über die Mechanismen unterhalten, wer wann wie wo feststellt, welcher Teil einer Bank systemgefährdend ist und welcher Teil einer Bank nicht systemgefährdend ist. Darüber müssen wir uns unterhalten. Genau hier anzusetzen, das wäre seriöse Oppositionsarbeit. Aber es ist keine seriöse Oppositionsarbeit, wenn man hier Volksreden hält, die im Übrigen nicht einmal richtig waren.

Ich will damit nicht sagen, dass das, was hier vor sich geht, nicht zu kritisieren ist. Die entsprechenden Punkte sind angesprochen worden, auch vom Finanzminister. Die EZB ist nicht sakrosankt. Es ist nicht alles richtig, was sie macht. Da kann man auch durchaus einmal sagen: Das passt uns nicht.

Natürlich muss die EZB im Zuge dieses Aufsichtsprozesses Vertrauen aufbauen. Im Zusammenhang mit den Stresstests ist das nicht immer gut gelungen; das hat der eine oder andere Kollege bereits angesprochen. Natürlich müssen wir uns immer wieder fragen – übrigens viel früher als heute hier im Bundestag –: Sind die getroffenen Regeln wirklich gut? Das haben wir gemacht. Wir haben gemeinsam mit den Kollegen der SPD intensiv mit unseren eu-

ropäischen Kollegen gesprochen, damit genau das nicht passiert, was befürchtet wird, nämlich dass die Sparkassen und Volksbanken die Zeche zahlen. Das ist unsere gemeinsame Initiative gewesen. Dafür haben wir gesorgt, meine Damen und Herren. Da werden wir auch weiter dranbleiben.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Regulierung, die wir vornehmen, immer besser wird. Es gibt ganz viele Ansatzpunkte für Kritik. Aber ich will dafür werben, dass wir in der Sache kritisieren

**Die EZB ist nicht sakrosankt. Es ist nicht alles richtig, was sie macht.**

und uns auf Details einlassen. Denn eines haben wir im Zuge der Finanzmarktregulierung gelernt: Es gibt nicht den großen grünen Knopf, auf den man drückt, und dann wird alles gut, sondern es sind

Hunderte von kleinen Maßnahmen nötig. Es handelt sich um Gesetzespakete, die 500 bis 600 Seiten umfassen, die man sich durchlesen muss und bei denen man an kleinen Schraubchen justieren muss.

All das vermisste ich bei ganz vielen von der Opposition.

Ich kann Sie wirklich nur bitten: Nutzen Sie diesen Gesetzgebungsprozess dazu, mit uns darüber zu diskutieren, wie man die vier vorliegenden Gesetzentwürfe gut bzw. besser machen kann. Nutzen Sie die Zeit aber auch dazu, zu überlegen, wie wir uns in all die Prozesse der europäischen Bankenregulierung noch stärker und früher einbringen können.

Richtig ist nämlich auch: Eine hundertprozentige Sicherheit haben wir nicht. Richtig ist auch: Wir müssen noch ziemlich viel arbeiten, bis die Bankenregulierung so ausgestaltet ist, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen können, dass sie als Steuerzahler tatsächlich nicht mehr für Banken haften müssen, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen können, dass Banken ein ganz normaler Teil des Wirtschaftssystems wie die Automobilindustrie, der Handwerker und viele andere auch sind, dass wir den Bürgerinnen und Bürgern sagen können: Ja, eine Bank kann in die Insolvenz und in die Abwicklung gehen, ohne dass dadurch das gesamte Finanzsystem oder ganze Volkswirtschaften in den Abgrund gerissen werden.

Wir gehen heute einen ganz wichtigen Schritt in diese Richtung. Ich freue mich auf die gemeinsamen Beratungen in der Sache, und zwar ohne irgendwelche Volksreden. Ich denke, das kriegen wir gut hin.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Unter dem Dach der EZB entsteht die europäische Bankenaufsicht.

Dr. Axel Troost, DIE LINKE:

## Die Großbanken auf ein vernünftiges Maß verkleinern



Axel Troost (\*1954)  
Landesliste Sachsen

Wir alle erinnern uns noch daran, wie wir vor ein paar Jahren hier gestanden und ein Bankenrettungspaket nach dem anderen durchgezogen haben. Sicherlich dienten die heutigen Lobreden in Bezug auf das, was wir beraten

und verabschieden sollen, auch dazu, noch einmal deutlich zu machen, wie unwürdig das damalige Verfahren gewesen ist und dass sich nun alle bemühen, dass so etwas nicht mehr zustande kommt.

Wir haben gesehen, dass eine Bankenkrise in der Tat nicht allein auf nationaler Ebene zu lösen ist und dass bei Abwicklungen aufgrund verschiedener Regelungen in den jeweiligen Ländern natürlich erheblicher Abstimmungsbedarf besteht. Insofern glaube ich, dass ein europäisches Abwicklungssystem vom Prinzip her erst einmal sinnvoll ist. Es muss aber eben auch funktionieren.

Ich möchte zumindest zwei Punkte aus einer Reihe von Punkten ansprechen, die für meine Begriffe völlig ungelöst sind:

Erster Punkt. Einige Banken

sind nach wie vor wesentlich zu groß, zu komplex und zu vernetzt. Wenn man bedenkt, dass wir allein in der Euro-Zone zehn Banken haben, die eine Bilanzsumme von über 1,5 Billionen Euro aufweisen, dann muss man an diese Banken heran und schauen, dass man sie auf ein vernünftiges Maß verkleinert. Das muss man dann wirklich auch erzwingen.

Es handelt sich dabei in der Tat um einen komplizierten Prozess, bei dem man sich mit der Finanzbranche anlegen muss. Darum kommt man aber nicht herum. Insofern müssen wir an diese Größenordnungen heran. Denn man merkt, dass in der Branche die Zockerei schon wieder überall angefangen hat.

Zweiter Punkt. Die Idee eines europäischen Abwicklungssystems hört sich gut an, wenn es auch alle

Standorte erfasst. Von den 40 großen europäischen, grenzüberschreitenden Bankengruppen agieren aber nur 5 Bankengruppen in Staaten der Bankenunion. Im Rahmen unseres Besuches in Großbritannien haben uns Vertreter der Finanzbranche und auch die Abgeordneten dort gesagt: Gute Idee mit der europäischen Bankenunion. Aber nicht mit uns.

Zu Deutsch: All die Banken, die in London, dem größten Börsenplatz, in erheblichem Umfang aktiv sind – das sind fast alle großen –, sind nicht in vollem Umfang im Bereich der Bankenunion erfasst. Das heißt: In Krisenfällen wird man vor dem Problem stehen, wie man das britische Geschäft vom Restgeschäft abgrenzt, um das Risikogeschäft in den Griff zu bekommen. Insofern glaube ich, dass es noch erhebliche Schwächen gibt, die aus dem hektischen Schritt resultieren, die EZB für das Ganze zuständig zu machen.

Ein letzter Punkt, der für mich ganz zentral ist, ist die Frage der Bankenabgabe, also des Aufbaus des Bankenrettungsfonds. Diesbezüglich ist noch nichts entschie-

den, aber es zeichnet sich ab, dass in ganz erheblichem Umfang auch kleine Banken herangezogen werden, also kleine Sparkassen und kleine Genossenschaftsbanken.

Diese haben nichts mit diesem Fonds zu tun, weil sie erstens im Zweifelsfall überhaupt nicht gerettet, sondern abgewickelt würden, weil sie zweitens eigene Sicherungssysteme haben, die aber einfach nicht zur Kenntnis genommen werden, und weil sie drittens ein Geschäftsmodell haben, das dafür sorgt, dass sie solche Probleme gar nicht erst bekommen. Ich spreche in diesem Zusammenhang von den Sparkassen, nicht von den Landesbanken.

Deswegen müssen auch wir als deutsches Parlament noch einmal deutlich machen, dass nicht die Falschen zur Finanzierung von Großzockerbanken herangezogen werden dürfen, sondern die Kleinen weitestgehend befreit werden müssen. Das ist ein ganz großes Anliegen der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften.

(Beifall bei der LINKEN)

Manfred Zöllmer, SPD:

## Marktwirtschaftsfreie Zone wird aufgehoben



Manfred Zöllmer (\*1950)  
Wahlkreis Wuppertal I

Ein kluger Mann hat einmal gesagt: Für jedes komplexe Problem gibt es eine einfache Lösung, und die ist falsch. Mit billigem Talkshowpopulismus aus der Phrasendreschmaschine kann man komplexe Probleme nicht lösen. Die Probleme, mit denen wir es zu tun haben, sind wirklich komplex. Von der Finanzkrise ging es dann nahtlos über in die Staatsschuldenkrise. Das Vertrauen in die Stabilität des Finanzsystems ist bei vielen Menschen nach wie vor erschüttert. Deswegen ist es so wichtig, Problemlösungen zu präsentieren.

Die Lehre, die wir aus der Finanzkrise gezogen haben, war: Ei-

ne solche Krise darf sich nicht wiederholen, die Finanzmärkte müssen eingefangen werden, sie brauchen Leitplanken, und nie wieder soll der Steuerzahler die Zeche für die Gier von Bankern zahlen müssen.

Die Banken waren, wie man das auf Englisch sagt, „too big to fail“, also zu groß, um pleitezugehen, weil damit unkalkulierbare Risiken für das gesamte Finanzsystem verbunden waren und damit Risiken für alle Menschen. Das hat mit Marktwirtschaft nichts zu tun, aber viel mit zu großer wirtschaftlicher Macht. Diese Banken haben sich der nationalen Kontrolle entzogen; denn sie agieren europaweit und weltweit. Wir hatten damals eine nationale Bankenaufsicht. Dies war nicht mehr vernünftig. Die Bankenaufsicht konnte die Funktion nicht adäquat erfüllen. Die Krise hat das mit aller Deutlichkeit gezeigt.

Deshalb sollte, deshalb musste eine Bankenunion in Europa errichtet werden. Das war von Anfang an die Forderung von uns Sozialdemokraten. Der Bankensektor musste stabilisiert werden, damit die Folgen von wirtschaftlichem Fehlverhalten beherrschbar bleiben. Nicht der Steuerzahler,

sondern der Eigentümer und der Gläubiger sollen und müssen zukünftig die finanziellen Folgen tragen. Das haben wir als Sozialdemokraten von Anfang an gefordert. Mit dem vorliegenden Gesetzespaket soll diese Forderung nun schrittweise umgesetzt werden. Eine grundlegende Neugestaltung des Regulierungs- und Aufsichtsrahmens des Finanzsektors soll nun Realität werden. Es geht dabei um eine gemeinsame Bankenaufsicht sowie um einen gemeinsamen Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten. Diese Bankenunion ist ein wirklicher Quantensprung der Integration der Finanzmärkte, ein neues Stück Europa, eine wirkliche Integrationsrevolution. Sie war vor zehn Jahren noch völlig undenkbar.

Die Bankenaufsicht für systemrelevante große Institute soll zukünftig von der EZB übernommen werden. Der Finanzminister hat eben ausgeführt, dass es nicht ganz einfach ist, Geldpolitik und gleichzeitig Bankenaufsicht zu betreiben. Wir brauchen eine adäquate Trennung dieser beiden Bereiche, und wir brauchen die Perspektive, dass die Bankenaufsicht in Zukunft wieder aus der EZB he-

rausgelöst und in eine eigenständige Behörde überführt wird.

Die Bankenaufsicht muss so gestaltet werden, dass sie schlagkräftig ist, dass sie leistungsfähiger ist und über den notwendigen Biss verfügt. Wer Banken sanieren und abwickeln muss und will, braucht dazu Geld, im Regelfall viel Geld. Wir wollen, dass dieses Geld zukünftig nicht mehr vom Steuerzahler aufgebracht wird. Ein zentrales Instrument in diesem Zusammenhang ist der Bankenhaftungsfonds. Er soll von Beiträgen der Banken gespeist werden. Der Fonds soll nach einer Übergangsfrist in acht Jahren mit einem Volumen von 55 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Die Ausgestaltung der Beiträge, die die Banken zu leisten haben, wird durch einen delegierten Rechtsakt auf europäischer Ebene festgelegt. Ohne ein faires System der Bankenabgabe wird es allerdings keine Zustimmung meiner Fraktion zu dem Gesamtpaket geben. Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt.

Banken mit hohem Risiko müssen den Löwenanteil der Mittel aufbringen. Wer höhere Risiken hat, muss höhere Abgaben zahlen. Das bedeutet auch, dass diese Beiträge nicht von der Steuer abgesetzt werden dürfen.

Wir haben gehört, dass es eine Haftungskaskade gibt. Bevor diese Mittel in Anspruch genommen werden, müssen die Anteilseigner und Gläubiger die Verluste bis zu einem Gesamtvolumen von 8 Prozent der gesamten Verbindlichkeiten nebst Eigenmitteln tragen. Mit

dieser Haftungskaskade wird das Ziel einer Entlastung des Steuerzahlers umgesetzt. In Deutschland wird die Finanzmarktstabilisierungsanstalt die Sanierung und Abwicklung für eine Übergangszeit durchführen. Danach wird das Ganze in die BaFin überführt und dort als sogenannte Anstalt in der Anstalt angesiedelt. Wir werden im Beratungsprozess dieser Gesetzentwürfe über eine ganze Reihe von Fragen zu diskutieren haben. Dabei geht es um die Frage eines möglicherweise zwangsweisen Rechtsformwechsels in einer Krisensituation. Das betrifft Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Mit diesem Gesetzespaket wird eine neue Ära eines reformierten Finanzsektors begonnen. Er wird sicherer und stabiler sein. Im Falle einer Krise werden zukünftig der Eigentümer und der Gläubiger und wird nicht mehr der Steuerzahler zur Kasse gebeten. Auch Banken können dann abgewickelt werden. Dieser Bereich wird dann keine marktwirtschaftsfreie Zone mehr sein, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen), Antje Tillmann (CDU/CSU), Lothar Binding (SPD), Norbert Barthle (CDU/CSU) und Alexander Radwan (CDU/CSU).

Debatte zu den Freihandelsabkommen CETA und TTIP / 54. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 25. September 2014

Klaus Ernst, DIE LINKE:

## Viele Fragen sind ungeklärt



Klaus Ernst (\*1954)  
Landesliste Bayern

Es ist gut, dass wir heute hier noch einmal über die Handelsabkommen reden können. Es ist ebenfalls gut, dass in der Öffentlichkeit darüber eine sehr kritische Diskussion stattfindet. Viele Fragen sind ungeklärt.

Wir haben eine Große Anfrage an die Bundesregierung gerichtet und zum Beispiel gefragt: Warum werden die Verhandlungen hinter dem Rücken der Menschen geführt? Was haben die Verhandler eigentlich zu verbergen? Zweitens: Warum soll ein besonderes Konzernklagerecht an den nationalen Gerichtsbarkeiten vorbei eingeführt werden?

Es besteht die Gefahr, dass es zu Absenkungen von demokratisch beschlossenen Standards vom Arbeitsschutz bis zum Verbraucherschutz kommt. Wir wollten Klarheit. Die Antwort der Bundesregierung fiel dagegen eher klein aus, und unsere Befürchtungen sind durch die Realität bestätigt worden.

Zwei Beispiele: Wir fragten, was die Bundesregierung unternimmt, um Transparenz herzustellen. Die Antwort war, die Bundesregierung setze sich dafür ein. Nach wie vor sind aber nicht einmal die Verhandlungsmandate, also die Zielsetzung, was überhaupt verhandelt wird, der Öffentlichkeit bekannt. Ist das unser Verständnis von Transparenz? Die Regierung verweist auf die Notwendigkeit eines einstimmigen Ratsbeschlusses, wenn man das ändern wolle. Wenn unsere Bundesregierung wirklich mehr Transparenz will, wann hat sie dann einen solchen

Beschluss beantragt, und wann wurde er abgelehnt? Ist es nicht schon unglaublich, dass wir über das Ganze im Unklaren gelassen werden? Bezogen auf CETA weiß die Öffentlichkeit nicht einmal, was das Mandat der Europäischen Union ist.

Zweites Beispiel: Hauptziel der Verhandlungen soll der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse sein. Auf die Frage, was denn nichttarifäre Handelshemmnisse eigentlich seien, bekamen wir die Antwort, es gebe keine Definition. Wenn es gar keine Definition gibt, woher nimmt die Bundesregierung dann eigentlich ihre Sicherheit, dass Arbeitsschutzvorschriften und Arbeitnehmerschutzrechte keine nichttarifären Handelshemmnisse sind und diese somit nicht betroffen sind? So geht es in der Antwort der Bundesregierung von Seite zu Seite.

Aber es gibt etwas anderes, etwas Erhellendes, das zeigt, worum es wirklich geht. Das ist der Text des Handelsabkommens mit Kanada, CETA, der inzwischen vorliegt, natürlich auch geheim, nicht für die

Öffentlichkeit, inzwischen aber Gott sei Dank im Netz veröffentlicht. Da kann man nachlesen, was wirklich ausgehandelt worden ist.

Dieses Abkommen CETA ist deshalb so wichtig, weil es die Blaupause für das Abkommen mit den USA sein wird. Wer heute die Süddeutsche Zeitung gelesen hat, weiß, dass De Gucht, also der zuständige EU-Kommissar, das auch explizit so sieht. Er sagt: TTIP beruht letztendlich auf dem Abkommen CETA. – Was ist also in CETA drin, und was ist nicht drin?

Obwohl uns die Bundesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage und auch sonst versichert, ein besonderer Schutz von Investoren durch besondere private Schiedsgerichte sei nicht notwendig, sie wolle das nicht, ist er im CETA-Abkommen drin. Die Süddeutsche Zeitung zitiert aus einem internen Gesprächsprotokoll aus Brüssel. Danach haben die Vertreter Deutschlands erklärt, dass Deutschland die Kapitel zum In-

vestitionsschutz in der vorliegenden Textfassung nicht für zustimmungsfähig hält.

Meine Damen und Herren, das scheint die EU aber nicht besonders zu interessieren. Schlagen Sie heute einmal die Süddeutsche Zeitung auf und schauen Sie nach, was De Gucht da sagt! Er sagt letztendlich, dass ihn überhaupt nicht interessiert, welche Position wir hier haben. Er erklärt: Wenn wir die Verhandlungen über CETA wieder neu öffnen, ist das Abkommen tot. – Er lehnt jede Veränderung an dem Abkommen ab – jede Veränderung!

Im Gegensatz zum Investorenschutz, der enthalten ist, sind nicht einmal die ILO-Kernarbeitsnormen als Grundlage zur Regelung der Arbeitsbeziehungen aufgenommen. Kanada hat nämlich die ILO-Bestimmungen nicht vollständig übernommen. Aber es soll ja nicht zum Abbau von Standards im Bereich der Arbeitsregelungen kommen. – Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Übrigens ist nach wie vor auch die Frage offen, ob wir hier zustimmen müssen, dürfen, können, wenn solche Abkommen abgeschlossen werden. Die Europäische Union hat hier eine ganz andere Position als die Bundesregierung.

Auch in den Reihen der SPD wird der Widerstand immer größer; das ist schön. Es freut mich natürlich, dass deshalb ein Parteikonvent der SPD beschlossen hat, dass diesen Abkommen einige Giftzähne gezogen werden sollen. Ich halte es für vollkommen richtig, dass man diese Giftzähne zieht. Dieser Beschluss Ihres Parteikonvents nützt aber nichts, wenn er ein Parteibeschluss bleibt. Wenn er wirklich Wirksamkeit entfalten soll, muss das Beschlusslage in diesem Parlament werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn das gelingt, dann haben Sie etwas Vernünftiges hingekriegt.

Meine Damen und Herren, was haben Sie in Ihrem Beschluss festgelegt? Sie haben festgelegt: kein Investorenschutz und keine privaten Schiedsgerichte in diesen Abkommen. Sie haben festgelegt: Die ILO-Arbeitsnormen müssen Grundlage sein. Sie haben festgelegt: öffentliche Daseinsvorsorge, parlamentarische Hoheit über die

Regelung von Standards usw. Genau diesen Beschluss müssen wir hier fassen, wenn man das Schlimmste verhindern will. Ich bin gespannt – das sage ich, weil ich gerade Ihre Zwischenrufe höre –, ob Sie Ihren Parteibeschluss wirklich ernst nehmen oder ob das, was Sie auf Ihrem Parteikonvent beschlossen haben, eine Luftnummer war. Wenn Sie das wirklich ernst meinen, dann beschließen Sie es hier und nicht nur auf einem Parteikonvent!

Ihr Beschluss heißt in aller Klarheit, dass das CETA-Abkommen in der jetzigen Form abgelehnt werden muss. Ihre Anforderungen und Ihre Haltelinien sind genau nicht enthalten.

Wenn De Gucht sagt: „Das ist nicht mehr veränderbar“, das aber nicht enthalten ist, dann bleibt doch von der Logik her gar nichts anderes übrig, als diese Geschichten abzulehnen.

Morgen schon soll auf dem EU-Kanada-Gipfel das Ende der CETA-Verhandlungen verkündet werden. CETA hat Präjudizwirkung; ich habe es bereits gesagt. Glauben Sie wirklich, dass sich die Amerikaner mit weniger abspesen lassen, als Sie mit Kanada vereinbart haben? Wenn Sie das, was Sie selber der Öffentlichkeit verkünden in der Frage, was Sie wollen, und auf einem Parteikonvent beschließen, hier ablehnen, dann machen Sie sich so vollständig unglaubwürdig; schlimmer kann man es sich eigentlich gar nicht vorstellen.

Ich möchte noch eine kurze Bemerkung zu dem Gutachten ma-

chen, Sigmar Gabriel, das von Ihrem Hause veröffentlicht wurde, nämlich zu der Wirksamkeit und Notwendigkeit dieser Schiedsverfahren. Wir haben das einmal recherchiert. Es ist schon merkwürdig, dass der Gutachter, der dieses Gutachten gemacht hat, selbst Schiedsrichter bei internationalen Schiedsverfahren ist. Wenn jemand als Gutachter sozusagen vor der Frage steht: „Führe ich mich selber ad absurdum, oder sage ich, dass ich notwendig bin?“, dann weiß man doch, was herauskommt.

Was das soll, das versteht doch kein Mensch.

Jetzt möchte ich Ihnen noch ein Zitat des Gutachters mitgeben und von Ihnen wissen, ob Sie das teilen. Der Gutachter sagt: Bedenken gegen die Investitionsschutzrechte gibt es nicht.

Weiter sagt er: Schiedsgerichte sprechen Recht im Namen der Parteien und nicht im Namen der Völker und Bürger. – Das sei der Vorteil.

Weiter sagt er: Schiedsgerichte setzen Recht, indem sie normative Erwartungen generieren und stabilisieren. Damit üben sie ebenso wie internationale und nationale Gerichte öffentliche Gewalt aus.

Meine Damen und Herren, ich möchte, dass öffentliche Gewalt von öffentlichen Gremien ausgeübt wird, aber nicht privatisiert wird, was offensichtlich Ihr Gutachter will. Lehnen Sie diese Geschichte ab. Dann machen Sie etwas Vernünftiges.

(Beifall bei der LINKEN)

### Warum werden die Verhandlungen hinter dem Rücken der Menschen geführt?



Die Freihandelsabkommen CETA und TTIP sind umstritten.

Sigmar Gabriel, SPD, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

## Wir brauchen Freihandel, aber nicht um jeden Preis



Sigmar Gabriel (\*1959)  
Bundesminister

1 25 detaillierte Fragen hat die Fraktion Die Linke gestellt. Diese haben wir nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet. Ich frage mich allerdings – das will ich gleich am Anfang meiner Rede an einigen Beispielen aus Ihrer Rede nachweisen –, ob Sie wirklich ein Interesse an der Sache haben oder ob das alles nur eine Showveranstaltung ist.

Herr Kollege Ernst, Sie fragen, an welchem Tag denn nun die Bundesregierung ihr prinzipielles Problem mit dem Investor-Staat-Schiedsverfahren deutlich gemacht habe und wann wir für die Veröffentlichung des Mandats eingetreten seien. Sie haben gesagt, wir würden von Transparenz reden, aber gar nicht dafür Sorge tragen.

Ich sage Ihnen das. In der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am 15. Mai hat die Bundesrepublik

Deutschland die Veröffentlichung des Mandats beantragt. Im Übrigen wäre es albern, es nicht zu veröffentlichen; denn es steht längst im Internet. Warum man das vorher nicht gemacht hat, hat uns nicht überzeugt. Wir haben das aber nicht bekommen, weil dies eines einstimmigen Beschlusses bedarf und elf Mitgliedstaaten der Europäischen Union dagegen gestimmt haben.

Tun Sie doch bitte nicht so. Sie versuchen, uns in die Ecke zu drängen, wir redeten öffentlich anders, als wir tatsächlich handelten.

Ich werde nachher nachweisen, warum jeder hier im Saal guten Gewissens Ihren Antrag ablehnen kann. Bereiten Sie sich schon einmal auf eine schwierige Lage vor; denn das, was Sie fordern, haben

wir längst getan. Auch das werde ich Ihnen nachher vorlesen.

Meine Damen und Herren, nach meinem Eindruck ist die Oppositionsfraktion Die Linke an einem transatlantischen Freihandelsabkommen ohnehin nicht interessiert. Dabei ist es vollkommen egal, was wir aushandeln.

Das Ganze passt Ihnen weder in Bezug auf die Freiheit des Handels, noch passt es Ihnen in Richtung eines transatlantischen Bündnisses. Es ist ganz egal, was wir verhandeln. Am Ende werden Sie gegen jedes Abkommen sein; denn Sie wollen weder das eine noch das andere.

Im Grunde heißt Ihre Parole: Schotten dicht. – Das ist aber keine Parole, die wir für unser Land, für Europa und für den Welthandel als sinnvoll erachten. Im Gegenteil, das wäre ein Schritt zurück in Richtung Nationalismus und Provinzialismus.

Sie behaupten doch, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten. In unserem Land und in Europa arbeiten Millionen Menschen in der Industrie und im Dienstleistungsbereich, die auf Freihandel angewiesen sind. Hunderttausende von Menschen arbeiten in mittelständischen Unternehmen, für die es heute sehr schwer ist, zum Beispiel auf dem nordamerikanischen Markt Fuß zu fassen und die dort kaum eine Chance haben.

Sie sind natürlich dagegen, weil sie den Leuten den Eindruck vermitteln, dass es besser ist, national geschützt zu bleiben.

Übrigens: Wer sich noch einmal daran erinnert, wie Ihre Fraktion über Europa hergezogen ist, hat eine Vorstellung vom nationalstaatlichen Denken, dem Protektionismus, der bei Ihnen zu Hause ist.

Sie sind mit dieser Position eine richtige Jobkillerpartei in Deutschland.

Aus Ihrer Partei wurde ein Programmentwurf für die Europawahl vorgelegt, in dem Sie sich massiv gegen Europa gestellt haben. Als die Europäische Union den Friedensnobelpreis bekommen hat, kam aus Ihrer Partei die Behauptung, die Europäische Union sei ein Kriegstreiber. Aus Ihrer Partei kamen Vorschläge, den Euro aufzulösen und ganz Südeuropa damit in die Katastrophe zu schieken.

Es liegt auf einer Linie, dass Sie den Menschen etwas über die Notwendigkeit von Europäisierung und Internationalität vormachen. Hinter dem Vorhang treffen Sie sich bei dieser Frage mit der AfD. So läuft das bei Ihnen.

Dann halten sie Sonntagsreden: Wir brauchen Regeln für die Globalisierung! – Beim ersten Versuch, mit dem Mutterland der Globalisierung Regeln zu verhandeln, fordern Sie gleich den Abbruch der Verhandlungen. Wenn wir dem folgen, wäre nur meine Bitte: Nie wieder eine Rede über Globalisierungsregeln. Sie haben doch gar nicht den Mut, sich auf Verhandlungen einzulassen. Sie wollen sie lieber vorher abbrechen, damit Sie nicht in öffentliche Erklärungsnot kommen. Das ist die Politik, die Sie betreiben.

Klar ist auch: Nichts ist unterschrieben, nicht einmal das kanadische Abkommen. Deswegen ist es auch richtig, dass wir darüber reden. Weil die Verhandlungen offen sind, haben der DGB und das Wirtschaftsministerium etwas ganz Einfaches getan. Wir haben Anforderungen an die Freihandelsgespräche zwischen der EU und den USA definiert. Natürlich sind das auch Anforderungen, die für CETA gelten müssen. Hier ist es nur deshalb schwerer – da hatte der Kollege Ernst recht –, weil erstens die Verhandlungen weit fortgeschritten sind und zweitens bei CETA – anders als bei TTIP – der Investitionsschutz im Mandat ohne Einschränkungen enthalten ist. Das ist bei TTIP nicht der Fall. Dort ist es optional, deswegen ist es dort schwieriger.

Trotzdem sage ich Ihnen: Ich bin dagegen, dass Sie immer Herrn De Gucht zitieren. Der ist auf dem Weg in die Rente. Der scheidet aus der Kommission aus. Ich würde das lesen, was der neue Kommissionspräsident zu diesem Verfahren sagt. Das gibt Ihnen vielleicht ein bisschen Hoffnung. Jean-Claude Juncker sagte am 15. Juli in seiner Erklärung gegenüber dem Europäischen Parlament: Das Abkommen wird nicht zu jedem Preis geschlossen. Wir können nicht unsere Standards im Gesundheitsbereich senken. Wir können nicht unsere Standards im Sozialbereich senken. Wir können nicht unsere Datenschutzstandards senken. Ich möchte nicht, dass der Datenschutz überhaupt Teil der Verhandlungen wird. Ich will nicht, dass wir eine parallele Geheimgerichtsbarkeit schaffen.

Die Vereinigten Staaten wie Europa sind Rechtsstaaten. Wir wenden das Recht an. Wir werden die Verhandlungen mit maximaler Transparenz führen. –

Das sagt derjenige, der jetzt ins Amt kommt. Sie zitieren denjenigen, der aus dem Amt geht. Wir wollen lieber mit dem reden, der jetzt etwas zu sagen hat, und nicht mit dem, der in der Tat nichts mehr zu sagen hat. Da sage ich: Es ist auch gut so, dass er nichts mehr zu sagen hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere noch einmal Jean-Claude Juncker:

Ebenso wenig werde ich akzeptieren, dass die Rechtsprechung der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen für Investorenklagen eingeschränkt wird. Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz müssen auch in diesem Kontext gelten.

Das ist die Verhandlungsposition des neuen Kommissionspräsidenten. Ich finde, es ist die richtige Verhandlungsposition; ihr wollen wir uns anschließen. Insofern sind die Dinge, die wir mit dem DGB verabredet haben, für mich in der Tat verbindliche Leitlinien für die Gespräche mit der Kommission.

Gemeinsam haben BMWi und DGB zuerst die Chancen dieses Freihandelsabkommens beschrieben. Das ist ganz interessant: Sie beziehen sich in Ihrem Antrag am Ende darauf, wenn Sie sinngemäß sagen, wir sollten mit den Verhandlungen neu beginnen. Ich sage Ihnen: Erstens finde ich es doch ein bisschen komisch, dass, unmittelbar nachdem wir das mit dem DGB vereinbart haben, Folgendes veröffentlicht wird – und zwar wird Klaus Ernst persönlich zitiert –:

Linkspartei enttäuscht vom DGB

Fraktionsvize findet Gewerkschafts-Offenheit für das TTIP-Abkommen „unverständlich“

Und dann kommen Sie hierher und sagen zu uns, Sie fänden es doch wunderbar, was der DGB mit uns verabschiedet hat; wir sollten doch mal dazu stehen.

Erstens. Ich stelle fest: Sie möchten gerne, dass der Deutsche Bundestag und die SPD-Fraktion einem Papier zustimmen, das ich mit den deutschen Gewerkschaften erarbeitet habe und das Sie selber ablehnen und kritisieren.

Zweitens. Ich weiß nicht, ob Sie Ihren Antrag kennen; ich lese ihn zur Sicherheit vor.

Darin steht – Drucksache 18/2611 –:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das CE-

TA-Verhandlungsergebnis zurückzuweisen und darauf hinzuwirken, dass die Verhandlungsmandate der EU-Kommission für TTIP und CETA im Sinne der Mindestbedingungen geändert werden.

Das ist doch Ihr Antrag, dem wir zustimmen sollen, oder? Dann sind wir glaubwürdig, oder? Einverstanden? Passen Sie mal auf: Am 12. September 2014 hat die Bundesregierung über das Bundeswirtschaftsministerium folgende Erklärung zum Entwurf des CETA-Vertrags abgegeben, im Drahtbericht dokumentiert:

Deutschland unterstreicht, dass aus Sicht der Bundesregierung Investitionsschutz in CETA nicht erforderlich ist. Zwischen entwickelten Rechtssystemen wie Kanada und EU braucht

man keinen völkerrechtlichen Investitionsschutz. Jedenfalls müssen die Bedingungen aus deutscher Sicht an wichtigen Stellen nachgebessert werden. Das Kapitel Investitionsschutz ist in der vorliegenden Fassung der EU für Deutschland nicht zustimmungsfähig.

Sie fordern uns in Ihrem Antrag auf, etwas zurückzuweisen. Aber das haben wir schon getan. Wissen Sie, warum wir Ihren Antrag ablehnen werden? Wir werden ihn aus zwei Gründen ablehnen. Erstens, weil er unehrlich ist, da Sie das DGB-Abkommen kritisieren, und zweitens, weil er erledigt ist, weil wir das, was Sie fordern, längst getan haben.

Wenn Sie uns wirklich in Schwierigkeiten hätten bringen wollen – ein Tipp für die nächste Sitzung, dann hätten Sie den Mumm haben müssen, den gesamten mit dem DGB vereinbarten Text zur Abstimmung zu stellen. Aber den Mut hatten Sie nicht, weil darin steht, dass die Gewerkschaften das Freihandelsabkommen prinzipiell für eine gute Sache halten. Der Unterschied ist: Die wissen, dass das Millionen von Jobs sichern kann, und Sie wissen das nicht.

Es ist völlig klar, dass wir das Investor-Staat-Schiedsverfahren ablehnen. Bei CETA haben wir das Problem, dass die Verfahren Teil des Verhandlungsmandats sind. Trotzdem bemühen wir uns, auch hier Veränderungen herbeizuführen. Das ist schwieriger als bei TTIP. Aber ich bin sicher, dass die Debatte längst nicht zu Ende ist.

Im Übrigen empfehle ich tatsächlich, das Mandat nachzulesen, auch TTIP; denn darin werden Sachverhalte aufgegriffen, die in der öffentlichen Debatte immer infrage gestellt werden. Es steht zum Beispiel darin, dass das Abkommen auch Mechanismen zur

**Die Vereinigten Staaten wie Europa sind Rechtsstaaten. Wir wenden das Recht an.**

Unterstützung der Förderung menschenwürdiger Arbeit durch die wirksame interne Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation umfassen wird. – Warum haben Sie das vorhin eigentlich nicht zitiert? Für TTIP gibt es doch gar keinen Verhandlungstext. Es ist das Mandat, in dem steht: Ihr müsst die Kernarbeitsnormen durchsetzen.

Man merkt bei Ihnen relativ schnell, worum es geht. Sie nutzen Ängste – die in Teilen im Übrigen durchaus berechtigt sind; ich kritisiere überhaupt nicht, dass Fragen gestellt werden – für Ihre ziemlich populistische und platte Strategie, um Ihren Nationalismus und Ihren Provinzialismus voranzubringen. Sie finden in der Antwort der Bundesregierung viele Beispiele dafür, dass die Bundesregierung und die Europäische Kommission schon jetzt mehr Transparenz schaffen, unter der neuen Kommissarin hoffentlich noch mehr. Die EU-Kommission informiert regelmäßig Zivilgesellschaft und Verbände, auch der Deutsche Bundestag wird regelmäßig informiert. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat im Mai außerdem einen Beirat für TTIP berufen – das gilt sicher auch für CETA –, dem Vertreter von Wirtschaft, Gewerkschaften, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden sowie des Kulturbereichs angehören. Ich hoffe, dass das in der Europäischen Union Beispiel macht.

Der Investitionsschutz ist schon von der alten Bundesregierung in der Art, wie er jetzt geplant ist, nicht für erforderlich gehalten worden. Daran hat sich nichts geändert. Übrigens gibt es inzwischen auch in den USA und Kanada Freihandelsabkommen ohne solche Bestimmungen, zum Beispiel zwischen den USA und Australien, Singapur oder Israel. In jedem Fall muss der Handlungsspielraum des Gesetzgebers gewahrt bleiben. Darauf werden wir nicht nur bei den Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten achten, sondern jetzt auch in der Debatte über das

**Auch bei CETA ist diese Form von Investor-Staat-Schiedsverfahren überflüssig.**

kanadische Abkommen, dessen Ausarbeitung leider viel weiter vorangeschritten ist. Es darf keine doppelten Standards geben. Es darf nicht sein, dass internationale Investoren vor Schiedsgerichten Rechte und Einflussmöglichkeiten erhalten, die nationale Unternehmen im eigenen Land nicht haben. Das macht deutlich, dass auch die Wettbewerbsgleichheit notwendig ist.

Im Verhandlungsmandat für

TTIP ist kein Automatismus zur Einrichtung von Investor-Staat-Schiedsverfahren vorgesehen. Deswegen ist es gut, dass die EU-Kommission die Verhandlungen darüber ausgesetzt hat und ein Konsultationsverfahren durchführt. Allerdings haben die Kommission und der Europäische Rat bei CETA – ich glaube, im Jahr 2011 – das Europäische Parlament ignoriert und Investor-Staat-Schiedsverfahren im Mandat vorgesehen. Ich bin der Überzeugung: Auch bei CETA ist diese Form von Investor-Staat-Schiedsverfahren überflüssig. Deswegen habe ich Ihnen eben noch einmal die Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums im handelspolitischen Ausschuss der EU am 12. September 2014 vorgetragen. Darin steht, was Sie vom Parlament verlangen, nämlich dass die Bundesregierung das Schiedsverfahren zurückweisen soll. Das ist erfolgt. Ihr Antrag hat sich deshalb erledigt, sehr geehrter Herr Ernst.

Das Kapitel zum Investitionsschutz ist laut Protokoll – ich zitiere – „in der vorliegenden Textfassung für DEU nicht zustimmungsfähig“. – Wir haben also klar Stellung bezogen. Ich bin der Auffassung, dass es im deutschen Interesse ist, CETA an dieser Stelle zu verändern und auch zum Erfolg zu bringen. Wir haben für Europa viel erreicht. Wir haben Zugang für öffentliche Beschaffung bis hinab zur Ebene der Provinzen erreicht. Produkt- und Herkunftsbezeichnungen sind gesichert. CETA ist ein gutes Abkommen. Es wäre falsch, es jetzt grundsätzlich infrage zu stellen oder sich bereits jetzt dagegen zu positionieren. Wir müssen vielmehr versuchen, diesen kritischen Punkt mit der EU und mit Kanada weiterzuverhandeln. Er ist viel zu unbedeutend – das sagt der Gutachter aus –, als dass wir deshalb das gesamte Abkommen jetzt schon sozusagen in den Orkus schicken sollten. Ich glaube, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Morgen wird die EU erklären, dass die Verhandlungen abgeschlossen sind. Das kann ich verstehen. Die Kommission geht aus dem Amt und will noch etwas abliefern. Das ist aber am 18. Oktober 2013 schon einmal passiert, und danach ist trotzdem kräftig weiterverhandelt worden. Wir werden vermutlich mindestens acht Monate brauchen, bis die Übersetzungen und die Voraussetzungen für eine Unterzeichnung überhaupt vorliegen. Wir sollten dringend alles dafür tun, in dieser Zeit

Mehrheiten für die deutsche Position, auch im Hinblick auf CETA und das Investitionsschutzverfahren, zu bekommen.

Viel einfacher wäre es, wenn es Staat-zu-Staat-Schiedsverfahren gäbe. Somit würde man verhindern, dass Unternehmen einfach loslaufen und versuchen, ihren Interessen Geltung zu verschaffen. Ich weise aber auch darauf hin, dass der Gutachter vom Max-Planck-Institut der Überzeugung ist, dass das jetzige Abkommen für die Investoren eigentlich zu schlechte Bedingungen schafft.

So wichtig und notwendig es ist, die deutschen Positionen zu beschreiben, so wichtig ist es auch, bei dieser Debatte auf Folgendes hinzuweisen: Wir reden hier über ein europäisches Projekt. Man muss ein bisschen aufpassen, dass man nicht glaubt, ausländische Investoren hätten den Eindruck, überall in Europa seien ihre Inves-

tionen so sicher wie in unserem Land. Es gibt ein paar Mitgliedstaaten, in denen wir Verfahren führen und Hermesbürgschaften für die Zukunft sperren, weil dort der Investorenschutz nicht gegeben ist. Das heißt: Wenn man beim Thema Investorenschutz den Blick nur auf Deutschland richtet, dann ist dieser natürlich verkürzt.

Wir alle wissen: Es gibt Mitgliedstaaten der Europäischen Union, in denen die Unternehmen nicht immer vor Willkür geschützt sind und es eine politische Einflussnahme gibt, die es ihnen wirklich schwer macht. Deswegen ist der Weg zum Freihandelsabkommen nicht so einfach, wie das

hier einige Kolleginnen und Kollegen in der Öffentlichkeit immer wieder gerne darstellen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir Freihandel brauchen. Wir brauchen Freihandel aber nicht um jeden Preis. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir keine Investor-Staat-Schiedsverfahren, wie sie hier vorgeschlagen werden, brauchen. Ich bin auch der Überzeugung, dass wir reden und verhandeln müssen. Es macht keinen Sinn, die Verhandlungen jetzt abzubrechen, somit Risiken für gegeben anzunehmen und Chancen auf Arbeitsplätze in Europa zu zerstören.

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Schiedsverfahren steht zu Recht in der Kritik



Anton Hofreiter (\*1970)  
Landesliste Bayern

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man kann vom amerikanischen Chlorhuhn halten, was man will. Das antibiotikaverseuchte Hühnchen aus Europa ist sicher nicht besser. Aber eines hat das Chlorhühnchen erreicht: Es hat es geschafft, dass der Scheinwerfer auf die Verhandlungen zu TTIP und CETA gerichtet ist. Wir führen eine schöne, breite und öffentliche Debatte darüber. Aber man hat den Eindruck, dass das vielen nicht gefällt. Die EU-Kommission scheut die öffentliche Auseinandersetzung darüber offensichtlich so sehr, dass sie eine Europäische Bürgerinitiative dazu ablehnt, sie verhindert bzw. ausbremst.

Haben die Befürworter von TTIP und CETA so wenig überzeugende Argumente? Müssen sie die offene Debatte so sehr scheuen? Im Fall der Schiedsverfahren für Konzerne stelle ich eindeutig fest: Ja.

Diese Schiedsverfahren stehen

völlig zu Recht in der Kritik. Hinterzimmergerichte urteilen, ob demokratisch verfasste Gesetze den Gewinninteressen der Unternehmen entgegenstehen. In der Konsequenz droht, dass Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuergeldern Millionen und Milliarden als Schadensersatz zahlen müssen.

Das ist keine rein theoretische Sache. Wir kennen solche Fälle bereits. Philip Morris zum Beispiel verklagt Uruguay wegen Gesundheitsschutzmaßnahmen im Bereich der Zigarettenindustrie auf Schadensersatz in Millionenhöhe. Oder Vattenfall: Vattenfall hat Hamburg und die Bundesrepublik Deutschland verklagt – im Fall der Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Atomausstiegs. Dabei geht es um Milliardensummen. Und diese Klagemöglichkeit wollen Sie jetzt noch ausweiten? Herr Gabriel erzählt uns hier – das ist ja schön –, er wolle sie nicht wirklich ausweiten. Mir fällt da eine in einem ganz anderen Zusammenhang geäußerte Formulierung ein: Verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre.

Ich meine damit: Es ist ja schön, was Sie uns hier alles erzählen. Entscheidend ist aber nicht, was Sie uns hier erzählen, sondern die entscheidende Frage ist: Stimmt die Bundesrepublik Deutschland am Ende einem Abkommen zu, in dem genau diese Klagemöglichkeit enthalten ist? Das ist die entscheidende Frage, und das ist das, was wir von Ihnen wissen wollen.

Für Sie, Herr Gabriel, und für die SPD müsste es doch eigentlich eine klare Sache sein, auf welcher Seite Sie stehen. Aber eingeklemmt zwischen Frau Merkel und dem BDI auf der einen Seite und dem Widerstand der Bürgerinnen und Bürger, der Umweltschutzbewegung, der Verbraucherschutzbewegung, der Kulturschaffenden und der mittelständischen Industrie haben Sie sich offensichtlich für so eine Art Eiertanz entschieden. Schauen wir uns an, was am Wochenende passiert ist: Am Wochenende konnten wir ein schönes Schauspiel beobachten. Wir konnten wunderschön beobachten, wie sich die SPD auf ihrem Parteikonvent unter Ausschluss der Öffentlichkeit, hinter verschlossenen Türen darüber aufgeregt hat, dass diese Verhandlungen im Rahmen der Geheimdiplomatie stattfinden, dass es bei diesen Verhandlungen an Transparenz mangelt. Ist Ihnen das nicht selbst total absurd vorgekommen?

Am Ende haben Sie sich entschieden – damit sind Sie ganz zufrieden und glücklich –, gegen diese Investitionsschutzverfahren zu sein. Aber was war 48 Stunden später, Herr Gabriel? 48 Stunden später haben Sie ein Gutachten veröffentlicht, nach dem diese Investitionsschutzklauseln gar nicht so schlimm sein sollen. Das steht in einem von Ihnen bestellten Gutachten. Sie haben zu dem Gut-

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Fortsetzung auf nächster Seite

achter schon einiges gesagt. Wissen Sie, auch wenn dieser Gutachter Wissenschaftler am Max-Planck-Institut ist und wir diesem Gutachter als Person nichts Schlechtes nachsagen wollen, sollten Sie sich einmal Folgendes überlegen: Der Gutachter arbeitet für diese Schiedsgerichte. Er ist nominiert für diese Schiedsgerichte. Und Sie erwarten von ihm, dass er diese Schiedsgerichte neutral beurteilt? Das ist doch nicht wirklich Ihr Ernst?

Ich habe den Eindruck, dass Sie schlichtweg Ihr Einklicken vorbereiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie haben eine ganz

schöne Kampagne mit vielen bunten Bildern für TTIP gestartet. Rauf und runter loben Sie die Chancen, die dadurch für den Mittelstand entstehen. -Hören wir uns doch einmal gemeinsam an, was der Mittelstand selbst dazu sagt. Ich meine nicht das, was der Mittelstand nach Meinung der CDU zu denken hat, sondern das, was der Mittelstand selbst sagt. Eine gute Quelle ist der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft. Er hat eine sehr klare Stellungnahme abgegeben – ich darf zitieren –:

Der Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus ... ist in dem geplanten TTIP-Abkommen zwischen der Europäischen Union

und den USA überflüssig und strikt abzulehnen. Die geplanten Regelungen benachteiligen die mittelständische Wirtschaft, hebeln die Rechtsstaatlichkeit aus und gehen so zu Lasten der Mitgliedsstaaten der EU.

Der Mittelstand fürchtet zu Recht, dass diese Verfahren nur den Großkonzernen nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, -hören Sie doch einfach auf den Mittelstand, anstatt ihm zu sagen, was er zu denken hat, und lehnen Sie diese Verfahren doch einfach einmal ab! Mich persönlich würde auch interessieren: Was ist eigentlich die Meinung der Bundesregie-

rung? Die Meinungen der einzelnen Teile haben wir inzwischen gehört, aber es wäre doch schön, bei dieser wichtigen Frage zu hören, was die gemeinsame Meinung der Bundesregierung ist. Es ist doch vollkommen absurd, wie gespalten Sie hier auftreten.

Zum Abschluss. Ja, wir wollen ein gutes Abkommen. Wir wollen ein Abkommen, das den Unternehmen und den Menschen nutzt. Wir wollen ein Abkommen, das unnötige Bürokratie und Zölle abbaut. Wir wol-

len ein Abkommen, das zu höchsten Standards führt und diese höchstens Standards zur Regel werden lässt. Dazu sagen wir Ja. Aber wir sagen klar Nein zu einem Abkommen voller Privilegien für die Konzerne und Nachteile für die mittelständische Wirtschaft, voller Risiken für Verbraucher und Umwelt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Peter Tauber, CDU/CSU:

## Angewiesen auf Abbau von Handelshemmnissen



Peter Tauber (\*1974)  
Wahlkreis Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten

Es wird Sie nicht verwundern: CDU und CSU sind für die Freihandelsabkommen mit den USA und mit Kanada. Wir sind fest davon überzeugt, dass nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Menschen in unserem Land, die Menschen in

Europa und auch die Menschen in den USA und Kanada von solchen Abkommen profitieren können. So gerne ich mit Ihnen, auch mit Ihnen, lieber Herr Hofreiter, in den kleinteiligen Disput eintrete, tut es not, dass wir uns noch einmal vergewissern, warum wir über Freihandelsabkommen reden. Es geht im Kern um die Frage, ob wir als Europäer gemeinsam mit unseren transatlantischen Partnern bis weit in das 21. Jahrhundert hinein weltweit Standards setzen oder ob wir das nicht tun und anderen überlassen. Das ist die zentrale Frage dabei, warum wir für oder gegen ein Freihandelsabkommen sind. Sie haben sich entschieden, dagegen zu sein. Das muss man an dieser Stelle einmal festhalten. Das bedeutet also: Sie sind bereit, darauf zu verzichten, dass die Europäer, die Amerikaner und Kana-

dier gemeinsam darüber reden, welche Standards wir weltweit setzen wollen. Das kann man zunächst einmal festhalten, bevor wir uns den Details nähern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei, zunächst einmal beglückwünsche ich Sie zu Ihrem Mut. Fragen zu stellen, ist ja nicht verkehrt; denn meistens dient es der Bewusstseinsweiterung und auch der Bildung. Das Ganze wird nur dann schwierig, wenn Sie Fragen stellen, bei denen man davon ausgehen kann, dass sie Ihnen weiterhelfen, Sie dann aber komplett die Antworten, die die Bundesregierung Ihnen gegeben hat, ignorieren. Das hat man an der Debatte und an Ihrem Beitrag, lieber Herr Ernst, sehr deutlich gemerkt.

Was haben Sie in der Vergangenheit getan, wenn über die Freihandelsabkommen geredet wurde? Sie haben jeweils nach Symbolen gesucht, mit denen die Ängste und auch die kritischen Fragen von Menschen verstärkt worden sind. Sie haben sich an keiner Stelle in der Debatte darum bemüht, Ängste und Sorgen aufzugreifen und ihnen positiv zu begegnen, indem Sie sagen: Wir versuchen, dies im Sinne der Menschen umzusetzen, Sorgen aufzugreifen und eine Antwort zu geben. – Das Erste war das Chlorhühnchen. Nachdem klar war, dass das Chlorhühnchen mit dem Freihandelsabkommen nicht kommt, haben Sie sich etwas Neues gesucht. Dann war es Fracking. Sie sagten, dass Fracking durch die Hintertür mit dem Freihandelsabkommen bei uns eingeführt wird. Als klar war, dass auch Fracking nicht durch die Hintertür mit dem Freihandelsabkommen kommt,

haben Sie als Nächstes gesagt: Es wird ja alles so geheim und intransparent verhandelt; man weiß gar nicht, was wirklich kommt.

Nachdem jetzt klar ist, dass sehr wohl für alle nachvollziehbar ist, worüber wir da eigentlich reden, rudern Sie ein bisschen herum.

Am Ende kommen Sie zu einer grundlegenden Haltung. Bei den Linken ist diese noch durch einen tief verwurzelten Antiamerikanismus gespeist. Bei den Grünen, bei Ihnen, Herr Hofreiter, höre ich jetzt eine leichte Wendung heraus: Grundsätzlich ist man nicht dagegen.

Schauen Sie sich einmal selber an, wie Sie sich dazu äußern.

An die Adresse der Linkspartei gerichtet muss man sagen: Sie haben klar gesagt, Sie wollen ein Freihandelsabkommen nicht positiv begleiten. Ich kann mich, ehrlich gesagt, an keine politische Debatte in diesem Hohen Hause erinnern, in der die Linkspartei irgendein Projekt, das in die Zukunft weist, positiv begleitet hätte; insofern ist diese Haltung nicht verwunderlich.

An die Adresse der Grünen: Vielleicht haben Sie gelesen, was Ihr grüner Ministerpräsident, Herr Kretschmann, heute im Zeit-Interview gesagt hat, an Ihre eigene Adresse gerichtet.

Er sagt in dem Interview: Warum geht meine Partei so defensiv ran, mit so einer Abwehrhaltung? Da muss man doch offensiv reingehen und das gestalten. – Das sagt Ihr Ministerpräsident an Ihre Adresse gerichtet. Vielleicht nehmen Sie sich daran für die Zukunft mal ein Beispiel. Genau darum geht es bei dem Freihandelsabkommen.

Warum ist so ein Abkommen per se erst einmal eine gute Sache? Wir müssen uns natürlich die Inhalte anschauen und dann entscheiden – wobei Sie diese Ent-

scheidung durch Ihre ablehnende Haltung schon vorwegnehmen. Es kommt doch darauf an, dass wir die richtigen Dinge hineinschreiben. Aber wenn wir uns dem positiv nähern, dann ist ja die spannende Frage: „Warum wollen wir dieses Abkommen?“, und es gibt viele, viele gute Gründe:

Weltweit steht Deutschland auf Platz eins der Länder mit der dichtesten Vernetzung der Volkswirtschaften. Das heißt, wir sind ganz besonders darauf angewiesen, dass Handelshemmnisse abgebaut werden, für unsere Wirtschaft, und zwar nicht nur, wie Sie suggerieren, für die großen Konzerne, sondern auch für die kleinen Unternehmen, für den Mittelstand, für viele KMU. Ich will Ihnen da nachher gerne noch ein Beispiel näherbringen.

Die University of Chicago hat in einer aktuellen Studie errechnet, dass der reale Wohlstand in Deutschland ohne diese zahlreichen Handelsbeziehungen nur halb so hoch wäre. Und da stellen Sie ernsthaft die grundsätzlichen Vorteile eines solchen Abkommens infrage? Das ist in der Tat nur schwer nachvollziehbar.

Jetzt geht es um die Frage: Was sind denn die auch von der Bundesregierung an vielen Stellen schon formulierten roten Linien, was ist denn unsere Position in diesen Verhandlungen? Natürlich haben wir klar gesagt, dass wir bei der Nachhaltigkeit, beim Gesundheits-, Verbraucher- und auch Arbeitnehmerschutz, beim Warenhandel positive Impulse setzen wollen. Natürlich wollen wir keine Standards preisgeben. Sie suggerieren das immer; aber in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Linken wird deutlich, dass wir die positiven Impulse eines solchen Abkommens stärken wollen. Dort



Freihandel: Befürworter hoffen auf Jobs und Wachstums. Kritiker befürchten, dass Sozial- und Umweltstandards untergraben werden.

**CDU und CSU sind für die Freihandelsabkommen mit den USA und mit Kanada.**

heißt es – ich darf zitieren –:

Der Verzicht auf ein solches Freihandelsabkommen zwischen den beiden größten Wirtschaftsräumen der Welt – Europa und USA – würde zugleich den Verzicht auf Einflussnahme für internationale Standards in den globalisierten Wirtschaftsbeziehungen bedeuten.

Das heißt, es geht nicht nur um die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA, sondern wir greifen weit darüber hinaus, wenn es darum geht, unseren Standards bei den genannten Punkten Verbraucherschutz, Umweltschutz weltweit zur Durchsetzung zu verhelfen.

Dann gibt es eine zweite Legende, die Sie immer wieder bemühen: Nur die großen Konzerne würden von solchen Abkommen profitieren. – Das ist nicht so. Es gibt dazu eine aktuelle Studie. Sie haben die Zahlen des ifo-Instituts erwähnt. Wir haben darauf zurückgegriffen bei unserer Kampagne für ein Freihandelsabkommen; denn diese Zahlen zeigen genau das Gegenteil: dass, wenn wir das Abkommen gut verhandeln,

die normalen Bürgerinnen und Bürger die Chance haben, davon zu profitieren.

Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt, der in der Debatte von Ihnen völlig negiert wird.

Sie behaupten ferner, das werde alles geheim verhandelt und keiner wisse, was in dem Abkommen stehe. Ich frage mich ernsthaft, was Sie für ein Selbstverständnis

als Abgeordnete haben und was für eine Kollegialität Sie hier zum Ausdruck bringen. Glauben Sie ernsthaft, dass die Kollegen in unserer Fraktion, dass die Kollegen im Europäischen Parlament – egal welcher Fraktion sie angehören – so ein Abkommen abnicken, ohne es sich anzuschauen, ohne eigene Vorstellungen einzubringen?

– Es lässt tief blicken, was Ihr eigenes parlamentarisches Selbstverständnis angeht, wenn Sie Kolleginnen und Kollegen so etwas unterstellen. Das ist zutiefst unkollegial und einfach nur billige Polemik für den kurzen Effekt; mehr ist es nicht.

Was sind die Vorteile, auch für den Mittelstand? Wenn wir dieses

Abkommen gut verhandeln, dann können in Europa mehr als 1 Million zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Sie appellieren doch immer, dass wir Impulse setzen für die Staaten in Süd-, Ost- und Mitteleuropa. Selbst in Deutschland, das sagen Prognosen, könnten bei den richtigen Rahmenbedingungen 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

Der deutsche Export in die USA könnte sich um 94 Prozent steigern.

Das alles sind positive Chancen, die nicht von vornherein gegeben sind und die wir ergreifen müssen. Es kommt auf das Ergebnis an. Wenn wir immer nur darauf schauen, dass es nicht klappt, dann werden wir die Zukunft nicht gewinnen. Deswegen ist es so enorm wichtig, dass wir die richtigen Leitplanken einziehen und positiv in diese Debatte gehen.

Dasselbe gilt in Bezug auf die Steigerung der realen Löhne. Wenn das Abkommen richtig verhandelt ist, dann kann jedem Haushalt mit vier Personen am Ende ein zusätzliches Einkommen von bis zu 545 Euro zur Verfügung stehen, ohne dass die Standards abgesenkt werden. Das ist eine gute und wichtige Botschaft.

Es gibt einen schönen Satz der

Präsidentin des Gesamtverbandes der deutschen Textil- und Modeindustrie, in dem viele kleine und mittelständische

Unternehmen zusammengeschlossen sind. Sie hat gesagt, es wäre ganz schön, wenn man dieses Thema „mal ohne German Angst“ diskutieren würde. Genau das müssen wir tun, und dazu sind Sie leider nicht in der Lage.

Sie erinnert uns daran, dass die deutsche Textil- und Modeindustrie einen Jahresumsatz von 28 Milliarden Euro hat, und sie ist Weltmarktführer bei hochinnovativen technischen Textilien für Medizintechnik, Bautechnik, Luft- und Verkehrstechnik. Aber: Für diese Branche gibt es Handelschranken. Die Kosten für Einfuhrabfertigung und Einhaltung aller Vorschriften führen dazu, dass sich die Produkte um bis zu 20 Prozent verteuern. Es gibt in diesem Bereich eine Bürokratie, die wir dringend abbauen müssen, weil sie für kleine und mittelständische Unternehmen schlichtweg nicht zu leisten ist.

Wenn Sie einen Männeranorak, wesentlich aus Baumwolle, in die

USA exportieren wollen, dann zahlen Sie dafür einen Zollsatz von 9,4 Prozent.

Wenn derselbe Anorak hauptsächlich aus Chemiefasern hergestellt ist, dann liegt der Zollsatz bei 27 Prozent. Das ist ein gutes und ganz lebensnahes Beispiel, weg von Ihren Angst-szenarien, die Sie aufbauen. Dieses

Beispiel zeigt, warum wir ein solches Freihandelsabkommen wollen. Davon profitieren nämlich auch die Bürgerinnen und Bürger und nicht nur die Industrie, und es gilt, unseren Standards und Werten auch im Wirtschaftsbe-reich zur Durchsetzung zu verhelfen. Es wäre schön, wenn Sie sich dem nicht weiter verschließen, sondern einen Beitrag dafür leisten würden, dass unser Land dort eine Perspektive bekommt und wir die transatlantische Partnerschaft auch in diesem Bereich stärken. Das wollen und das können Sie aus ideologischen Gründen nicht, und das ist sehr bedauerlich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Glauben Sie, dass die Kollegen so ein Abkommen abnicken, ohne es sich anzuschauen?**

**Das alles sind positive Chancen, die wir ergreifen müssen.**

**Sie sprechen nicht davon, dass es uns um öffentliche Daseinsvorsorge geht.**

**Das, liebe Fraktion der Linken, ist Kindergarten, große Gruppe.**

Wolfgang Tiefensee, SPD:

## Wir nehmen die öffentliche Diskussion ernst



Wolfgang Tiefensee (\*1955)  
Landesliste Sachsen

Wir diskutieren einmal mehr über TTIP und über CETA. Diese Debatte ist gut, weil wir das, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird, sehr ernst nehmen. Ich will ausdrücklich unterstreichen, dass wir diese öffentliche Debatte brauchen und all denjenigen, die sich kritisch äußern, zurufen: Meldet euch! Wir wollen mit euch diskutieren.

Was schlecht ist, ist die Grundlage der heutigen Debatte, nämlich die drei uns vorliegenden An-

träge. Einer ist von der Fraktion Die Linke. Er zeichnet sich dadurch aus, dass man das, was auf dem Parteikonvent gesagt wurde, als Steinbruch genommen hat, sich genau die Passagen herausgesucht hat, die einem passen, sie zusammengeschrieben und zu einem Antrag formuliert hat. Das, liebe Fraktion der Linken, ist Kindergarten, große Gruppe.

Etwas einfach nur abzuschreiben, keine eigenen Ideen vorzutragen und vor allen Dingen dann auch noch den eigentlich entscheidenden Punkt wegzulassen, ist für ein solches Haus eigentlich nicht akzeptabel. Das sollten Sie in der Zukunft unterlassen.

Was meine ich damit? In der öffentlichen Debatte kommt es zuallererst darauf an, zu berichten, warum

wir ein solches Abkommen überhaupt abschließen wollen, warum es diese Verhandlungen gibt. Wir

müssen -zunächst deutlich machen, dass wir die Handelsräume zusammenführen, die sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse, diese unsäglichen unterschiedlichen Normen und Standards, abbauen und die Verfahren für Mittelstand und Großindustrie erleichtern wollen. Wenn wir das kommuniziert haben, dann sollten wir auch -sagen, wo die roten Linien sind. Genau das tun Sie nicht. Sie suchen immer wieder Gelegenheiten und Sie suchen – wie in einem Steinbruch – Textbausteine, um deutlich zu machen: An dieser Stelle mit uns nicht. – Ich bitte Sie, irgendwann ausdrücklich zu erklären: Wir wollen keine Freihandelsabkommen. Wir wollen TTIP nicht. Wir wollen CETA nicht.

In diesem Fall würde Ihr Antrag aus einem Satz bestehen. Dann könnte man ihn viel einfacher verstehen und natürlich viel einfacher ablehnen.

Das Gleiche gilt im Übrigen aber auch für den Antrag der Grünen. Ich habe in den Gesprächen, die wir nicht zuletzt auch im Ausschuss miteinander geführt haben, gelernt, dass Sie offensichtlich nicht zu der Fraktion gehören, die Freihandelsabkommen grundsätzlich ablehnt.

Willkommen im Klub! Das ist gut. Sie machen das Gegenteil von dem, was die Linke tut. Aus den roten Linien, also dem, was wir in den Verhandlungen verhindern wollen, greifen Sie sich nur einen Teil heraus – wahrscheinlich den, der ganz besonders populär ist.

Sie sprechen nicht davon, dass wir verhandeln wollen, dass die ILO-Kernarbeitsnormen in einem Kapitel ihren Widerhall finden müssen. Sie sprechen nicht davon, dass es uns um öffentliche Daseinsvorsorge geht. Sie sprechen nicht davon, dass wir die Standards nicht absenken wollen, sondern dass wir die US-Standards und die europäischen Standards auf das jeweils höchste Niveau heben wollen. Sie sprechen nicht davon, dass wir bei Kultur und Medien aufpassen wollen, dass beispielsweise die Buchpreisbindung nicht unter die Räder gerät.

Das alles spielt keine Rolle, weil es in der Diskussion kein so schlagkräftiges Argument ist. Sie beziehen sich nur auf einen Teil. Deshalb also meine Bitte: Reden Sie Klartext. Stehen Sie zu den Verhandlungen. Stehen Sie dazu, dass wir die Vorteile für den Mittelstand, für die Industrie, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzen und dass wir alles Erdenkliche tun wollen, dass diese Abkommen zum Abschluss kommen. Oder stellen Sie sich auf die andere Seite, die alles grundsätzlich -ablehnt.

Ich will es hier noch einmal ganz deutlich sagen: Die sozialdemokratische Fraktion wird alles dafür tun, dass sowohl CETA als auch TTIP keinen Investorenschutz und keine Schiedsgerichtsklausel enthalten, dass die ILO-Kernarbeitsnormen ihre Verankerung finden, dass die Standards nicht abgesenkt werden, dass der öffentliche Dienst nicht gefährdet wird, dass es keine genmanipulierten Nahrungsmittel gibt. Das sind unsere Ziele. Diese werden wir durchsetzen, und zwar auf unserem Wege.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Alexander Ulrich, DIE LINKE:

## Abbruch der TTIP-Verhandlungen – ohne Wenn und Aber



Alexander Ulrich (\*1971)  
Landesliste Rheinland-Pfalz

Die Linken lehnen CETA ab, und wir wollen, dass die Verhandlungen zu TTIP abgebrochen werden – ohne Wenn und Aber. Wir lassen da keine Zweifel. Wir wollen Ihnen nur die Chance geben, zu erklären, ob

Sie bereit sind, auch parlamentarisch für die roten Linien zu kämpfen, die Sie am Wochenende beschlossen haben. Die heutige Debatte zeigt, dass Sie das nicht wollen.

Wir haben einen Wirtschaftsminister, der uns heute erklärt, dass alle diejenigen, die Kritik an diesen Verfahren, an diesen Inhalten äußern, offensichtlich die Jobkiller Deutschlands sind. Ich frage Sie, Herr Wirtschaftsminister: Haben Sie schon einmal bemerkt, dass wir auch ohne diese Verträge sehr erfolgreich im Export sind?

Sie legen ja großen Wert auf das, was Sie scheinbar mit dem DGB beschlossen haben.

Ich möchte dazu einmal Herrn Wetzel von der IG Metall zitieren, der Folgendes gesagt hat – am gleichen Tag, als Sie das Papier

veröffentlicht haben. Er sagt: Dieses Papier steht unter einem Vorbehalt. Wortwörtlich:

Die IG Metall erwartet, dass die Bundesregierung den aktuellen Entwurf zum Handelsabkommen CETA mit Kanada ablehnt und dies auch auf EU-Ebene durchsetzt. Das ist die Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit der Vereinbarung.

Sie bleiben hier auch die Antworten schuldig. Sie erklären uns, man bräuchte dem Antrag ja nicht zuzustimmen, denn das wäre ja schon umgesetzt. Dann frage ich Sie in Ihrer Eigenschaft als SPD-Parteivorsitzender: Wenn das schon alles umgesetzt ist, warum haben Sie dann am Wochenende so viel Mühe gehabt, das bei Ihren Leuten überhaupt durchzukriegen?

Offensichtlich ist ja noch nichts durchgesetzt.

Herr Tiefensee erklärt uns hier: Investorenschutz soll aus TTIP heraus bzw. ist nicht Bestandteil. Gucken Sie sich den Vertrag an, da steht drin: „soll“ und „kann“. Natürlich: Jeder weiß doch, dass das, was morgen veröffentlicht wird, die Blaupause für TTIP ist. Oder glauben Sie ernsthaft, dass die Amerikaner mit der Europäischen Union eine schlechtere Vereinbarung schließen als die Kanadier?

Wenn Sie sich hier hinstellen und uns vorwerfen, wir würden Arbeitsplätze gefährden, muss ich sagen: Dann finden wir uns in einer richtig großen Runde von -Umweltverbänden, von Verbraucherschützern, kirchlichen Organisationen, mittelständischen Unternehmen wieder. Auch viele Kommunalpolitiker mit CDU-, CSU- und mit SPD-Parteibuch gehören dazu. Das geht bis zu den Bierbauern, Herr Kauder. Sie alle haben Angst vor dem, was hier gemacht wird. Wenn diese ganzen Organisationen quasi Jobs gefährden, ja, dann muss ja etwas daran sein, dass das wohl nicht so ist,

wie Sie sagen. Oder glauben Sie wirklich, die IG Metall oder mittelständische Unternehmen würden Kritik äußern, weil sie Jobs vernichten wollen? Offensichtlich ist die Bundesregierung nicht bereit, diese große Anzahl von Verbänden, Organisationen ernst zu nehmen. Sie will sie in eine Ecke stellen. So kann man zwar Politik betreiben, aber die SPD wird deshalb nie mehr einen Kanzler stellen.

Gucken Sie sich einmal an, wie viele Jobs durch das Abkommen NAFTA „entstanden“ sind. In den USA sind 1,2 Millionen Jobs verloren gegangen, in Mexiko über 1 Million allein in der Landwirtschaft. Es gibt kein -Abkommen in der Welt, das nicht Sozial- und die Umweltstandards gefährdet und nicht Jobs vernichtet hat. Sie führen hier eine Debatte ums Goldene Kalb, nur um die Interessen der Verbraucher und der Arbeitnehmer der Wirtschaft zu opfern. Sie sind der verlängerte Arm der Kapitalisten und Großkonzerne.

(Beifall bei der LINKEN)

Andreas G. Lämmel, CDU/CSU:

## Freihandel hilft kleinen und mittleren Unternehmen



Andreas G. Lämmel (\*1959)  
Wahlkreis Helmstedt – Wolfsburg

Das ist schon ein Trauerspiel, was sich heute hier abspielt.

Nachdem ich die Beiträge vor allem von der Linksfraktion verfolgt habe, muss ich klarstellen: Es geht hier nicht um ein Beistands- und Freundschaftsabkommen zwischen sozialistischen Bruderländern, bei dem einer bestimmt, was zu tun ist, und den anderen ausplündert. Vielmehr diskutieren wir über Freihandelsabkommen, die für die Welt sehr wichtig sind.

Herr Ernst, Sie haben sich hier aufgeplustert. Ich kann Ihnen nur raten: Bleiben Sie ruhig! Als vor zwei Jahren das letzte Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Südkorea ge-

schlossen wurde, ist das an Ihnen wahrscheinlich völlig vorbeigegangen. Das Thema Welthandel hat Sie damals überhaupt nicht interessiert. Auf jeden Fall ist schon zwei Jahre nach Abschluss dieses Freihandelsabkommens sichtbar, welche positiven Effekte es für beide Seiten hat, sowohl für die südkoreanische Wirtschaft als auch in überproportionalem Maße für die deutsche Wirtschaft.

Dass nun die zwei wirtschaftsstärksten Räume der Welt, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten, begonnen haben, über ein Freihandelsabkommen zu verhandeln, ist doch das Beste, was uns passieren kann. Es mag sein, dass Ihnen das nicht passt. Aber dass Sie Ihre Versuche, die Sie in den letzten Monaten unternommen haben, um dieses Abkommen zu diskreditieren, nun als Willen der Bürger darstellen, ist schlimm. Herr Hofreiter, hier kann ich Sie nicht herauslassen, auch wenn Sie nun sagen, dass Ihr Hinweis auf das Chlorhühnchen nicht so ernst gemeint gewesen sei. Tatsächlich haben Sie das Chlorhühnchen als Beispiel genutzt, um von Anfang an die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu diskreditieren. Nun bekommen Sie

es mit der Angst zu tun, weil Sie offensichtlich die Geister, die Sie riefen, nicht mehr einfangen können. Die Grünen positionieren sich wieder einmal ganz klar als eine Partei, die sich gegen alles stellt. Das ist nach wie vor Ihre Position. Ich warte ab, was Ihr heutiges „Ja, aber“ tatsächlich bedeuten wird.

Nun zu den Schiedsgerichten. Es wird so getan, als ob Schiedsgerichte das Schlimmste auf der Welt wären. Schiedsgerichte sind aber keine neue Erfindung. Sie legen beispielsweise Nachbarschaftsstreitigkeiten über Knallerbsensträucher bei. Auch bei der Welt Handelsorganisation und der Weltschiffahrtsorganisation gibt es Schiedsgerichte und Schiedsverfahren. Bei einem Schiedsgericht ist es doch erstens wichtig, dass man klar definiert, was denn überhaupt Gegenstand eines Schiedsverfahrens sein darf, zweitens, wie man die Schiedsrichter beruft, und drittens, wie öffentlich so ein Verfahren ist. Deswegen kann man aus meiner Sicht nicht von vornherein sagen, Schiedsgerichte seien definitiv abzulehnen. Darauf hatte der Minister hingewiesen. Sie von der linken Seite stellen es so dar, als ob Deutschland Verhandlungsführer wäre. Das

stimmt nicht. Da müssen Sie einmal die europäischen Verträge lesen. Sie lesen aber nur die Passagen, die Ihnen irgendwie nützlich sein könnten. In den europäischen Verträgen steht ganz klar, dass die Mitgliedstaaten das Recht der Verhandlungen an die Europäische Kommission abgetreten haben. Die Bedingungen, über die wir hier diskutieren, sind natürlich nicht in allen europäischen Ländern gleich. Rumänien und Bulgarien zum Beispiel sind Länder, bei denen man nicht davon ausgehen kann, dass das rechtliche System so gestaltet ist wie in Deutschland. Man muss bei diesen Verhandlungen natürlich schon die Situation in allen europäischen Ländern im Auge haben.

Die Freihandelsabkommen, die bisher geschlossen worden sind, sind ganz klar Abkommen zum Vorteil von kleinen und mittleren Unternehmen. Das Hauptfeindbild der Linken und der Grünen sind die großen Konzerne, und es wird behauptet, diese würden den Staat und die Demokratie aushebeln. Der Hauptadressat von Freihandelsabkommen ist aber der Mittelstand, weil genau der es sich oftmals nicht leisten kann, zweite Prüfverfahren durchzuführen oder sich neuen Normen zu unterwerfen. Das heißt, wir müssen diese Hemmnisse abbauen, damit sich auch kleine und mittlere Unternehmen frei auf den Märkten bewegen können. Darum geht es im Wesentlichen.

Ich habe auch noch nie gehört, dass Sie dagegen -wären, dass wir zum Beispiel mit Japan ein weite-

res Freihandelsabkommen auszuhandeln wollen oder dass wir mit den Mercosur-Ländern in Gesprächen über ein Freihandelsabkommen sind. Sie sind in Ihrem Antiamerikanismus ausschließlich gegen ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten.

Eines dürfte sehr wichtig sein: Wenn es gelingt, zwischen Europa und Amerika ein Freihandelsabkommen zu schließen, das höchste Standards hat – Sie behaupten immer, in Amerika sei alles schlecht und die Standards würden den europäischen Standards nicht entsprechen; das ist natürlich nur die halbe Wahrheit, glauben Sie, dass dann in anderen Teilen der Welt Freihandelsabkommen geschlossen werden könnten, die unter diesem -Niveau liegen? Das heißt also, dass wir hier die Trendsetter sind. Genau deswegen ist es auch sehr wichtig, dass die zwei größten Wirtschaftsräume der Welt Handlungsfähigkeit beweisen. Wir als CDU/CSU-Fraktion stehen zu den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen. Wir sind dafür, dass diese Verhandlungen in absehbarer Zeit zum Abschluss kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen), Dirk Wiese (SPD), Hans-Peter Friedrich (CDU/CSU), Sascha Raabe (SPD), Matthias Heider (CDU/CSU) und Peter Beyer (CDU/CSU)

leicht  
erklärt!

# Das Ebola-Virus

## Kommt die Hilfe zu spät?



### Eine gefährliche Krankheit

#### Was ist ein Virus?

Ein Virus ist extrem klein.  
Er kann so gut in den Körper von Menschen eindringen.  
Der Körper reagiert dann darauf:  
Er wird krank.

Verschiedene Viren lösen verschiedene Krankheiten aus.

Zum Beispiel:

- Herpes,
- Grippe
- oder auch Ebola.



#### Was ist Ebola?

Ebola ist ein Virus.  
Es löst eine sehr gefährliche Krankheit aus.  
Diese Krankheit heißt:  
Ebola-Fieber.



Viele Menschen sind schon daran gestorben.  
Denn:  
Das Ebola-Fieber greift den Körper sehr stark an.



#### Was macht das Ebola mit dem Körper?

Meistens merkt man nach 8 bis 10 Tagen:  
Der Mensch ist krank.

Er bekommt Symptome.  
Diese Symptome fühlen sich ungefähr so an:  
Der Mensch glaubt, er bekommt eine Grippe.



Dann wird es aber immer schlimmer:

1.  
Der Kranke bekommt sehr starkes Fieber.  
Er hat also eine sehr hohe Temperatur im Körper.  
Etwa 39 Grad Celsius.  
Oder auch höher.  
Die normale Temperatur liegt bei 36 Grad Celsius.



2.  
Der Kranke hat Blut im Kot.  
Und auch Blut im Urin.

3.  
Der Kranke bekommt Krämpfe.  
Und er ist an manchen Stellen  
gelähmt.

4.  
Der Kranke bekommt schlimmen  
Durchfall.

5.  
Der Kranke blutet an der Haut.  
Und auch an der Schleim-Haut.  
Sie befindet sich zum Beispiel im  
Mund und in der Nase.



Das Virus breitet sich auf den ganzen  
Körper aus.

Dort zerstört es Adern.  
Adern sind kleine Kanäle.  
Adern gibt es im ganzen Körper.  
Sie transportieren das Blut.  
Der Körper besteht aus vielen kleinen  
Zellen.  
Das Blut sorgt dafür, dass die Zellen  
gut versorgt werden.  
Nur so können sie gut funktionieren.

Was passiert, wenn die Adern  
zerstört werden?

Organe fangen an zu bluten.

Zum Beispiel:

- der Magen,
- der Darm,
- die Milz
- oder die Lunge.

Daran stirbt der Kranke dann.



### Wie bekommt man Ebola?

Das Ebola-Virus ist sehr ansteckend.

Das bedeutet:

Es kann sich schnell auf einen  
Menschen übertragen.

Und das von:

1.  
einem anderen Menschen.  
Das geht durch Körper-Flüssigkeiten.  
Zum Beispiel durch:

- Blut,
- Urin,
- Erbrochenes
- oder Schweiß.



Das passiert oft so:

Die Toten in Afrika werden von vielen  
Menschen umarmt.

Sie nehmen so Abschied.

Dabei stecken sich viele Menschen  
an.

2.  
einem Gegenstand.

Und das, wenn sich

- Blut,
- Urin,
- Erbrochenes
- oder Schweiß

von einem Ebola-Kranken daran  
befindet.

3.  
oder einem Tier.

Viele Menschen essen Fleisch von  
wilden Tieren.

Die Tiere können das Ebola-Virus  
haben.

Die meisten Menschen sterben dann  
an dem Ebola-Fieber.

### Wie kann man eine Ansteckung vermeiden?

1.  
Gegenstände müssen desinfiziert  
werden.

Das bedeutet, sie müssen von allen  
Viren befreit werden.

2.  
Man soll kein „Busch-Fleisch“ essen.  
„Busch-Fleisch“ ist Fleisch von wilden  
Tieren.

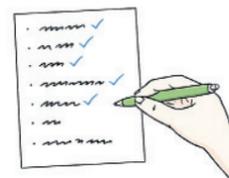
Hier ist nämlich unklar:

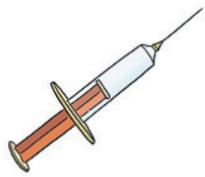
Ist das Tier gesund?

3.  
Ebola-Kranke müssen von anderen  
fern gehalten werden.

Sie werden von Ärzten und Pflegern  
versorgt.

Diese müssen sich sehr gut schützen.  
Und das mit Schutz-Kleidung.





4.  
Gibt es eine Impfung gegen Ebola?  
Eine Impfung, die auch wirklich wirkt?  
Nein!  
Einige Forscher arbeiten aber daran.  
Es sind Forscher von einer Universität.  
Es ist die Universität in Oxford.  
Das ist eine Stadt in England.  
Was ist eine Impfung?  
Eine Impfung ist ein Mittel.  
Es kann vermeiden, dass man einen Virus bekommt.

### Wie werden Kranke behandelt?

Gibt es Medikamente gegen Ebola?  
Nein!  
Aber Forscher arbeiten daran.  
Sie haben nun auch schon Stoffe getestet.  
Und das an Ebola-Kranken.  
Es ist aber noch unklar:  
Wirken diese Stoffe?  
Und:  
Wie wirken die Stoffe genau?



### Wie kann man den Kranken dann helfen?

Sie bekommen Medikamente.  
Und das gegen die Symptome.  
Zum Beispiel gegen das Fieber.  
Das hilft dem kranken Körper.  
Er hat so mehr Kraft.  
Und zwar, um das Ebola-Virus zu bekämpfen.



### Ebola-Krise in Afrika

In Afrika gibt es große Probleme.  
Und das mit dem Ebola-Virus.  
Sehr viele Menschen haben sich dort schon mit dem Virus angesteckt.

Es sind fast 6 Tausend Menschen.  
Fast 3 Tausend Menschen sind schon daran gestorben.  
Auch 181 Ärzte und Kranken-Pfleger.  
Viele Menschen kämpfen noch gegen die Krankheit an.



### Wo ist es besonders schlimm?

In den Ländern:

- Guinea,
- Liberia,
- und Sierra Leone.

Es gibt schon sehr viele Helfer.  
Und das in diesen Ländern.

Aber:

Die Helfer können sich nur an manchen Stellen um die Kranken kümmern.  
Das sind sehr wenige Stellen.  
Viele Ebola-Kranke müssen vor der Tür warten.  
Manche Kranke sterben dort.



### Kranke finden

Die Helfer haben viele Aufgaben.  
Und das beim Kampf gegen das Virus.  
Manche müssen die Kranken pflegen und versorgen.  
Andere Helfer müssen Kranke finden.



Das ist oft sehr schwer.

Denn:

Viele Kranke schämen sich für die Krankheit.  
Sie denken:  
Gott möchte mich damit bestrafen.



Und viele Kranke haben Angst.

Und zwar vor den Helfern.

Das hat viele Gründe.

Zum Beispiel:

Sie sprechen eine andere Sprache.  
Sie tragen Schutz-Anzüge.  
Sie bringen die Toten weg.



Und:

Die meisten Menschen kommen nicht mehr zurück.

Und das von den Hilfe-Stellen.

Viele denken deshalb:

Wir verstecken unsere Kranken lieber.  
Ihnen ist unklar:

Die Menschen sterben an dem Virus.

### Deutschland hilft

Deutschland hat bisher schon geholfen.

Es hat Geld nach Afrika geschickt.



Dieses Geld soll den Ländern helfen. Und das im Kampf gegen Ebola. Nun wurde aber beschlossen: Es soll noch mehr geschickt werden. Nämlich Dinge, die man für die Versorgung braucht.

Schon bald gibt es noch mehr Hilfe: Freiwillige Helfer reisen nach Afrika. Sie sind aus der Bundes-Wehr. Das ist die Armee von Deutschland.



Die freiwilligen Helfer werden vorher noch ausgebildet.

Und das für den Einsatz in Afrika.

Und es wird geschaut:

Sind sie dafür geeignet?

Das kann noch etwas dauern.

Wahrscheinlich einige Wochen lang.

In dieser Zeit stecken sich aber immer mehr Menschen mit Ebola an.



Vorher hat es einen Aufruf gegeben. Und zwar von Ursula von der Leyen. Sie ist die Verteidigungs-Ministerin von Deutschland.



Auch andere haben zur Hilfe aufgerufen.

Zum Beispiel der Chef vom Roten Kreuz.

Das Rote Kreuz ist eine Organisation. Sie hilft Menschen, denen es schlecht geht.

Und das auf der ganzen Welt.

Der Chef vom Roten Kreuz sagt: Es werden vor allem Ärzte und Pfleger gebraucht.



Aber auch Hebammen. Sie helfen dabei, ein Kind zur Welt zu bringen.

Und Menschen, die sich gut mit einem Labor auskennen.

Diese Menschen prüfen:

Wer hat das Ebola-Virus im Körper?



### Kommt die Hilfe zu spät?

Viele Menschen finden aber:

Die Hilfe kommt viel zu spät.

Das sagen vor allem viele Ärzte.

Ärzte, die sich um die Ebola-Kranken kümmern.

Und auch einige Politiker geben Fehler zu:

Sie sagen:

Am Anfang war noch unklar.

Und zwar, wie schlimm sich die Krankheit ausbreitet.

Für viele ist jetzt aber klar:

Man muss nun schnell helfen.



Viele sagen:

Das Geld ist wichtig für die Länder.

Aber man muss sich auch um andere Sachen kümmern.

Zum Beispiel:

Wie kann das Geld gut verteilt werden?

Und:

Wie kann es gut eingesetzt werden?

Zum Beispiel für Medizin und Impfungen.



Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:

[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Die Bilder sind von Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013

©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.

Titel-Bild: Arnd Oehmichen

© Deutscher Bundestag